

ZEW



ZEW

JAHRESBERICHT

2019

**EU
RO
PA
IM FOKUS**



EUROPA

IM FOKUS



ZEW

JAHRESBERICHT

2019



EUROPA IM FOKUS



INHALT

ZEW JAHRESBERICHT 2019



1

EUROPA IM FOKUS

- 10 Interview mit ZEW-Europaexperte Prof. Dr. Friedrich Heinemann
- 14 Herausforderungen
- 24 EU-Finanzpolitik
- 30 EU-Institutionen



2

WIR ÜBER UNS

- 41 Das ZEW im Überblick
- 42 Das ZEW in der Welt
- 44 Forschungsleistung
- 48 Politikberatung
- 50 Personal und Finanzen



INFOGRAFIKEN

ZU UNSEREN FOKUSTHEMEN

- 52/53 KLIMAWANDEL UND ENERGIE
- 108/109 DEMOGRAPHISCHER WANDEL
- 128/129 DIGITALISIERUNG

3



FORSCHUNGSEINHEITEN

- 58 Arbeitsmärkte und Personalmanagement
- 64 Digitale Ökonomie
- 70 Innovationsökonomik und Unternehmensdynamik
- 76 Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement
- 84 Soziale Sicherung und Verteilung
- 90 Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement
- 96 Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft
- 102 Marktdesign

4



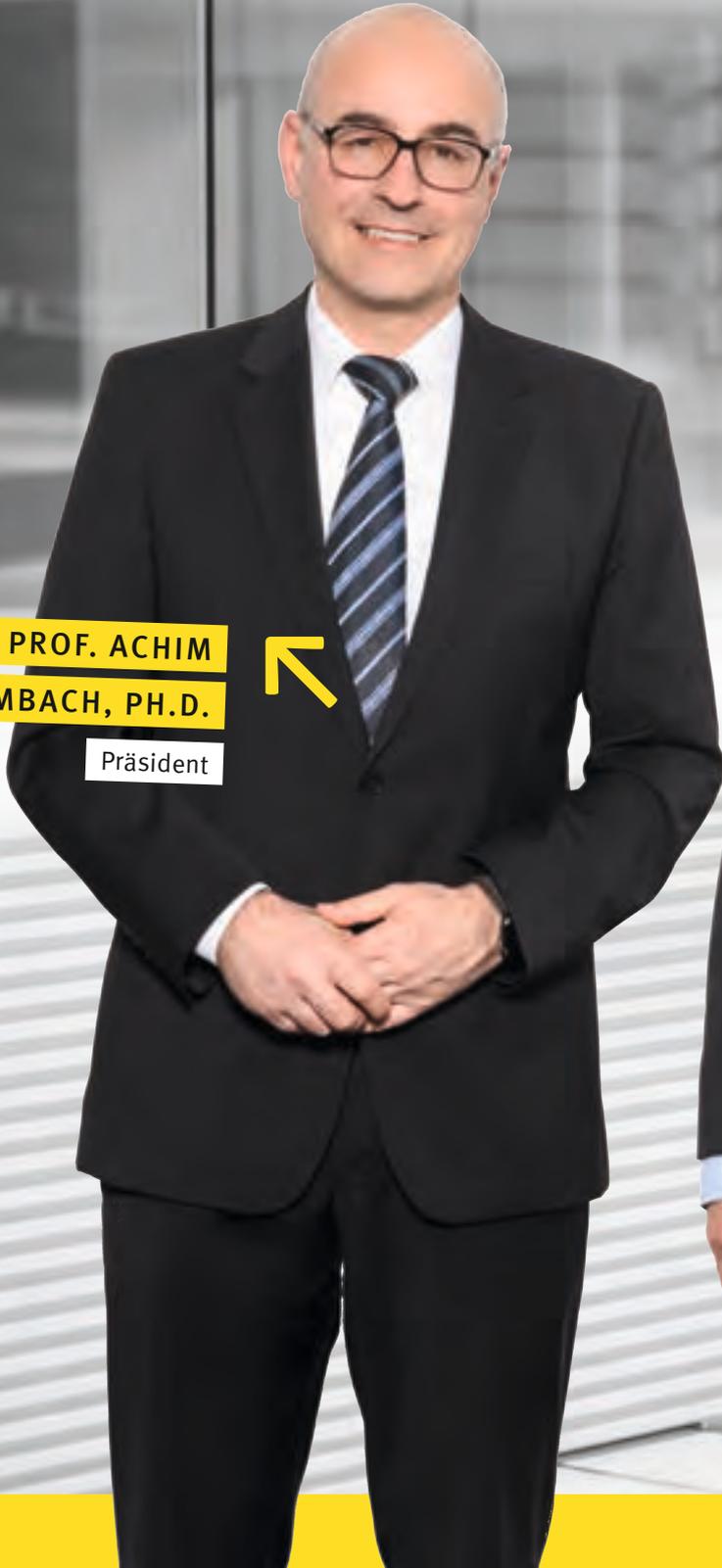
DAS ZEW

- 114 ... in den Medien
- 116 ... in Brüssel: Die ZEW Lunch Debates
- 118 ... lädt ein
- 120 ... von innen: Die Servicebereiche
- 122 ... setzt auf Weiterbildung
- 123 ... teilt Wissen: Der YES! – Young Economic Summit
- 124 ... hat engagierte Unterstützer: Der Förderkreis



VORWORT

DER INSTITUTSLEITUNG



PROF. ACHIM

WAMBACH, PH.D.

Präsident



THOMAS KOHL

Geschäftsführer



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Europawahlen, eine neue EU-Kommission mit einer deutschen Präsidentin, Brexit, Green-Deal, Neubesetzung des EZB-Chefpostens – 2019 war europapolitisch ein Jahr der großen Veränderungen. Das ZEW war indirekt auch daran beteiligt: Das Mitglied unseres wissenschaftlichen Beirats, Prof. Dr. Isabel Schnabel, wurde ins Direktorium der EZB berufen. Jetzt stellt die Corona-Krise die Staatengemeinschaft vor neue Mammutaufgaben, auf die richtungweisende Antworten gefunden werden müssen. Mit diesen Herausforderungen setzt sich das ZEW auseinander und bringt konkrete Handlungsempfehlungen in die öffentliche Debatte ein. Wie, das können Sie in unserem Schwerpunkt zum Thema Europa nachlesen.

Auch auf Bundesebene hat das ZEW einschlägige Forschungs- und Beratungsarbeit geleistet. Ausweis hierfür ist unter anderem die Berufung von Prof. Dr. Irene Bertschek, Leiterin des ZEW-Forschungsbereichs „Digitale Ökonomie“, in die sechsköpfige Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI), die die Bundesregierung zu den Themen Bildung, Forschung und Innovation berät.

Einen wichtigen Baustein der Arbeit am ZEW bildet der intensive fachliche Austausch. Wir freuen uns, dass wir 2019 unsere Zusammenarbeit mit der Universität Mannheim weiter intensivieren konnten, u.a. im Rahmen des Promotions-Tracks des Center for Doctoral Studies in Economics der Universität Mannheim in Kooperation mit dem ZEW. Im Berichtsjahr wurde auch die Förderung des gemeinsamen Leibniz-WissenschaftsCampus Mannheim Taxation fortgesetzt, der Mannheim zu einem Epizentrum für exzellente Steuerforschung macht.

Auch auf inhaltlicher Ebene hat sich das ZEW weiter gefestigt: Im Zuge des strategischen Ausbaus hin zu einem Kompetenzzentrum für Markt- und Institutionendesign wurde das Thema Marktdesign durch die Gründung der Nachwuchsforschungsgruppen „Design digitaler Märkte“ und „Öffentliche Beschaffung“ noch stärker am Institut verankert.

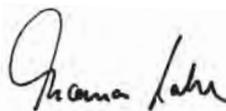
Dass das ZEW ein Ort des offenen Austauschs ist, wurde 2019 in den über 50 wissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Veranstaltungen wieder eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Das ZEW begrüßte unter anderem Persönlichkeiten wie EuGH-Generalanwältin Prof. Dr. Juliane Kokott und Ex-Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof zur Vortragsreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“. Dieses Format wird auch auf höchster Bundesebene geschätzt: Im Rahmen eines Vortrags am ZEW diskutierte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier jüngst darüber, welchen Herausforderungen sich die Bundesrepublik im Bereich Klimapolitik und Energiewende entgegenseht.

Dies und viel mehr können Sie im vorliegenden Jahresbericht nachlesen.

Wir wünschen Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre!



Prof. Achim Wambach, Ph.D.
Präsident



Thomas Kohl
Geschäftsführer



EUROPA

IM FOKUS

- 11 ● Herausforderungen und Chancen in 2020
- 15 ● EU-Reform
- 16 ● EU-Klimapolitik
- 18 ● Innovationen in Europa
- 20 ● Digitalsteuer
- 21 ● Brexit
- 25 ● Euro-Reformdebatte
- 27 ● Haushalts-Nettosalden
- 28 ● Finanzintegration und EZB
- 31 ● Europäische Nationalparlamente
- 33 ● Lobbyismus in Europa
- 34 ● EU-Haushalt
- 35 ● Rechtsprechung in Europa

PROF. DR.

FRIEDRICH HEINEMANN

Leiter des ZEW-Forschungsbereichs

„Unternehmensbesteuerung und

Öffentliche Finanzwirtschaft“ und

Europa-Experte am ZEW



EUROPA

HERAUSFORDERUNGEN
UND CHANCEN

INTERVIEW MIT PROF. DR. FRIEDRICH HEINEMANN

HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN IN 2020

Seit Gründung des ZEW ist „Europa“ ein zentraler Gegenstand seiner Forschungsarbeit. Welches sind die wichtigsten Themenfelder, auf die sich das ZEW dabei fokussiert?

Als der Vertrag von Maastricht im Februar 1992 unterzeichnet wurde, hatte das ZEW gerade seinen ersten Geburtstag gefeiert. Von Anfang an haben ZEW-Forscherinnen und -Forscher den Weg Europas zu einer europäischen Währung mit ihren Analysen begleitet. Bereits

Arbeiten aus den frühen 1990ern hatten gewarnt, dass die Fiskalregeln der Europäischen Währungsunion nicht ausreichend sein könnten, um grenzüberschreitende Schulden- und Vertrauenskrisen zu verhindern. Neben Fragen der Fiskalpolitik hat sich das ZEW kontinuierlich mit weiteren zentralen Themen der europäischen Integration befasst, so etwa mit Fragen der Finanzmarktintegration oder auch der europäischen Umwelt-, Klima- und Innovationspolitik.

**Brexit, Widerstand gegen die Erweiterung –
Steht Europa am Rande der Desintegration?**

Nein, noch gibt es in den meisten der 27 EU-Mitgliedstaaten einen weit reichenden Konsens, dass die Mitgliedschaft in der Union per Saldo mit großen Vorteilen verbunden ist. Allerdings beginnt dieser Grundkonsens erkennbar zu bröckeln. Die EU sollte den Brexit als Anlass nehmen, selbstkritisch zu prüfen, auf welchen Gebieten sie nicht erfolgreich war. Wozu werden immer noch viel zu hohe Beträge aus dem EU-Haushalt für ungezielte Direktzahlungen an Landwirte vergeudet, wenn wirkliche europäische Aufgaben von Migration bis Entwicklungshilfe unterfinanziert sind? Warum bessert Europa nicht

rasch seine Gesetzgebung nach, wenn wie bei der Datenschutzgrundverordnung die erzeugten Bürokratiekosten unnötig hoch sind? Hier ist einiges zu tun.

Ist der Euro ein Gewinn für Deutschland oder hätten wir lieber die D-Mark behalten sollen?

Die Einführung des Euro in der alten „DM-Zone“ war 1999 ökonomisch richtig und für Deutschland ein Gewinn. Im Rückblick ist die Erweiterung der Eurozone allerdings zu schnell verlaufen. Länder wie Griechenland oder Italien hätten sich vermutlich mit einer eigenen anpassungsfähigen Währung bis heute besser entwickelt. Allerdings sind das letztlich müßige Debatten über Fehler der Ver-



gangenheit, weil wir eine Währungsunion nicht rückabwickeln wollen und können. Die heutige Aufgabe ist es, die Euro-Institutionen so anzupassen, dass die gemeinsame Währung auch mit sehr heterogenen Mitgliedstaaten besser funktionieren kann.

Der „Green Deal“ der EU-Kommission – Weg zu mehr Klimaschutz oder Etikettenschwindel?

Ich denke, dass es richtig ist, die europäische Politik unter ein übergreifendes Leitmotiv zu stellen, das Europa erkennbar in den Dienst der großen Herausforderungen unserer Zeit nimmt. Die Klimapolitik ist dabei ein typisches Feld, auf dem ein abgestimmter europäischer Ansatz nationalen Alleingängen potenziell weit überlegen ist und daher einen wirklichen europäischen Mehrwert schaffen kann. Ein europäischer Preismechanismus für CO₂-Emissionen, der nicht länger nur Emissionen der Industrie betrifft, sondern auch Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft, wäre dabei sicher der ideale Zielpunkt. Bis dahin ist es ein weiter Weg, auf

PROF. DR. FRIEDRICH HEINEMANN

ist Leiter des ZEW-Forschungsbereichs „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“ und außerplanmäßiger Professor für Volkswirtschaftslehre an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

Seine Forschungsinteressen gelten der empirischen Finanzwissenschaft und politischen Ökonomie. Anwendungen betreffen vor allem Fragestellungen zur europäischen Integration, zur Besteuerung und zur Reform von Fiskalinstitutionen für die Europäische Union und die Eurozone.

dem Vorsicht geboten ist. Neue wohlklingende Überschriften über unsinnige Transfers an Landwirte oder reiche Regionen reichen nicht aus. Es müssen sich dann auch der Inhalt und die Auflagen für diese Positionen wirklich ändern.

Noch immer wird um die notwendigen Reformen der Eurozone gestritten: Wie krisensicher ist der Euroraum?

Schneller als erwartet ist Europa aufgrund der Corona-Pandemie mit einer neuen gravierenden Wirtschaftskrise konfrontiert. Dabei zeigt sich, dass trotz aller Reformen wichtige Fragen der Krisenverarbeitung bis heute ungelöst sind. Wie gehen wir in Zukunft mit Staaten um, die in eine Situation der staatlichen Überschuldung geraten? Wie federn wir makroökonomische Schocks wie aktuell die Corona-Krise wirksam ab, wenn die Europäische Zentralbank keinen zinspolitischen Spielraum mehr hat? Wir brauchen für diese offenen Fragen ein Reformpaket, das die Sorgen der Nord- und Südeuropäer gleichermaßen berücksichtigt. Wir haben uns hier in unserer Forschung am ZEW dafür ausgesprochen, ein Insolvenzsystem für Euro-Staaten zu entwickeln und mit Mechanismen zur Absicherung gegen unverschuldete Schocks zu verbinden. Diese Überlegungen sind aktueller denn je.

Wie wichtig ist die europäische Zusammenarbeit von Forschenden für die Europa-Forschung?

Auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben ihre eigene kulturelle und ideengeschichtliche Prägung. Wir haben in unserer Forschung gezeigt, dass der nationale Hintergrund von Ökonomen/-innen mit deren Positionierungen in der Eurozonen-Reformdebatte korreliert. Internationale Autorentams sind demnach ein wichtiges Korrektiv gegen eine zu enge, national geprägte Perspektive. Vor diesem Hintergrund ist es gut, dass das ZEW auch in der Nationalität seiner Forscherinnen und Forscher in den letzten Jahren immer europäischer geworden ist.



HERAUS FORDERUNGEN

Klimawandel, Brexit, Umbau des EU-Haushalts, Innovationswettbewerb mit China und den USA, Digitalisierung – große Herausforderungen, auf die die Europäische Union richtungsweisende Antworten finden muss. Der „europäische Mehrwert“ muss sichtbar werden, damit es gelingt, populistische Bestrebungen in die Schranken zu weisen.

EU-REFORM

EUROPÄISCHES PARLAMENT MUSS PRIORITÄTEN SETZEN

ZEW-Positionspapier von Prof. Dr. Friedrich Heinemann

Am „europäischen Mehrwert“ orientierter Umbau des EU-Haushalts, Änderungen in der Agrar- und Kohäsionspolitik, Ausarbeitung eines gangbaren Insolvenzverfahrens für die Eurozone: zentrale Aufgaben für das neu gewählte EU-Parlament. Zur Europawahl 2019 arbeitete das ZEW heraus, welche Aufgaben die Abgeordneten in den nächsten fünf Jahren anpacken müssen.

Ausgangspunkt des ZEW ist die Einsicht, dass EU und Eurozone in den vergangenen Jahren viele Versprechen nicht eingelöst haben. Europa war ökonomisch wenig erfolgreich und der EU-Integrationsprozess hat dadurch stark an Rückhalt verloren. Um hier wieder auf die Erfolgsspur zurückzufinden, muss der Umbau des Brüsseler Budgets in Richtung von Politikfeldern mit „europäischem Mehrwert“ höchste Priorität erhalten. Entsprechend müssen kostspielige Direktzahlungen an europäische Landwirte und eine teure, aber wenig zielgenaue Kohäsionspolitik auf den Prüfstand gestellt werden.

Das ZEW-Papier widerspricht Vorschlägen, der EU ein eigenes Besteuerungsrecht zu geben oder die Einstimmigkeit in der europäischen Steuerpolitik aufzugeben. Das heutige Finanzierungssystem des EU-Haushalts ist fair, transparent und zuverlässig in seiner Finanzierungsleistung. Wiederum sind Mehrheitsentscheidungen in der Steuerpolitik für den Zusammenhalt der EU hochriskant und können Abspaltungstendenzen, ähnlich dem Brexit, Vorschub leisten. Für die Eurozone besteht aus Sicht des ZEW immer noch weit reichender Reformbedarf. Zum einen kann mit den heutigen Institutionen eine neue Finanz- und Schuldenkrise nicht bewältigt werden. Zum anderen ist die Eurozone durch populistische Regierungen erpressbar, die sich zwar nicht kooperativ verhalten, aber Staaten regieren, die als „too big to fail“ be-

trachtet werden. Um dieser Problematik künftig besser begegnen zu können, sollte das neue EU-Parlament auf eine genau definierte Begrenzung der Käufe von Staatsanleihen des eigenen EU-Landes durch nationale Banken hinarbeiten sowie die Schaffung eines funktionsfähigen Insolvenzsystems für überschuldete Eurostaaten unterstützen.

LINK

Zum Positionspapier:
www.zew.de/PM6559

EUROPÄISCHER ABEND

Klimaschutz, Digitalisierung, Migration, EU-skeptische Parteien und Brexit: Die EU steht vor vielfältigen Herausforderungen. Wohin soll es mit Europa gehen? Nach einem Impulsreferat aus der ZEW-Forschung und einer Keynote von Guido Wolf, Minister der Justiz und für Europa des Landes Baden-Württemberg, wurde diese Frage beim ersten „Europäischen Abend“ des ZEW kontrovers diskutiert.

Mehr Informationen unter www.zew.de/AM6814

EU-KLIMAPOLITIK

DEN MARKT FÜR DEN KLIMASCHUTZ NUTZEN

Standpunkt von Prof. Achim Wambach, Ph.D.

Mit dem Europäischen Emissionshandel werden schon seit einiger Zeit Ökonomie und Ökologie in sehr geeigneter Form miteinander verbunden. So werden durch die Bepreisung von CO₂ ökonomische Anreize gegeben, klimaschädliche Emissionen auf ökologisch anspruchsvolle Grenzwerte zurückzuführen. Es ist daher sinnvoll, die Sektoren Verkehr und Wärme in den Europäischen Emissionshandel einzubeziehen.

Ausstoß von CO₂ Lizenzen vorhalten. Hat es zu wenige, dann muss es welche hinzukaufen. Es zahlt also einen Preis für jede ausgestoßene Tonne CO₂, der sich an der Knappheit der Zertifikate orientiert und marktwirtschaftlich bildet. Dabei sind die Gesamtmenge an verfügbaren Lizenzen und damit auch der CO₂-Ausstoß gedeckelt. Wenn also ein Unternehmen mehr CO₂ ausstößt, muss ein anderes weniger in die Luft abgeben, und umgekehrt. Der EU-ETS verbindet somit Preise und Grenzwerte.

Um anspruchsvolle Klimaziele für Deutschland und Europa insgesamt erreichen zu können, würden idealerweise die Sektoren Verkehr und Wärme, die derzeit nicht Teil des EU-ETS sind, dort miteinbezogen werden. Dafür müsste der Europäische Rat zustimmen, was zumindest kurzfristig nicht wahrscheinlich ist. In einem ersten Schritt sollte daher Deutschland den Emissionshandel in diesen Bereichen zunächst auf nationaler Ebene einführen. Der Verbrauch von Benzin und Diesel sowie Heizen mit Öl oder Gas wären dann Teil des Emissionshandels. Preise für Benzin, Diesel, Öl und Gas würden dann vermutlich steigen, und die für Strom sinken, wie eine ZEW-Studie zu neuen Preismodellen in der Energiewirtschaft zeigt.

Ökonomen/-innen setzen Anreize gerne über Preise. Die Einführung eines CO₂-Preises, um klimaschädliche Emissionen zu reduzieren, ist deshalb schon lange eine Forderung von Ökonomen/-innen. Im Gegensatz dazu bevorzugen Umweltschützer/-innen Vorgaben und Grenzwerte anstatt Preisen. So wollen sie sichergehen, dass die jeweiligen Ziele auch erreicht werden. Grenzwerte sagen indessen noch nichts darüber aus, wie diese Ziele erreicht werden können. Ein Instrument zur Erreichung von Grenzwerten für Emissionen ist der Europäische Emissionszertifikatehandel (EU-ETS), an dem etwa 11.000 Anlagen aus Energiewirtschaft und Industrie teilnehmen. Er macht es möglich, beiden Gruppen – Ökonomen/-innen und Umweltschützern/-innen – gerecht zu werden. Jedes Unternehmen, das Teil des EU-ETS ist, muss für den

HINWEIS

Eine Langfassung dieses Beitrags ist am 10. September 2019 bei der „Rheinischen Post“ erschienen.

VIDEO

ZEW-Präsident Achim Wambach zu CO₂-Zertifikaten
www.youtube.com/watch?v=alhhErsOEDI

FREIFAHRENERANREIZE

RATCHETING WIRKT KONTRAPRODUKTIV

ZEW Policy Brief von Dr. Carlo Gallier, Prof. Dr. Martin Kesternich und Prof. Dr. Bodo Sturm

Das Pariser Klimaabkommen von 2015 ist mit der großen Hoffnung verbunden, die globale Erwärmung auf das vereinbarte 2-Grad-Ziel zu beschränken. Ein zentrales Instruments des Abkommens ist das sogenannte „Ratcheting“. Der Begriff bezeichnet ein dynamisches Anreizsystem, das den Vertragsstaaten vorgibt, ihre Beiträge zum Klimaschutz in regelmäßigen Abständen transparent darzulegen und über die Zeit zu erhöhen. An dessen Wirksamkeit sind allerdings Zweifel angebracht.

Die bisherigen nationalen Klimaschutzbeiträge sind unverbindlich und aus heutiger Perspektive unzureichend, um das 2-Grad-Ziel zu erreichen. Mit Ratcheting ist die Hoffnung verbunden, dass Bemühungen in Zukunft ambitionierter werden und so das 2-Grad-Ziel noch erreicht wird. Allerdings ist Ratcheting mit Anreizwirkungen verbunden, die dies erschweren könnten. ZEW-Ökonomen/-innen haben die Anreizstruktur des Ratcheting einem Test in einem Laborexperiment unterzogen. Die gewonnenen Einsichten geben wenig Anlass zu Optimismus. Insbesondere kooperative Akteure mit eher anspruchsvollen Klimazielen nehmen ihre zu Beginn hohen Ambitionen unter Ratcheting-Bedingungen deutlich zurück. Das führt zu einer erheblichen Absenkung des Klimaschutzniveaus und zu Effizienzverlusten. Der Grund für dieses Verhalten ist anscheinend, dass kooperative Akteure verhindern wollen, dass Trittbrettfahrer ihre eigene hohe Bereitschaft, etwas für das Klima zu tun, ausnutzen. Über den Zeitverlauf hinweg erhöht Ratcheting zwar tatsächlich die Bereitschaft, zur Erreichung des Klimaziels zu kooperieren. Dieser Anstieg gleicht allerdings die Zurücknahme bei den Klimaverpflichtungen nicht aus. Ratcheting wirkt somit also möglicherweise sogar kontraproduktiv. Für die internationale Klimapolitik gilt deshalb: Es ist große Skepsis angebracht, dass Ratcheting eine positive Wirkung auf die tatsächlichen Beiträge zur Emissionsreduktion hat. Es gibt weder theoretische noch empirische Hinweise darauf, dass Ratcheting das Kooperationsproblem abschwächt oder gar löst. Statt wie im Pariser Abkommen darauf zu vertrauen, dass die Klimaschutzbeiträge mit Ratcheting quasi „automatisch“ steigen, sollte die Klimapolitik stärker als bisher die Freifahreranreize offensiv angehen. Ein aussichtsreiches Instrument hierfür ist eine höhere CO₂-Bepreisung in allen kooperativen Staaten. Ergänzt werden müsste dies durch die Möglichkeit für kooperative Staaten, CO₂-Zölle auf Importe aus Staaten zu erheben, die eine Teilnahme an der CO₂-Bepreisung verweigern.

LINK

Zum ZEW Policy Brief:
www.zew.de/PU81219

INNOVATIONSPOLITIK

NEUE PERSPEKTIVEN FÜR DIE EU-POLITIK

ZEW Policy Brief von Bastian Krieger, Dr. Georg Licht und Dr. Maikel Pellens

Bei Investitionen in Forschung und Entwicklung verliert Europa im Vergleich mit der Konkurrenz aus Asien immer mehr an Boden. Auch mit den Vereinigten Staaten kann Europa in diesem Punkt kaum Schritt halten. Trotz der Bemühungen der vergangenen Jahre, FuE-Investitionen in der EU zu fördern, werden insbesondere disruptive Innovationen meist außerhalb der EU entwickelt.

Die europäische Innovationspolitik will daher neue Wege gehen. Ziel ist sowohl die Entwicklung disruptiver Innovationen als auch die Diffusion neuer Technologien durch den Markt. Beides kann erreicht werden, indem Ressourcen gezielt in Bereichen eingesetzt werden, die das Potenzial haben, disruptive und wirkungsvolle Innovationen hervorzubringen und die für das Wachstum in Europa von Bedeutung sind. Hierbei können traditionelle Maßnahmen auf der Angebotsseite mit weiteren strategischen Maßnahmen in diesen Schlüsselbereichen kombiniert werden, um neue Märkte zu schaffen und Nachfrage zu generieren.

Es müssen Anreize für Unternehmen geschaffen werden, in riskante Innovationsprojekte mit hohen Ertragschancen zu investieren. Auch bedarf es politischer Maßnahmen, die die Übernahme neuer Technologien in der europäischen Wirtschaft sicherstellen können. Technologische Diffusionsprozesse könnten mithilfe spezifischer Unterstützungsprogramme und der Stärkung des europäischen Marktes bei der Finanzierung innovativer Unternehmen beschleunigt werden. Missionsorientierte Regierungsinstitutionen sind bei der Schaffung von Schlüsseltechnologien entscheidend. Nun hat die EU ihr Engagement in der missionsorientierten

Forschungspolitik und Innovationsdiffusion verstärkt. Das neunte EU-Rahmenprogramm „Horizon Europe“ sieht Forschungs- und Innovationsmissionen zur Förderung disruptiver Innovationen vor. Um eine engere Verbindung zwischen Innovation und Gesellschaft zu knüpfen, sollen diese Missionen in enger Zusammenarbeit mit Bürgern/-innen und Anwendern industrieller Technologien konzipiert werden.

ERSTES EUROPÄISCH-CHINESISCHES WIRTSCHAFTS- & INNOVATIONSFORUM

Das erste Europäisch-Chinesische Wirtschafts- & Innovationsforum am ZEW hat Trends und Perspektiven zwischen Kooperation und Wettbewerb der beiden Volkswirtschaften Europa und China aufgezeigt. Dabei diskutierten internationale Experten/-innen aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft einen Tag lang über die künftige Entwicklung europäisch-chinesischer Wirtschaftsbeziehungen.

Mehr Informationen unter www.zew.de/PM6609

LINK

Zum ZEW Policy Brief
www.zew.de/PU80284



IM SYSTEMWETTBEWERB MIT CHINA

„EINE LÄHMUNG DER MARKT- UND INNOVATIONSDYNAMIK

EUROPAS DURCH DAS SCHAFFEN VON CHAMPIONS AUF

KOSTEN DES WETTBEWERBS WÄRE AUS VOLKSWIRTSCHAFT-

LICHER SICHT DIE FALSCHER ANTWORT AUF CHINA.“

Prof. Achim Wambach, Ph.D.

INTERVIEW MIT ZEW-INNOVATIONSEXPERTE DR. CHRISTIAN RAMMER

INDUSTRIEPOLITIK

Muss sich Europas Wirtschaft vor dem Reich der Mitte fürchten?

China ist in erster Linie ein immer wichtigerer Absatzmarkt für die europäische Industrie. Dass China verstärkt in neue Technologien investiert und auf die großen Zukunftsthemen setzt, verbessert die Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Denn eine moderne industrielle Produktion beruht auf Spezialisierung und enger Arbeitsteilung. Wenn chinesische Unternehmen mehr Hochtechnologie herstellen, fragen sie auch mehr an hochtechnologischen Inputs nach, und Produzenten in Europa können von günstigen und qualitativ hochwertigen Vorprodukten aus China profitieren. Letztlich ist es dieser intraindustrielle Handel, der bei allen Beteiligten zu Wohlstandsgewinnen führt.

Was sollte die EU unternehmen, um ihre industrielle Wettbewerbsfähigkeit zu stärken?

Die Grundlage der europäischen Industrie muss letztlich Innovation sein. Das bedeutet nicht nur neue Technologien und neue Produkte, sondern auch die Stärkung von Service-Angeboten, effizientere und besser organisierte Prozesse sowie die Nutzung aller Möglichkeiten der Digitalisierung. Innovationen müssen dabei immer Nutzerbedürfnisse und Marktchancen im Auge haben. Die Förderung von Innovationen durch nationale Regierun-

gen ebenso wie durch die EU-Kommission legt oft einseitig einen Fokus auf die Entwicklung neuer Technologien. Wichtig aber ist, ein Gesamtpaket an innovationsfreundlichen Rahmenbedingungen zu schnüren. Dabei spielen Bildung, Infrastrukturen, bürokratiearme Regularien und offene Märkte eine große Rolle.

Chinas Staatskonzerne fusionieren zu scheinbar übermächtigen Wirtschaftsriesen. Ist dieses Vorgehen auch für Europas Industrie denkbar?

Der Konzentrationsprozess in China muss vor dem Hintergrund der enormen Landesgröße gesehen werden. Die Dominanz von Großunternehmen ist dort in vielen Sektoren bei weitem noch nicht so stark wie in Europa oder den USA. In vielen Branchen gibt es in Europa bereits sehr große Konzerne, die zu den weltweit führenden Unternehmen zählen, etwa im Automobilbau, in der Chemie, im Pharmabereich oder in der Nahrungsmittelindustrie. Ein weiterer Zusammenschluss in diesen Branchen kann für den Wettbewerb in Europa schädlich sein. Gleichzeitig ist es keineswegs gesichert, dass die so entstehenden „European Champions“ wettbewerbsfähiger sind. Mit der Größe wächst auch die Schwerfälligkeit. Die EU sollte daher lieber die Wachstumsmöglichkeiten und den Marktzugang der kleinen und mittleren Unternehmen verbessern.

DIGITALSTEUER

GEFAHR FÜR DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Studie von Christopher Ludwig und Prof. Dr. Christoph Spengel

Die EU-Kommission hat 2018 europaweite Richtlinien zur Besteuerung digitaler Unternehmen vorgeschlagen. Die Kapitalmärkte reagierten vehement und ließen den Marktwert vieler digitaler Unternehmen kurzfristig in Milliardenhöhe in den Keller rutschen. Eine Studie des ZEW gemeinsam mit der Universität Mannheim zeigt: Auf lange Sicht könnten die vorgeschlagenen digitalen Besteuerungsrichtlinien der Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit digitaler Unternehmen schaden.

Die EU-Kommission veröffentlichte ihre Richtlinienentwürfe am 21. März 2018. An diesem und dem folgenden Tag zeigt sich eine deutliche Verringerung des Marktwerts digitaler Unternehmen, die von den Richtlinien betroffen wären. Insgesamt ging der Wert von Digitalunternehmen in diesen zwei Tagen aufgrund der vorgeschlagenen Maßnahmen um mindestens 52 Milliarden Euro über die normale Marktbewegung hinaus zurück. Rund 40 Prozent der betroffenen Unternehmen sind in den USA ansässig.

Unternehmen mit höheren Gewinnen in der EU waren von der Marktreaktion am stärksten betroffen. Auch bei Unternehmen, die aggressivere Steuervermeidung betreiben, sowie bei Unternehmen mit höherem Gewinnverschiebungspotenzial reagierten die Kapitalmärkte deutlicher. Einige digitale Unternehmen scheinen derzeit in der Lage zu sein, eine Besteuerung in der EU weitgehend zu vermeiden. Nach Ansicht der Anleger wäre dies nach Inkrafttreten der vorgeschlagenen Digitalbesteuerung künftig wohl deutlich schwieriger.

Die Reaktion der Kapitalmärkte gibt auch Aufschluss über potenziell langfristige Folgen für

Unternehmen. Anleger gehen davon aus, dass die vorgeschlagenen digitalen Steuermaßnahmen sehr wahrscheinlich umgesetzt werden und rechnen daher mit negativen Auswirkungen auf die künftige Rentabilität sowie Wettbewerbsfähigkeit digitaler Unternehmen. Das kann sich auch in einer geringeren Investitionsbereitschaft und weniger Wachstumsmöglichkeiten für digitale Unternehmen in der Zukunft niederschlagen.

COUNTRY-BY-COUNTRY-REPORTING WIRKT

CbCR dämmt die aggressive Steuervermeidung multinationaler Unternehmen ein und führt zu einem signifikanten Rückzug aus Steueroasen. Profitieren können von dieser Entwicklung jedoch hauptsächlich die europäischen Niedrigsteuerländer, denen Deutschland nicht zuzurechnen ist. Zu diesen Ergebnissen kommen Untersuchungen von ZEW, Universität Mannheim und der Stanford University.

Mehr über die Studie zu Lesen auf Seite 99.

LINK

Zur Studie:
[www.zew.de/
PU81189](http://www.zew.de/PU81189)

HARTER BREXIT

BEFEUERT STEUERWETTBEWERB IN EUROPA

Wirtschaftspolitische Analyse von Leonie Fischer und Prof. Dr. Christoph Spengel

Im Fall eines sogenannten harten Brexit werden Unternehmen in Europa mit einer unklaren Rechtslage konfrontiert, die eine Verschärfung des internationalen Steuerwettbewerbs nach sich ziehen könnte. In Sachen Standortattraktivität könnte sich Deutschland daher zu Steuerreformen gezwungen sehen.

Bei einem harten Brexit wäre das Vereinigte Königreich von der Rechtsprechung des EuGH sowie vom Beschränkungsverbot mit Blick auf die Grundfreiheiten im EU-Binnenmarkt ausgenommen. Einerseits entstünde dadurch ein rechtliches Vakuum, was mit Unsicherheiten für Unternehmen verbunden ist. Andererseits hätte der britische Gesetzgeber die Möglichkeit, schärfere Abwehrgesetze gegen ausländische Unternehmen zu erlassen sowie nationale Branchen und Unternehmen zielgerichtet zu fördern. Zudem wäre das Vereinigte Königreich dann nicht mehr an Mindeststandards bei der Bekämpfung von Steuervermeidung gebunden

und könnte somit flexibler auf veränderte Wettbewerbsbedingungen reagieren. Alle diese Faktoren zusammengenommen könnten zu einer deutlichen Verbesserung der steuerlichen Investitionsbedingungen Großbritanniens führen. Hinzu kommt, dass die tarifliche Steuerbelastung für Unternehmen im Vereinigten Königreich mit 19 Prozent ohnehin schon geringer ist als in Deutschland, wo die kombinierte Ertragsteuerbelastung bei etwa 32 Prozent liegt. Allerdings könnte es bei Investitionen deutscher Unternehmen im Vereinigten Königreich zur Anwendung der deutschen Hinzurechnungsbesteuerung kommen, was zu steuerlichen Mehrbelastungen führen würde. Sollen Wirtschaftsgüter vom deutschen Stammsitz eines Unternehmens in die britische Zweigniederlassung überführt werden, gilt nach dem Brexit außerdem eine Sofortbesteuerung, was Zins- und Liquiditätsnachteile zur Folge hat. Unter Umständen kann die steuerliche Standortattraktivität des Vereinigten Königreichs für sämtliche Investitionsvorhaben deutscher Unternehmen leiden, obwohl der britische Staat weitere Steuersenkungen plant. Für den derzeitigen Hochsteuerstandort Deutschland kann der Brexit bedeuten, dass eine eigene aktive Steuerpolitik über international abgestimmte Harmonisierungsmaßnahmen hinaus notwendig wird. Eine Möglichkeit, die Standortattraktivität Deutschlands aus Unternehmenssicht zu erhöhen, wurde beispielsweise mit der Einführung einer steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung im Juli 2019 ergriffen. Allerdings fallen die darin vorgeschlagenen Maßnahmen deutlich geringer aus als zum Beispiel im Vereinigten Königreich.

HINWEIS

Dieser Beitrag ist in einer längeren Version am 9. September 2019 in der Fachzeitschrift „Der Betrieb“ erschienen.



STATIONEN DES BREXIT

16. JANUAR 2019

BREXIT-ABKOMMEN VON THERESA MAY WIRD ABGELEHNT

» BRÜSSEL MUSS JETZT DEN KURZ- FRISTIGEN SCHADEN FÜR DIE EU-27 BEGRENZEN.

und den Schaden für die verbleibenden 27 Staaten der Europäischen Union begrenzen. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen brauchen nun umfassende Beratung im Hinblick auf unzählige offene rechtliche und verfahrensmäßige Fragen. Großunternehmen haben sich lange auf den unregulierten Brexit vorbereitet, viele Mittelständler mit Lieferverträgen ins Vereinigte Königreich sind auf Expertise von außen angewiesen. Hier sind EU und Mitgliedstaaten jetzt ebenso gefragt wie Kammern und Unternehmensverbände.“

„Das Brexit-Drama lehrt, welchen ökonomischen Schaden ein emotional aufgeladenes Abstimmungsverhalten anrichten kann. Britische Wählerinnen und Wähler, die Brüssel im Juni 2016 aus einem Bauchgefühl heraus einen Denkkzettel geben wollten, werden nun einen spürbaren Wohlstandsverlust erleiden. Spätestens nach der gestrigen Abstimmung im britischen Unterhaus muss Brüssel sich jetzt konsequent auf den unregulierten Brexit vorbereiten

Von Prof. Dr. Friedrich Heinemann

30. JANUAR 2020

AUSTRITT GROSSBRITANNIENS AUS DER EU STEHT BEVOR

» JETZT GILT ES, EIN GUTES HANDELS- ABKOMMEN ZU VEREINBAREN.

Wirklichkeit. Dies ist kein Festtag – weder für die Briten, noch für die EU. Mit dem Austritt ist aber nur der erste Teil des Weges geschafft. Jetzt geht es darum, ein gutes Handelsabkommen zu vereinbaren, das den Interessen beider Seiten gerecht wird. Das Handelsabkommen wird im britischen Parlament weitaus weniger umstritten sein, als es der jetzige Austritt war. An den Briten wird es also diesmal weniger liegen, wenn der Abschluss sich verzögern sollte und eine Verlängerung der Übergangsphase notwendig wird.“

„Europa steht vor einem historischen Datum: Der Austritt Großbritanniens aus der EU steht unmittelbar bevor. Bis Ende des Jahres tritt mit diesem offiziellen Brexit eine Übergangsphase in Kraft, in der die künftigen Beziehungen zwischen Vereinigtem Königreich und dem Rest der EU geregelt werden sollen.

Nach dreimaligem Verschieben wird der Brexit jetzt

Von Prof. Achim Wambach, Ph.D.

11. APRIL 2019

EINIGUNG AUF 31. OKTOBER 2019 ALS NEUEN BREXIT-TERMIN

» **EIN HALBES JAHR
REICHT FÜR
NEUWAHLEN.**

„Die Wählerinnen und Wähler haben inzwischen eine viel bessere Vorstellung davon, was der Brexit wirklich bedeutet und dass viele Versprechen der Brexiteers niemals erfüllbar sein werden. Das Szenario, dass das Vereinigte Königreich letztlich die EU nicht verlässt, ist aufgrund der deutlich verlängerten Reflexionszeit somit wieder etwas wahrscheinlicher geworden. Allerdings hat diese Entwicklung auch einen ökonomischen Preis: Solange die Hängepartie anhält, ist das Vereinigte Königreich aus Sicht der meisten Unternehmen tabu für neue Investitionen. Ob der Brexit kommt oder nicht, das Land zahlt wirtschaftlich einen hohen Preis aufgrund fehlender Investitionen und eines fallenden Produktionspotenzials.“

Von Prof. Achim Wambach, Ph.D. und Prof. Dr. Friedrich Heinemann

23. JULI 2019

TORY-ABSTIMMUNG UM NEUEN PREMIERMINISTER BORIS JOHNSON

» **DIE EU-KOMMISSION
SOLLTE WEITER AUF
GROSSBRITANNIEN
ZUGEHEN.**

„Mit Boris Johnson wird ein Vertreter der Austrittsbewegung der nächste Premierminister Großbritanniens. Das kann eine Chance für den Brexit-Prozess sein, da Boris Johnson, anders als Theresa May, sich nicht gegen die Opposition aus dem Brexiteer-Lager wehren müssen. Dadurch wird es ihm möglicherweise einfacher fallen, ein Austrittsabkommen durch das Parlament zu bekommen. Die Europäische Kommission sollte diese Chance nutzen und weiter auf Großbritannien zugehen. Spielräume in der politischen Erklärung zum Austrittsabkommen sollten genutzt werden, etwa um technische Lösungen für die irische Grenze intensiver zu prüfen, und mehr Klarheiten für ein zukünftiges Abkommen mit Großbritannien festzulegen, das den Briten die Möglichkeiten zu einer unabhängigen Handelspolitik erlaubt. Wenn die Zeit bis Ende Oktober, dem derzeitigen Austrittstermin, nicht ausreicht, um Einigungen in diesen Punkten zu erzielen, sollte die EU-Kommission anbieten, die Frist noch einmal zu verlängern.“

Von Prof. Achim Wambach, Ph.D.



FINANZPOLITIK

Die Finanzkrise 2008/2009 hat zuerst Europas Finanz- und Bankenmärkte getroffen und sich ab 2010 zur Staatsschuldenkrise ausgeweitet. Die Corona-Krise hat 2020 deutlich gemacht, wie unvollständig das institutionelle Design der Eurozone ist. Reformen müssen ökonomischen und politischen Nebenbedingungen genügen.

EURO-REFORMDEBATTE

DIE SICHT OSTEUEPÄISCHER ÖKONOMEN/-INNEN

Studie von Annika Havlik und Prof. Dr. Friedrich Heinemann

Die Attraktivität des Euro hat aus Sicht der osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten in den vergangenen Jahren deutlich abgenommen. Kommt es für die Eurozone zu Reformen in Richtung einer stärkeren fiskalischen Zentralisierung und Solidarität, dann dürfte dies die Skepsis in diesen Ländern gegen einen Beitritt zur Gemeinschaftswährung noch verschärfen. Nur ein ausgewogenes Reformpaket, das eine Sozialisierung von Staatsschulden glaubwürdig verhindert, könnte den Weg für eine Erweiterung der Eurozone nach Osten bereiten. Dies sind die Erkenntnisse einer Studie, die das ZEW mit Förderung der Brigitte Strube Stiftung erarbeitet hat.

Das ZEW-Team hat für die Studie mehr als 1.800 Ökonomen/-innen in den EU-Mitgliedstaaten Osteuropas sowie in Deutschland, Frankreich und Italien zu ihren Reformpräferenzen befragt. Mit Blick auf neue Zuständigkeiten der EU auf den Gebieten Verteidigung, Migration und Besteuerung sind die osteuropäischen Experten/-innen deutlich reservierter als ihre Kollegen/-innen in Westeuropa.

Mit Blick auf Euro-Reformideen zeigen sich auf einigen Gebieten eher Übereinstimmungen mit den deutschen Befragten als mit denen in Italien und Frankreich: Sowohl deutsche als auch osteuropäische Befragte favorisieren ein Insolvenzsystem für überschuldete Staaten. Sympathien in Osteuropa finden indessen Ideen zur Absicherung der Eurozone gegen starke konjunkturelle Schwankungen, etwa durch eine europäische Arbeitslosenversicherung. Aus Sicht Osteuropas könnten die Nachteile einer Euro-Einführung die Vorteile überwiegen. Angesichts sehr viel höherer Staatsschulden in West- und Südeuropa ist die Sorge offenbar groß, dass der Euro-Beitritt mit unkalkulierbaren finanziellen Risiken einhergehen

würde. Zumindest die wohlhabenderen Staaten Osteuropas werden einer Euro-Haftungs- und Transferunion nicht beitreten. Umso wichtiger sind daher ausgewogene Euro-Reformen, die glaubwürdige Wege zum Umgang mit überschuldeten Staaten aufzeigen. Dazu gehört zwingend ein Insolvenzsystem für Euro-Staaten.

Die Euro-Perspektive Osteuropas und die Reform der Eurozone waren Thema einer **ZEW Lunch Debate** in der baden-württembergischen Landesvertretung in Brüssel am 5. Juni 2019.

Ein Video und eine Bildergalerie zur Veranstaltung finden sich unter: www.zew.de/PM6614

LINK

Zur Studie:

www.zew.de/PM6606

INSOLVENZSYSTEM

ABHILFE FÜR ÜBERSCHULDETE EURO-STAATEN

ZEW-EconPol-Studie von Dr. Frederik Eidam und Prof. Dr. Friedrich Heinemann

Europa ist dringend auf ein Insolvenzsystem für überschuldete Euro-Staaten angewiesen. Allerdings ist bei der Erarbeitung der Details eines solchen Systems Sorgfalt geboten. Unerlässlich sind Vorkehrungen, dass Banken nicht länger hohe Forderungen gegen einzelne Euro-Staaten halten dürfen. Zu diesen zentralen Ergebnissen kommt eine gemeinsame Studie des ZEW und des internationalen Forschungsnetzwerks EconPol Europe.

Ausgangspunkt der Analyse eines deutsch-französischen Autorenteam ist die Beobachtung, dass die Politik im Fall einer staatlichen Überschuldung zur Konkursverschleppung neigt. An diesem Punkt sollte in Zukunft ein gesetzlich festgelegtes Insolvenzsystem für Euro-Staaten Abhilfe schaffen. Dabei ist allerdings Vorsicht geboten: Ein falsch konstruiertes System könnte das Risiko einer erneuten Kettenreaktion von Staats- und Bankenpleiten provozieren. Wie sich derartige Risiken begrenzen lassen, legt die ZEW-EconPol-Studie dar. Den Ergebnissen zufolge sollten Banken durch Kreditgrenzen oder Eigenkapitalanforderungen dazu gebracht werden, weniger Anleihen des eigenen Landes in ihrer Bilanz zu halten. Die Aktivierung eines Insolvenzsystems für Staaten sollte nicht von starren Regeln abhängig gemacht werden. Besser ist es nach Ansicht der Autoren, wenn eine unabhängige Institution darüber entscheidet, wie beispielsweise der Europäische Fiskalrat.

Wenn hingegen der EU-Kommission zu viel Einfluss eingeräumt würde, dann könnte dieser Umstand wieder zu politisch motivierten Verzögerungen des Verfahrens führen. Neue Vertragsklauseln in den Anleihebedingungen, sogenannte „Collective Action Clauses“, könnten zudem eine hilfreiche Rolle für eine reibungslose Umschuldung spielen. Ohne eine glaub-

würdige Lösung bei der Überschuldung eines Staates auch unter Einbeziehung privater Gläubiger kommt es zwangsläufig zum Bailout durch andere Mitgliedstaaten. Die Risiken bei der Einführung einer Insolvenzordnung sind allerdings zu beachten. In einer akuten Krise ist dies nicht möglich. Dennoch können erste Weichenstellungen in diese Richtung vorgenommen werden.

Expertinnen und Experten diskutierten über die Möglichkeit eines internationalen Insolvenzverfahrens bei der **ZEW Lunch Debate** am 28. März 2019 in der Brüsseler Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der EU, die vom ZEW zusammen mit dem internationalen Forschungsnetzwerk EconPol Europe ausgerichtet wurde.

Eine Bildergalerie dazu findet sich unter:
www.zew.de/PM6513

Das ZEW zählt als eine von insgesamt neun Partneereinrichtungen zu den Gründungsmitgliedern des „European Network for Economic and Fiscal Policy Research“, mehr dazu unter:
www.zew.de/PJ2943

LINK

Zur Studie:
www.zew.de/PM6509

NETTOSALDEN

KEIN INDIKATOR FÜR EUROPÄISCHEN MEHRWERT

ZEW-Briefings von Prof. Dr. Friedrich Heinemann und Justus Nover

Die Unterscheidung zwischen Nettozahlern und -empfängern unter den EU-Mitgliedstaaten bestimmt immer wieder die Debatte um eine mögliche Ausweitung und Umstrukturierung des EU-Haushalts. Dabei eignet sich das Konzept der Nettosalden keineswegs, um den Mehrwert der EU insgesamt oder für einzelne Mitgliedstaaten abzubilden. Im Auftrag des Europäischen Parlaments diskutiert das ZEW zusammen mit dem European Policy Centre die wesentlichen Kritikpunkte.

Der Nettosaldo für einzelne EU-Mitgliedstaaten ist definiert als die gewichtete Differenz zwischen den Mitteln, die ein Mitgliedsland in den EU-Haushalt einzahlt, und dem, was es durch eines der EU-Förderinstrumente wieder ausbezahlt bekommt. Es handelt sich demnach um eine rein buchhalterische Größe. Außerdem geht die Nettosalden-Perspektive implizit davon aus, dass nationale Vor- und Nachteile des EU-Budgets sich wie bei einem Nullsummenspiel genau ausgleichen. Dieser Ansatz steht in starkem Widerspruch zu der Idee eines EU-Haushalts, der einen EU-Mehrwert schaffen soll.

Problematisch sind insbesondere drei Aspekte: Zum einen können einige EU-Haushaltsaufgaben nicht objektiv einzelnen Mitgliedsländern zugeschrieben werden, sodass diese nicht in die Berechnung mit einfließen. Dennoch profitieren die Mitgliedstaaten davon. Beispiele hierfür sind Zahlungen an Drittstaaten, die zu mehr Handel und einem geringeren Migrationsdruck führen. Zweitens beschränken sich die positiven Effekte von EU-Projekten nicht auf das Empfängerland. Infrastrukturprojekte beispielsweise werden zum Teil mit Hilfe von Arbeitnehmern/-innen aus dem europäischen Ausland durchgeführt und führen durch „second order“-Effekte zu einem verstärkten Handelsaufkommen zwischen den EU-Staaten. Drittens generiert die EU auch unabhängig vom EU-Kernhaushalt Vorteile für ihre Mitgliedstaaten, die die Nettosalden nicht abbilden. Beispiele hierfür sind der Binnenmarkt, die gemeinsame Währung oder Absicherungs- und Förderinstrumente wie zum Beispiel der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM).

Drei Briefings informieren über die wichtigsten Kritikpunkte an der Nettosalden-Perspektive. Das erste Briefing konzentriert sich auf das Nettosaldenkonzept selbst und erläutert, was dieses leisten kann. Das zweite Briefing geht näher auf die Faktoren ein, die trotz ihres EU-Mehrwerts nicht durch die Nettosalden erfasst werden. Aktuelle Alternativen zur Ausgestaltung des Nettosaldenkonzeptes zeigt das dritte Briefing auf.

LINK

Zu den ZEW Briefings:
www.zew.de/AM7076

FINANZINTEGRATION

VERBRIEFUNG VON BANKKREDITEN ZUR RISIKOTEILUNG

EconPol Policy Brief von Dr. Karolin Kirschenmann und Dr. Jesper Riedler

Risikoteilung ist ein essenzieller Bestandteil einer funktionsfähigen Wirtschafts- und Währungsunion wie der Eurozone. Die unzureichende grenzüberschreitende Verteilung von Risiken im Bankensektor stellt ein wesentliches Hindernis für eine stärkere Integration der europäischen Finanzmärkte dar. Ein funktionsfähiger und dynamischer Markt für Verbriefungen ist dabei eine Möglichkeit, die finanzielle Integration Europas zu stärken.

Eine wenig diskutierte Alternative zur Stärkung der Finanzintegration Europas beinhaltet die Verbriefung von Bankkrediten. Dadurch kann eine geografische Diversifikation von Bankportfolios erreicht werden, ohne dass Banken Geschäftsstellen im Ausland errichten müssen. Um die Risikoteilung in Europa durch Verbriefung von Bankkrediten wirksam zu erhöhen, sollte eine zweistufige Strategie verfolgt werden:

Zum einen die Verbesserung des bestehenden Regulierungsrahmens, um Hürden abzubauen, und zum anderen die Aufnahme von expliziten Anreizen für Risikoteilung und Verbriefungen in das EU-Regelwerk und in EU-Programme. Insbesondere sollten die Kapital- und Liquiditätsregelungen des neu geschaffenen europäischen Rahmens für eine einfache, transparente und standardisierte (STS) Verbriefung

überarbeitet werden. Außerdem erfordert die Schaffung eines einheitlichen Marktes für verbrieft Kredite mit einer europäischen Anlegerbasis standardisierte Informationen zu einzelnen Krediten.

Fraglich ist allerdings, ob der Abbau von Hürden für die Verbriefung und der Zugang zu standardisierten Kreditinformationen schon ausreichen, um die grenzübergreifende Risikoteilung substanziell zu erhöhen. Zu stark scheint die Präferenz von Banken zu sein, in inländische Vermögenswerte zu investieren. Die Berücksichtigung von Diversifizierung in der Eigenkapitalregulierung kann in diesem Zusammenhang die richtigen Anreize schaffen. Da eine zunehmende europaweite Diversifizierung die heimische Konjunkturabhängigkeit der Banken eindämmen würde, ist der antizyklische Kapitalpuffer (CCyB) ein geeignetes und bereits vorhandenes Instrument, um einen solchen Anreiz zu setzen.

Weitere Anreize können mithilfe von Subventionen für STS-Verbriefungen geschaffen werden. Dabei sollten bestehende und künftige EU-Programme, die Finanzierungserleichterungen für Firmen und Haushalte zum Ziel haben, so gestaltet werden, dass sie die grenzüberschreitende Teilung von Kreditrisiken durch Verbriefung begünstigen.

LINK

Zum EconPol
Policy Brief:
www.zew.de/PU80657



ZU GELDPOLITISCHEN ENTSCHEIDUNGEN DER EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK

25. JULI 2019

NULL- UND NEGATIVZINSEN AUF JAHRE HINAUS

» REFLEXIONS- PHASE ABWARTEN

„Es ist zu begrüßen, dass der EZB-Rat nicht jetzt bereits die Leitzinsen weiter gesenkt hat und zunächst eine Reflexionsphase abwartet. Dies wirkt souverän und gelassen. Ein Zinsschritt hätte die Sorge um Europas Konjunktur aufgrund der Signalfunktion möglicherweise sogar noch verschärft. Auch wird eine weitere Absenkung der Zinsen auf die Einlagefazilität dem Bankensystem weiter zusetzen, sodass Überlegungen zur Milderung der Härten negativer Zinsen wichtig sind. Gleichzeitig signalisiert der Rat mit seinem heutigen Statement sehr deutlich, dass die Zinspolitik alleine nicht ausreichen wird, um die Inflationsrate in den gewünschten Bereich zu heben. Neue Wertpapierkäufe werden ausdrücklich als denkbare zusätzliches Instrument genannt. Auch wenn die EZB heute also einen gefährlichen Aktionismus vermieden hat, bleibt die Botschaft unzweideutig: Die EZB wird ihre Politik der Null- und Negativzinsen, wahrscheinlich im Verbund mit neuen Anleihekäufen, noch auf Jahre hinaus weiterführen.“

Prof. Dr. Friedrich Heinemann

19. MÄRZ 2020

DIE EZB KAUFT DER EUROZONE ZEIT FÜR DIE CORONA-EINDÄMMUNG

» VERANT- WORTUNGS- VOLLER SCHRITT

„In der Corona-Krise droht nun eine umfassende Finanz- und Schuldenkrise. Die EZB versucht mit allen Mitteln, der Corona-Eindämmungspolitik Rückendeckung zu geben und Zeit zu kaufen. Durch die Aufgabe des EZB-Kapitalschlüssels als verbindliche Steuerungsgröße ist dieses Programm auch einsetzbar, um gezielt Länder wie Italien oder Spanien liquide zu halten. Dennoch ist die Maßnahme im Interesse aller Euro-Staaten und ein weitreichender aber verantwortungsvoller Schritt der EZB. Wie schon in der Euro-Schuldenkrise 2012 zeigt sich Europas Zentralbank als handlungsfähig in einer Situation, in der eine umfassende systemische Krise droht und die europäische Politik sich noch in Schockstarre befindet.“

Prof. Dr. Friedrich Heinemann



INSTITUTIONEN

Eine effiziente europäische Politik gelingt nur, wenn die Aufgabenteilung zwischen EU und Mitgliedstaaten gut austariert ist. So wäre etwa der Ausbau der EU-Zuständigkeiten in der Entwicklungspolitik angeraten. Nationale Sonderinteressen sind zwar ein Hindernis für diesen Weg, sie können aber auch in einem europäischen Modell Berücksichtigung finden.

NATIONALPARLAMENTE

ZU WENIG EINIGKEIT FÜR EURO-REFORMEN

ZEW Policy Brief von Sebastian Blesse und Prof. Dr. Friedrich Heinemann

Parlamentarier/innen in den drei großen Ländern der Eurozone Deutschland, Frankreich und Italien sind uneins über den europäischen Reformkurs. Konsens besteht immerhin im Wunsch nach höheren öffentlichen Investitionen, mehr Rechten für das Europäische Parlament und wachsenden Zuständigkeiten der Europäischen Union für Immigration und Verteidigung.

Tiefgespalten zeigen sich die populistischen Gruppierungen im Norden und Süden: Während Abgeordnete der deutschen AfD eine starke Skepsis gegen neue EU-Kompetenzen und Instrumente für die Eurozone hegen, gehören Lega und Fünf-Sterne-Bewegung in Italien zu den starken Befürwortern von mehr Solidarität in der Eurozone und einer Abschwächung des Stabilitätspakts. Dies sind zentrale Resultate einer Umfrage unter den Abgeordneten der nationalen Parlamente in Deutschland, Frankreich und Italien, die das ZEW gemeinsam mit der Universität Mannheim, der École Polytechnique in Paris und der Katholischen Universität Mailand konzipiert hat. Befragt wurden dabei die Präferenzen auf den folgenden drei Themen-

gebieten: Kompetenzverteilung zwischen EU und Mitgliedstaaten, Reformen der Europäischen Währungsunion (EWU) und Entscheidungsprozesse in der EU. Besonders ausgeprägte Unterschiede zwischen Frankreich und Italien auf der einen und Deutschland auf der anderen Seite zeigen sich bei den Reformideen für die Eurozone.

Französische und italienische Abgeordnete sind insgesamt eher bereit, Kompetenzen nach Europa zu verlagern als ihre deutschen Kollegen/-innen. Das gilt etwa für die Energie-, Lohn- und Arbeitsmarktpolitik. Einigkeit zwischen Berlin, Rom und Paris besteht bei der Kompetenzverteilung lediglich darin, dass Europa mehr Zuständigkeit in der Einwanderungs- und Verteidigungspolitik erhalten sollte.

Die Abgeordneten Frankreichs und Italiens sind sehr aufgeschlossen für ein Eurozonenbudget, für einen EU-Finanzminister sowie für Eurobonds und unterstützen zudem die Europäische Zentralbank (EZB) in ihren Anleihekäufen, während die Bundestagsabgeordneten bei all diesen Themen skeptisch bis ablehnend sind.

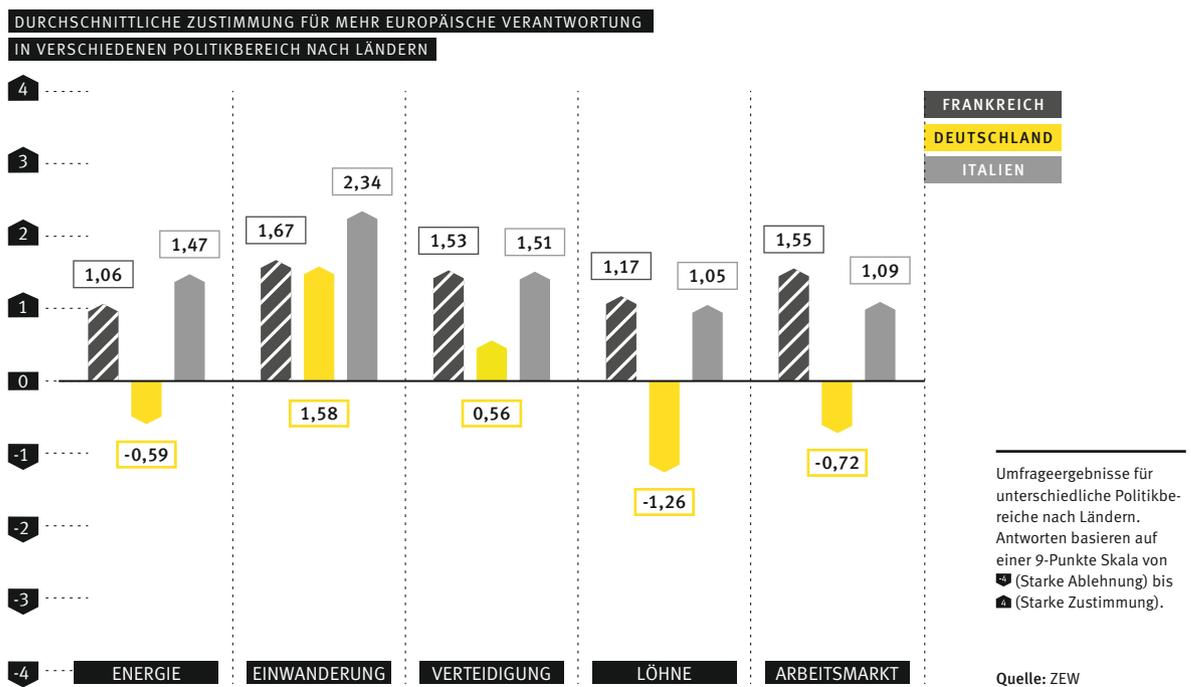
Nur höhere Investitionen werden in allen Parlamenten begrüßt. Einigkeit besteht außerdem darin, dem Europäischen Parlament das Recht zur Einbringung europäischer Gesetzesvorschläge zu geben. Bislang steht dieses Initiativrecht einzig der Europäischen Kommission zu. Aufschlussreich ist der Vergleich der populistischen Parteien in Nord- und Südeuropa. Die

LINK

Zum ZEW Policy Brief:
www.zew.de/PU80698

deutsche AfD und die italienische Lega ähneln sich mit Blick auf die Ablehnung neuer EU-Politikkompetenzen. Hingegen gibt es einen starken Dissens zwischen AfD auf der einen Seite sowie Lega und der Fünf-Sterne-Bewegung auf der anderen Seite bei allen Euro-Reformthemen.

UMFRAGE ZU EU-ZUSTÄNDIGKEITEN IN EUROPÄISCHEN NATIONALPARLAMENTEN



LOBBYISMUS

KRITISCHE HALTUNG DER DEUTSCHEN BEVÖLKERUNG

ZEW-Kurzexpertise von Dr. Wolfgang Habla und Prof. Ulrich Wagner, Ph.D.

Die Mehrheit der Bundesbürger/innen hält Lobbygruppen nicht nur für enorm einflussreich mit Blick auf die allgemeine Politik in Deutschland und Europa, sondern steht diesem Einfluss auch äußerst ablehnend gegenüber. Ähnlich kritisch sieht die Bevölkerung hierzulande den Einfluss von Lobbygruppen auf die Klimapolitik der Europäischen Union. Unter Lobbyismus lässt sich hierbei der Versuch von Interessengruppen wie etwa Unternehmen und Verbänden verstehen, auf Parlamentsabgeordnete und andere politische Entscheidungsträger/innen Einfluss zu nehmen.

78 Prozent der Deutschen halten den Einfluss von Lobbyisten auf EU-Ebene für stark oder sehr stark. Lediglich 1,5 Prozent glauben, dass Lobbyismus überhaupt keinen Einfluss auf die europäische Politik hat. Weiterhin gehen knapp 78 Prozent derjenigen, die einen Einfluss von Lobbyismus auf EU-Ebene sehen, davon aus, dass dieser Einfluss negativ oder eher negativ ist. Nur 3,4 Prozent sehen einen positiven oder eher positiven Einfluss von Lobbyismus in Europa. Bemerkenswert ist der Unterschied in der Wahrnehmung von Lobbyismus bei den Anhängern/-innen der im Bundestag vertretenen Parteien. Während Anhänger/innen von Grünen, Linken und AfD sehr ablehnend auf das Thema Lobbyismus reagieren, fällt diese Einstellung unter Anhängern/-innen von CDU/CSU, SPD und FDP nicht ganz so skeptisch aus. Und während im Durchschnitt die Anhänger/innen aller Parteien davon ausgehen, dass Lobbyismus zu weniger Klimaschutz in der EU führt, sind Anhänger/innen von SPD, Grünen und Linken hierbei deutlich negativer eingestellt als Anhänger/innen von CDU/CSU, FDP und AfD.

Fast drei Viertel der Deutschen sind mit der Informationslage beim Thema Lobbyismus unzufrieden, vermissen also einen transparenteren Umgang mit dem Thema. Empfehlenswert wären daher eine Ausweitung des europäischen Transparenzregisters und die Einführung eines solchen Registers auch in Deutschland. Als Vorbild könnte dabei das US-amerikanische Lobbyregister dienen, das eine strengere Registrierungspflicht vorsieht als das europäische Gegenstück.

KREDITVERGABEPRAaxis DER EU-BANK

Bei der Vergabe von Krediten durch die Europäische Investitionsbank (EIB) spielt die persönliche Biographie von Mitarbeitern/-innen der Führungsebene eine maßgebliche Rolle. So fließen Kredite zur Finanzierung großer Infrastrukturprojekte mit höherer Wahrscheinlichkeit in eine Region, aus der ein oder mehrere Mitglieder des Verwaltungsrats der EIB stammen.

Mehr über die Studie zu Lesen auf Seite 100.

LINK

Zur ZEW-Kurzexpertise:
www.zew.de/PM6714

EU-HAUSHALT

ENTWICKLUNGSGELDER BÜNDELN

Studie von Dr. Christoph Harendt und Prof. Dr. Friedrich Heinemann

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sollten im neuen EU-Finanzrahmen ab 2021 die Entwicklungshilfe im Brüsseler Haushalt bündeln. Eine gemeinsame europäische Finanzierung würde einen Beitrag dazu leisten, die bisherige Zersplitterung der europäischen Entwicklungshilfe zu überwinden, wie eine Studie zur EU-Entwicklungspolitik des ZEW mit der Bertelsmann Stiftung zeigt.

Aktuell ist die europäische Entwicklungshilfe durch eine große Zersplitterung gekennzeichnet. Die EU und ihre Mitgliedstaaten machen sich oft unsinnige Konkurrenz, verursachen durch Duplizierung von Aufgaben unnötig hohe Kosten und üben so oftmals weniger Einfluss aus als andere große Geberstaaten wie die USA oder China. Hinzu kommt, dass das gegenwärtige System zum Trittbrettfahren einlädt: Obwohl alle EU-Staaten von stabileren Bedingungen etwa der afrikanischen Staaten profitieren, beteiligen sich die EU-Mitgliedstaaten nur in sehr unterschiedlichem Umfang an der Finanzierung.

Eine Alternative bestünde darin, dass die Finanzierung der EU-Entwicklungshilfe über das Eigenmittelsystem des europäischen Haushalts erfolgt, in dem sich die

Belastungen proportional zur Wirtschaftskraft verhalten. Das heißt, EU-Staaten mit gleichem Wohlstandsniveau würden künftig in gleicher Höhe und relativ zu ihrer Größe zur Finanzierung herangezogen. Dieses Modell würde die Vorteile eines gemeinsamen Finanzierungsansatzes realisieren, vermeidet aber die Nachteile übermäßiger Zentralisierung.

Gleichzeitig sollten die EU-Mitgliedstaaten aber weiterhin ihre spezifische Expertise im Umgang mit bestimmten Empfängerländern einbringen. Zu diesem Zweck würde die EU-Entwicklungshilfe durch sogenannte „Lead-Staaten“ gesteuert. Dabei würden ein oder mehrere EU-Mitgliedstaaten, die etwa aufgrund von Sprache und Geschichte eine besondere Verbindung zu einem Empfängerland haben, die Verantwortung für die Konzeption und Durchführung der EU-Programme übernehmen.

Die Entwicklungspolitik ist ein Beispiel für ein Feld, auf dem Europa allen EU-Staaten einen Mehrwert verschaffen kann. Europa würde für das gleiche Geld mehr Einfluss und Wirksamkeit in der europäischen Entwicklungspolitik erhalten als im aktuell viel zu kleinteiligen System. Außerdem wäre die Bündelung der Ressourcen im EU-Haushalt ein großer Schritt in Richtung Fairness. Die derzeit beliebte Strategie des Trittbrettfahrens mit Blick auf die Entwicklungsanstrengungen anderer Staaten würde nicht länger funktionieren.



LINK

Zur Studie:

www.zew.de/PM6379

WIRTSCHAFTSPOLITIK AUS ERSTER HAND

PROF. DR. FERDINAND KIRCHHOF

DIE RECHTSSETZUNG DER INSTITUTIONELLEN GREMIEN IST RECHT GENAU VORHERSEHBAR

Macht und Entscheidungsbefugnisse im europäischen Steuersystem sind auf verschiedene Institutionen verteilt. Beide nehmen auf ihre Weise Einfluss auf die Gestaltung eines gemeinsamen europäischen Steuersystems und stehen dabei gleichermaßen vor der Herausforderung, nationale Steuerpolitiken zu berücksichtigen. In Anbetracht aktueller antieuropäischer und protektionistischer Tendenzen steht die Europäische Union zudem vor einer größer werdenden Kluft zwischen Integration und Auseinanderdriften. Mit dem komplexen Beziehungsgefüge der steuerpolitischen Akteure beschäftigte sich Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof, ehemaliger Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, in der ZEW-Veranstaltungsreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ am 14. Februar 2019 in Mannheim.

Mehr Informationen unter: www.zew.de/AM6438

EUGH-GENERALANWÄLTIN PROF. DR. JULIANE KOKOTT

DIE RECHTSSTAATLICHKEIT IN EUROPA BIRGT KONFLIKTE

Der Europäische Gerichtshofs (EuGH) bemüht sich um die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union und muss dabei die eigene Rechtsprechung in Einklang mit der Jurisdiktion in den EU-Mitgliedstaaten bringen – eine komplexe Aufgabe, die mit Hürden gespickt ist, wie Prof. Dr. Juliane Kokott, Generalanwältin am Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften, am 17. Oktober 2019 in der Veranstaltungsreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ am ZEW eindrücklich schilderte. In ihrer Funktion als öffentliche Berichterstatterin innerhalb der EU-Judikative rollte Kokott aktuelle Fälle auf, die zeigten, wie konfliktreich die Rechtsstaatlichkeit im Verhältnis zwischen europäischer und nationaler Ebene ist.

Mehr Informationen unter: www.zew.de/AM6828

EUROPA ANZEIGEN

KATHRINE VON GRAEVENITZ, PHD*

„Die Nähe zum Meer fehlt mir, aber mittlerweile ist mir auch die Rhein-Neckar-Region sehr ans Herz gewachsen. Mannheim hat nach Freiburg die meisten Sonnenscheinstunden in Deutschland und sowas weiß man als Dänin sehr zu schätzen.“

*** AARHUS, DÄNEMARK**

„Ich stamme aus der zweitgrößten Stadt Dänemarks, Aarhus. Mein Wunsch, in die Wirtschaftsforschung zu gehen, hat mich über Stationen an der Arizona State University und der Universität Kopenhagen schließlich 2014 ans ZEW gebracht.

Hier bin ich inzwischen stellvertretende Leiterin des Umweltforschungsbereichs. Überzeugt haben mich vor allem der besondere Team Spirit am ZEW, das hohe Forschungsniveau, die Menge an hochwertigen Seminaren und Konferenzen sowie die einzigartigen Datensätze, die mir hier zur Verfügung stehen. Momentan untersuche ich so spannende Fragestellungen wie: Welchen Zusammenhang gibt es zwischen grüner Wärmetechnik in Wohnungen und Häusern und den Immobilienpreisen? Oder auch: Wie effektiv sind politische Maßnahmen zur CO₂-Vermeidung?“



2



WIR ÜBER UNS

DAS FORSCHUNGSINSTITUT KOMPAKT

- 41 ● Das ZEW im Überblick
- 42 ● Das ZEW in der Welt
- 44 ● Forschungsleistung
- 48 ● Politikberatung
- 50 ● Personal und Finanzen

Das ZEW steht für unabhängige und fundierte Wirtschaftsforschung mit Politikrelevanz. Die Themen des Instituts liegen am Puls der Zeit. Politik- und gesellschaftsrelevante Fragen wie **Digitalisierung, demografischer Wandel, europäische Integration** und **Energiewende** prägen als übergreifende Fokusthemen die Forschungsagenda. Das ZEW berät politische Entscheidungsträger an den zentralen Schaltstellen unter anderem in diesen Feldern und bringt sich aktiv in die öffentliche Debatte ein.

MISSION

Mit seiner Arbeit verfolgt das ZEW zwei zentrale Ziele:

- politikrelevante Forschung
- wissenschaftlich fundierte Politikberatung

DAS ZEW IM ÜBERBLICK

Das ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim gehört zu den führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstituten und ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am ZEW arbeiten auf dem Gebiet der anwendungsbezogenen empirischen Forschung. Übergreifender Forschungsgedanke ist die Analyse und das Design funktionstüchtiger Märkte und Institutionen in Europa. Konkret befasst sich die Forschung des ZEW damit, wie die Rahmenbedingungen von Marktprozessen gestaltet sein müssen, um eine nachhaltige und effiziente wirtschaftliche Entwicklung der europäischen Volkswirtschaften zu ermöglichen.

Die wissenschaftlich fundierte Politikberatung ist ein weiteres Ziel des ZEW. Dabei erlauben es die Größe des Instituts und das breite inhaltliche Spektrum seiner Forschungseinheiten, umfangreiche und komplexe wirtschaftspolitische Beratungsaufträge zu bearbeiten.

Unter der Leitung des Präsidenten Prof. Achim Wambach, Ph.D. und des Geschäftsführers Thomas Kohl arbeiten am ZEW derzeit rund 190 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in acht Forschungseinheiten, vier Nachwuchsforschungsgruppen und drei Servicebereichen.

DAS ZEW IN DER WELT

Exzellente Forschung und Politikberatung leben von einem regen fachlichen Austausch. Dem ZEW ist es daher wichtig, sein globales Netzwerk zu pflegen und kontinuierlich auszubauen. Gleichzeitig wird so die Sichtbarkeit des Instituts im Ausland erhöht und seine internationale Reputation gesteigert.

Das ZEW verfügt über ein dicht gewebtes Netzwerk aus nationalen und internationalen Kooperationspartnern, das kontinuierlich ausgebaut wird. So arbeitete das Institut 2019 mit mehr als 460 Kooperationspartnern zusammen, z.B. im Rahmen von gemeinsamen Projekten und Publikationen.

Zentrales Element der Vernetzung des ZEW ist die enge Verbindung zu den Hochschulen in der Metropolregion Rhein-Neckar: Mit den Universitäten Mannheim und Heidelberg bestehen dauerhafte Kooperationen, etwa bei gemeinsamen Berufungen, Seminaren und der Nutzung gemeinsamer Ressourcen. Gleichzeitig ist die Internationalität des Netzwerks von Bedeutung. Das ZEW hat hervorragende Kooperationspartner vor allem in Europa, aber auch in Nordamerika und Asien. Beispiele sind die Zusammenarbeit mit der Fudan University in Shanghai, unter anderem im Rahmen des China Economic Panels (CEP), sowie die Mitbegründung des internationalen Forschungsnetzwerks EconPol Europe, das Partnerinstitutionen aus 12 europäischen Staaten umfasst.

Zudem kooperiert das Institut derzeit mit knapp 100 Research Associates, die sich in die Arbeit der Forschungseinheiten einbringen. Den wissenschaftlichen Austausch fördert das ZEW Visiting Researchers Programme, das internationale Forschende für Gastaufenthalte an das Institut bringt.

Ausweis der erfolgreichen Arbeit des Instituts sind auch Berufungen von ZEW-Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an Hochschulen. 2019 wurden ZEW-Forschende nicht nur an die Universitäten Mannheim und Köln, sondern auch ins Ausland, an die Maastricht University, die Utrecht University, die Queen's University Belfast und Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Deutschland berufen.

FORSCHUNGSLEISTUNG

Exzellenz hat am ZEW viele Dimensionen. Neben der Veröffentlichung der Forschungsergebnisse in wissenschaftlichen Fachzeitschriften und einem kontinuierlichen wissenschaftlichen Austausch durch Konferenzen, Workshops und Gastaufenthalte verfügt das ZEW über einzigartige Datenbestände.

PUBLIKATIONEN IN TOPJOURNALS

Im Jahr 2019 konnten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des ZEW wieder mit zahlreichen Artikeln in renommierten internationalen Fachzeitschriften mit externem Referee-Prozess glänzen. Unter anderem wurden Beiträge in so führenden Fachzeitschriften wie dem Journal of Financial Economics, dem Journal of Economic Geography oder Management Science akzeptiert.

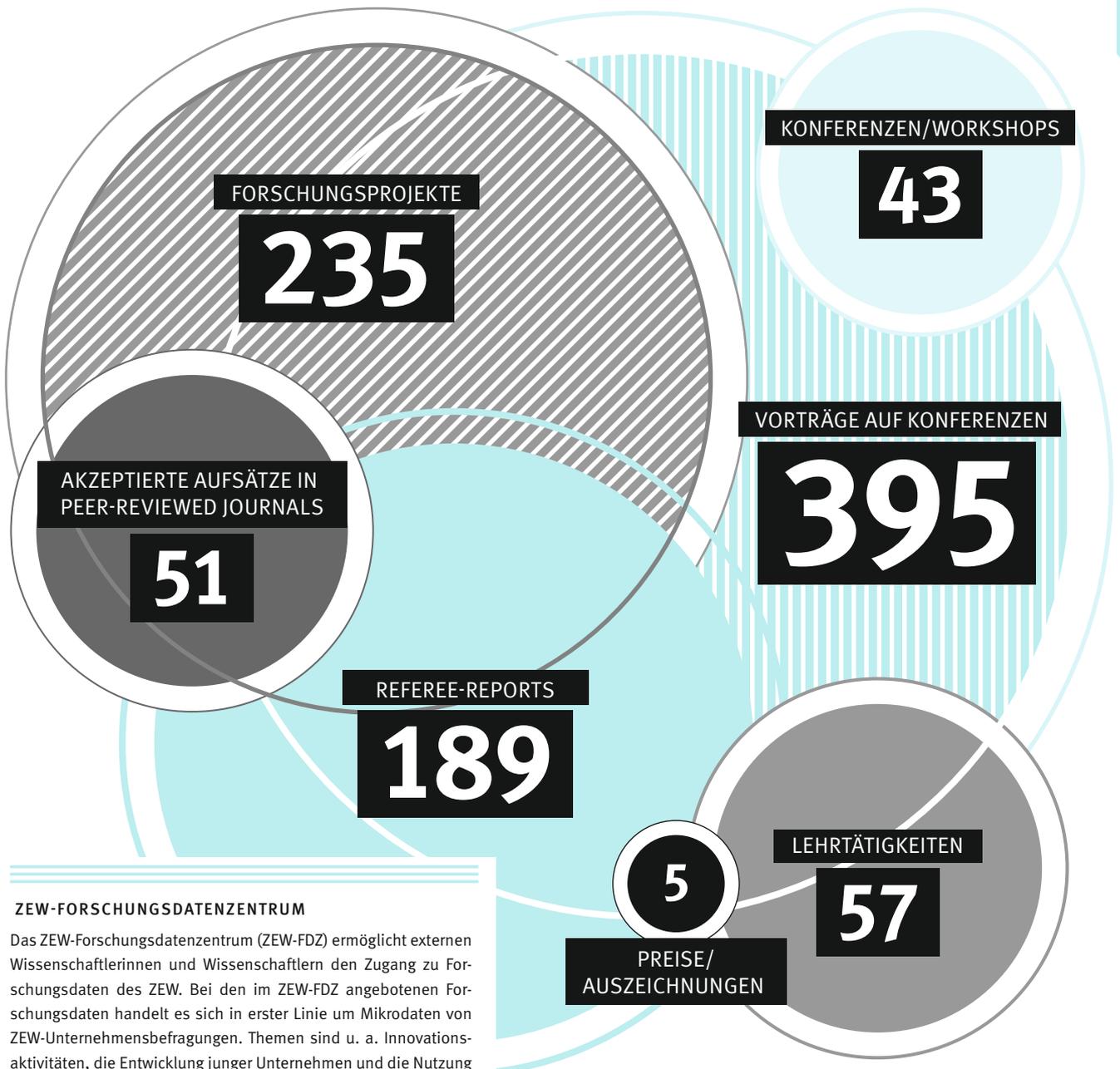
FRUCHTBARER AUSTAUSCH AUF VERANSTALTUNGEN

Um seine Kompetenzen zielgerichtet zu kommunizieren, organisiert das ZEW zahlreiche Fachtagungen zu einer Vielfalt an Themen. 2019 veranstaltete das ZEW über 40 wissenschaftliche Konferenzen und Workshops, darunter die bereits zum achten Mal stattfindende ZEW/MaCCI-Konferenz zur Innovationsökonomik und Patentforschung, auf der Fachgrößen über aktuelle Forschungsfragen rund um die Themen Innovation und Patentrechte mit Gästen aus aller Welt diskutierten.

MIT AUSZEICHNUNG

Auch 2019 erhielten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des ZEW wieder Preise und Auszeichnungen für ihre Forschung. Zum Beispiel bekam Dr. Laura Pohlan aus dem Forschungsbereich „Arbeitsmärkte und Personalmanagement“ den Preis für die beste Dissertation von der Volksbank Weinheim Stiftung überreicht. In ihrer Arbeit mit dem Titel „Essays on Unemployment, Job Search Behavior and Policy Interventions“ untersuchte sie die vielfältigen kausalen Wirkungen von Arbeitslosigkeit in Zusammenhang mit sozialer Exklusion.

ZEW-FORSCHUNG 2019 IN ZAHLEN



ZEW-FORSCHUNGSDATENZENTRUM

Das ZEW-Forschungsdatenzentrum (ZEW-FDZ) ermöglicht externen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern den Zugang zu Forschungsdaten des ZEW. Bei den im ZEW-FDZ angebotenen Forschungsdaten handelt es sich in erster Linie um Mikrodaten von ZEW-Unternehmensbefragungen. Themen sind u. a. Innovationsaktivitäten, die Entwicklung junger Unternehmen und die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien. Ferner können die Daten von ZEW-Expertenbefragungen – z. B. ZEW-Finanzmarkttest – und ZEW-Personenbefragungen genutzt werden.

➤ DAS SEEK-PROGRAMM

Nach 10 Jahren kann das SEEK-Forschungsprogramm eine erfolgreiche Bilanz ziehen: Der wissenschaftliche Output überzeugt und das ZEW ist international vernetzter denn je.

SEEK steht für „Strengthening Efficiency and Competitiveness in the European Knowledge Economies“. Dieses Forschungsprogramm wurde 2010 gemeinsam von Baden-Württemberg und dem ZEW ins Leben gerufen und seitdem vom Land gefördert. Übergeordnetes Ziel war dabei, Politik, Verwaltung und Wirtschaft unabhängige, wissenschaftlich fundierte Handlungsempfehlungen an die Hand zu geben. Das Augenmerk fest auf die Faktoren gerichtet, die für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaften entscheidend sind, vertieft das Programm unser Verständnis der Wirtschaftsentwicklung in Europa.

Auch in der wissenschaftlichen Community hat das SEEK-Projekt Wellen geschlagen. So forschten im Rahmen von SEEK über 120 Institute und Universitäten aus 25 Ländern gemeinsam an Projekten. Dadurch konnten nachhaltige Kooperationen mit renommierten Forschenden geknüpft werden. Gleichzeitig mündeten Ergebnisse der Forschungsprojekte in Publikationen in Top-Fachzeitschriften und wurden auf zahlreichen wissenschaftlichen Konferenzen präsentiert.

Seit Start des Programms wurden rund 60 Projekte bearbeitet – stets mit ausländischen Partnern. Und das mit Erfolg: Vielfach haben SEEK-Ergebnisse in politischen Entscheidungsprozessen Berücksichtigung gefunden und die öffentliche Debatte befruchtet, etwa bei der Regulierung von Online-Plattformen. Hochkarätig besetzte Veranstaltungen haben die Sichtbarkeit des ZEW bei den relevanten Zielgruppen darüber hinaus nachhaltig gestärkt. Zu nennen sind hier allen voran die SEEK-Konferenzen, für die namhafte Persönlichkeiten wie der französische Ökonom und Bestsellerautor Prof. Thomas Piketty, die damalige EU Forschungskommissarin Máire Geoghegan-Quinn und Politiker wie Dr. Mario Monti, Dr. Klaus Töpfer oder Hans Eichel als Rednerinnen und Redner gewonnen werden konnten. 2014 fiel zudem der Startschuss für die „ZEW Lunch Debates“-Reihe in Brüssel. Die im Rahmen von SEEK etablierte Diskussionsreihe schafft einen Raum für direkten Austausch zwischen ZEW-Wissenschaftlern/-innen und EU-Entscheidungsträgern/-innen.

59
SEEK-PROJEKTE
INSGESAMT

121
PARTNER-
INSTITUTE

25
LÄNDER



WAS WURDE MIT SEEK ERREICHT?

GENERIERUNG MEDIALER RESONANZ

DIGITALE MÄRKTE UND PLATTFORMEN

Welche Folgen haben Geschäftspraktiken von Online-Plattformen auf Wettbewerb und Verbraucherschutz? Ein SEEK-Projekt zeigte, dass Hotels in Suchergebnissen einer Online-Buchungsplattform schlechter gelistet werden, wenn sie auf anderen Webseiten niedrigere Preise anbieten. So machen Plattformen die Rangliste ihrer Suchergebnisse auch von gewinnmaximierenden Faktoren abhängig, die nicht unbedingt mit dem Kundeninteresse übereinstimmen – mit negativen Folgen für Wettbewerb und Nutzer. Diese Ergebnisse wurden nicht nur von den Medien großflächig aufgegriffen, auch erschienen sie in einem A-Journal und beeinflussten EU-Gesetzgebungsverfahren zur Regulierung und Transparenz von Online-Plattformen.

HOHE WISSENSCHAFTLICHE QUALITÄT UND STÄRKUNG DER SICHTBARKEIT IN DER ÖFFENTLICHEN DEBATTE

EUROPÄISCHES NETZWERK FÜR BESSERE INSTITUTIONEN – ZEW ENBI

Wie können die EU-Institutionen verbessert werden? Eingebettet in ein dicht gewebtes Netz europäischer Forschungsinstitute erarbeiten die Projektforscher/innen wissenschaftlich fundierte Vorschläge zur institutionellen Reform in Europa. Durch Beiträge zu Themen wie dem Europäischen Fiskalrat, einem EU-Finanzminister sowie einer Schuldenrestrukturierung hat das ZEW stark an Sichtbarkeit in der europäischen Debatte gewonnen.

BEZUG ZUR PRAXIS UND GEWINNUNG RENOMMIERTER KOOPERATIONSPARTNER

KLIMAFREUNDLICHE KURIERDIENSTLEISTUNGEN – CO2URIERS

In Zeiten wachsenden Online-Handels hat auch der Versand durch Kurierdienste stark zugenommen – mit Auswirkungen auf die Umwelt. Eine höhere Nachhaltigkeit ist daher umso bedeutender für die Branche. Gemeinsam mit deutschen und polnischen Unternehmen haben Forschende in dem Projekt umweltfreundlichere Lösungen entwickelt, die Anstöße für emissionsarme Produkte liefern können. Auch wurde Prof. Michael Price (University of Alabama), anerkannter Experte im Bereich experimentelle Ökonomik, als langfristiger Kooperationspartner gewonnen.

POLITIKBERATUNG

Beratungsleistungen auf hohem wissenschaftlichem Niveau und auf Grundlage fundierter Daten gehören zum Selbstverständnis des ZEW. Adressaten sind sowohl Akteure in Politik und Verwaltung auf EU-, Bundes- und Länderebene als auch Verbände und internationale Organisationen.

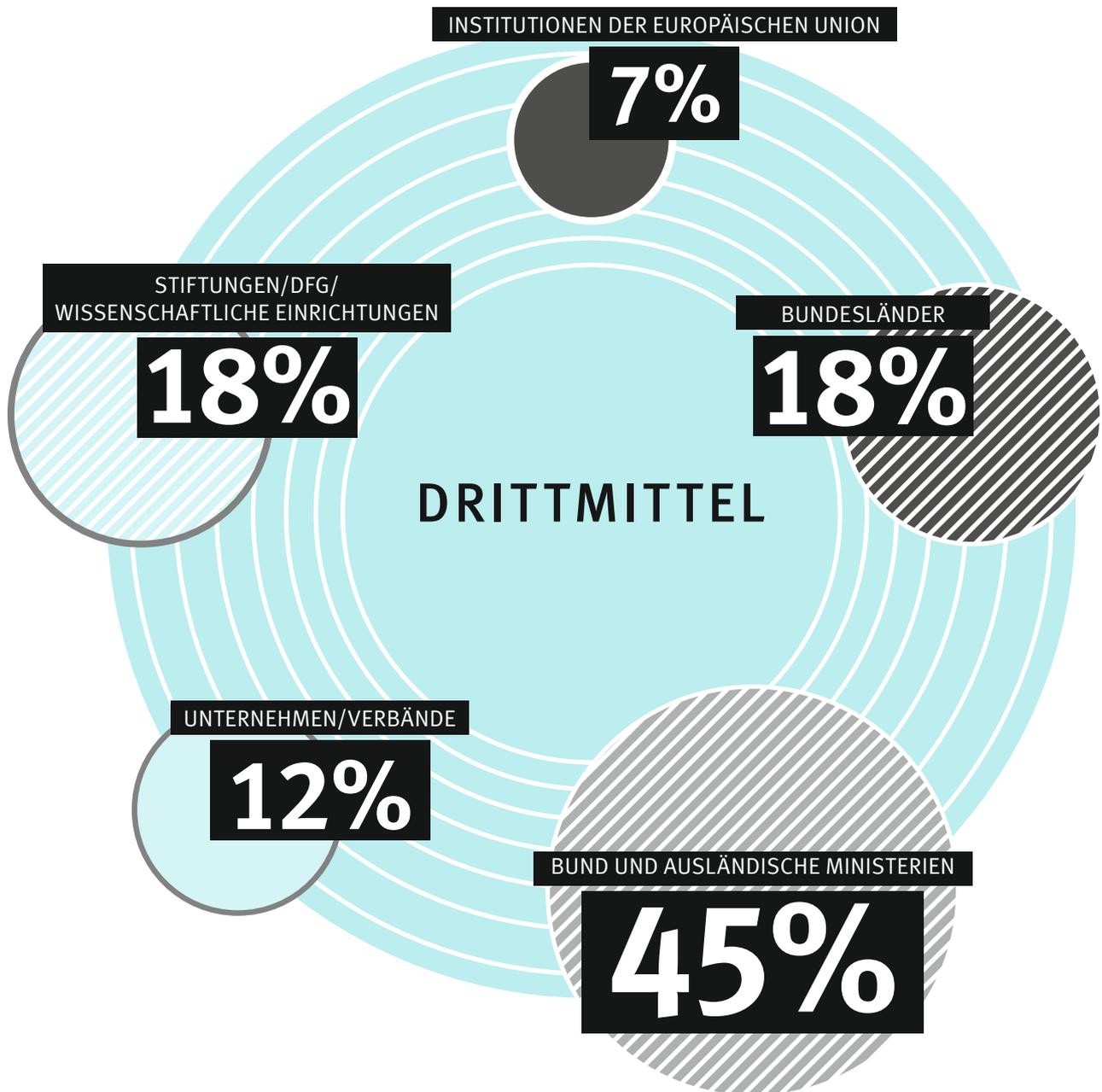
Wirtschaftswissenschaftliche Forschung mit politischem Impact – dieser Grundsatz wird von den ZEW-Forschenden tagtäglich gelebt. Im Jahr 2019 konnte sich das ZEW durch fundierten Analysen in seiner politikberatenden Funktion weiter profilieren: So wurde die Leiterin des ZEW-Forschungsbereichs „Digitale Ökonomie“, Prof. Dr. Irene Bertschek, 2019 als neues Mitglied in die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) berufen, in der sie die Bundesregierung zu Themen wie Innovation, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz berät.

Außerdem betraute das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg den Forschungsbereich „Digitale Ökonomie“ erneut damit, den Stand und die Entwicklungen der Kultur- und Kreativwirtschaft in Baden-Württemberg zu analysieren. Darüber hinaus führt das ZEW seit 1993 gemeinsam mit dem Institut für Angewandte Sozialwissenschaft (infas) und dem Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung eine jährliche Erhebung zum Innovationsverhalten der deutschen Wirtschaft durch.

DIE BERATUNG DURCH DAS ZEW ERFOLGT ÜBER MEHRERE KANÄLE:

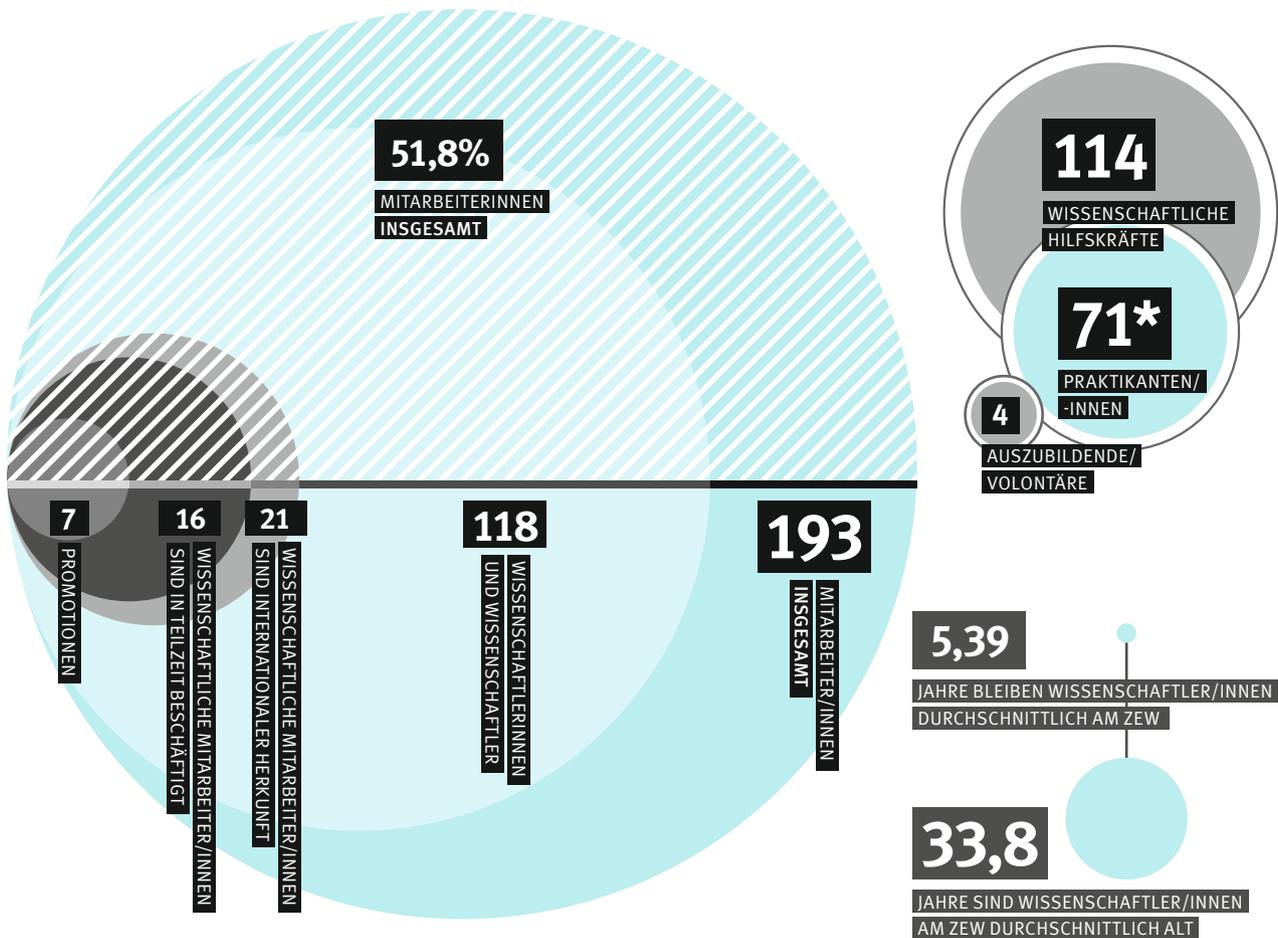
- ⦿ Studien und Gutachten im Auftrag öffentlicher Akteure
- ⦿ Teilnahme von ZEW-Wissenschaftlern/-innen an parlamentarischen Anhörungen, formellen Beratungsgesprächen von Parlamenten, Ministerien und der EU-Kommission sowie Mitgliedschaft in politikberatenden Gremien
- ⦿ Beratungsgespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der EU-Kommission und Ministerien, Abgeordneten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verschiedener Administrationen
- ⦿ Gestaltung der öffentlichen Debatte zu wirtschaftspolitischen Themen über die Medien und Veranstaltungen

DRITTMITTEL 2019 NACH AUFTRAG-/ZUWENDUNGSGEBER



PERSONAL UND FINANZEN

Ein internationales Forschungsumfeld, flexible Arbeitszeitmodelle und frischer Input durch junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – all das zeichnet das ZEW aus, wie der Blick auf die wesentlichen Kennzahlen für das Geschäftsjahr 2019 verrät.



FINANZEN (STAND: DEZEMBER 2019)

ZEW – GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

	2018	2019*
Institutionelle Förderung	9.475	11.688
Wettbewerbsabgabe	287	287
Drittmittel (Umsatzerlöse, Bestandsveränderungen, Erträge aus Zuschüssen)	7.945	7.028
Sonstige betriebliche Erträge	394	338
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen	550	549
Summe Erträge	18.651	19.890
Personalaufwand	11.876	13.038
Bezogene Leistungen	1.019	1.095
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.246	5.097
Abschreibungen auf Anlagevermögen	527	530
Zuweisungen zu den Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	388	392
negatives Finanzergebnis	38	36
Steuern	-27	3
Summe Aufwendungen	18.067	20.191
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	584	-301
Entnahmen aus den zweckgebundenen Rücklagen	542	659
Bilanzgewinn	1.126	358

ZEW – BILANZ PER 31.12.2019*

	2018	2019		2018	2019
AKTIVA			PASSIVA		
Immaterielle Vermögensgegenstände	55	92	Gezeichnetes Kapital	26	26
Geleistete Anzahlungen	18	–	Zweckgebundene Rücklagen	3.913	4.380
Grundstücke und Bauten	8.379	8.177	Andere Gewinnrücklagen	2.169	2.169
Betriebs- und Geschäftsausstattung	691	733	Bilanzgewinn	1.126	358
Anlagevermögen	9.143	9.002	Eigenkapital	7.234	6.933
Vorräte	2.453	3.062	Sonderposten	2.317	2.810
Forderungen/sonstiges Vermögen	700	960	Rückstellungen	2.334	2.227
Guthaben bei Kreditinstituten	8.686	8.348	Erhaltene Anzahlungen	2.137	2.666
Umlaufvermögen	11.839	12.370	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.660	4.027
Rechnungsabgrenzungsposten	275	186	Sonstige Verbindlichkeiten	2.575	2.895
Gesamtvermögen	21.257	21.558	Fremdkapital	11.706	11.815
			Gesamtkapital	21.257	21.558

* vorläufig, Werte in Tsd. EUR

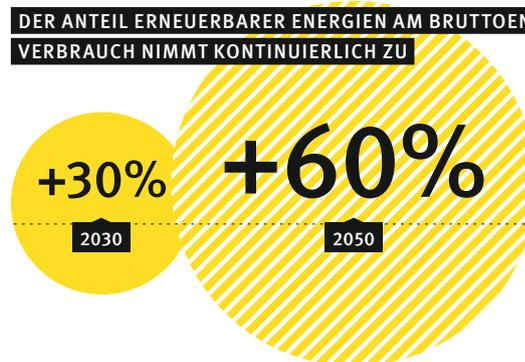
KLIMAWANDEL UND ENERGIEWENDE

DAS HEUTIGE SYSTEM VON NETZENTGELTEN, STEUERN, ABGABEN UND UMLAGEN AUF STROM, BENZIN, DIESEL, ERDGAS UND HEIZÖL GEFÄHRDET EINE ERFOLGREICHE ENERGIEWENDE.

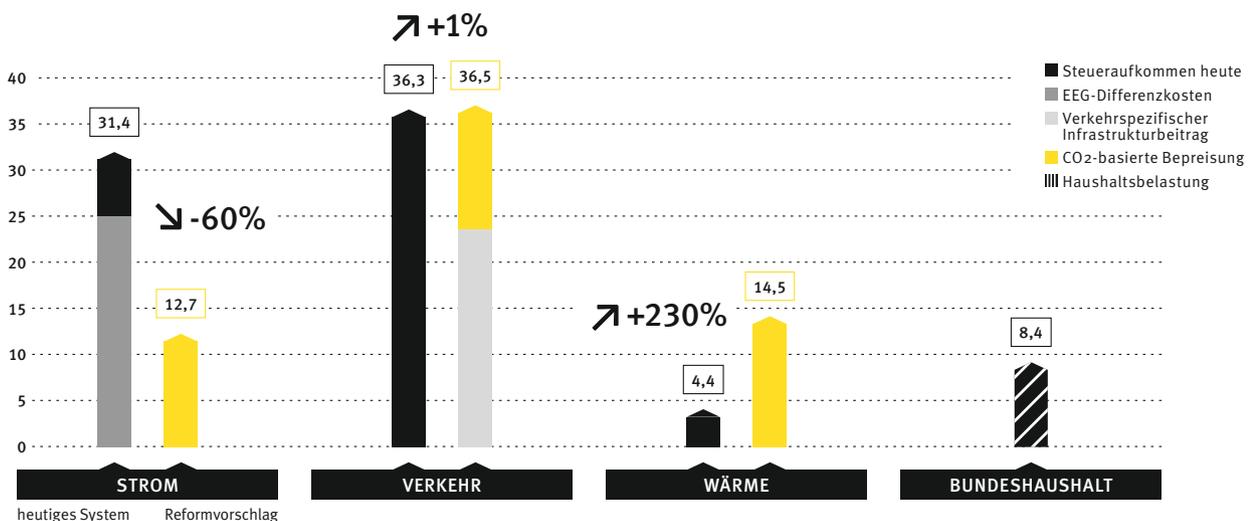
REFORMVORSCHLÄGE FÜR ENERGIEPREISE

Netzentgelte, Mengensteuern und Umlagen dämpfen und verzerren die Nachfrage und wirken einer effizienten Flexibilisierung der Nachfrage entgegen. Privathaushalte und kleine Unternehmen tragen einen überproportional hohen Anteil an Umlagen und Steuern. ZEW schlägt eine Reform vor: Einführung einer CO₂-orientierten Bepreisung für alle Energieträger und Partizipation aller Energieträger bei der Finanzierung der EEG-Umlage oder Überführung in den Bundeshaushalt.

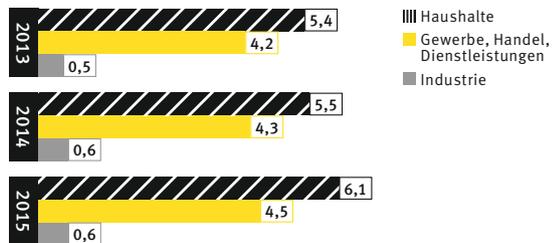
DER ANTEIL ERNEUERBARER ENERGIEN AM BRUTTOENERGIEVERBRAUCH NIMMT KONTINUIERLICH ZU



BELASTUNG DER EINZELNEN SEKTOREN BEI EINFÜHRUNG DER CO₂-BASIERTEN BEPREISUNG * IN MRD. €



DURCHSCHNITTLICHER ARBEITSPREIS BEI NETZENTGELTEN IN CENT JE kW/h



* CO₂-Referenzpreis = 80 Euro je Tonne CO₂ im Jahr 2015

WIE WIR EINE SOZIAL VERTRÄGLICHE WÄRMEWENDE SCHAFFEN

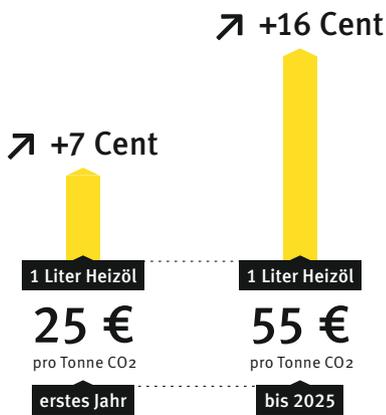
Über 80 Prozent des Endenergieverbrauchs der Haushalte in Deutschland wird für Raumwärme und Warmwasser verwendet. Da die Mehrheit der installierten Heizsysteme nach wie vor auf fossilen Energieträgern basiert, trägt der Gebäudesektor substantziell zu den nationalen Treibhausgasemissionen bei.

CO₂-ÄQUIVALENTE IM GEBÄUDESEKTOR IN MIO. TONNEN



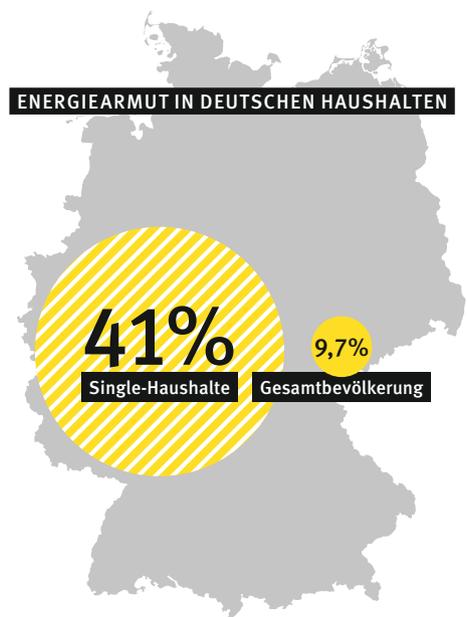
Klimaschutzziele der Bundesregierung zur Wärmewende im Gebäudesektor

MASSNAHMENPAKET DER BUNDESREGIERUNG UND DIE EINFÜHRUNG EINER EXPLIZITEN BEPREISUNG VON CO₂-EMISSIONEN



Die für die Anfangsphase festgelegten Preise sind angesichts der gesetzten Ziele deutlich zu niedrig. Schon ein heutiger Preis von 50 Euro pro Tonne würden die gesellschaftlichen Schäden durch CO₂ angemessener abbilden. Und in Zukunft wären noch deutlich höhere Preise nötig. Dann könnte der Preisansatz seine volle Wirkung entfalten und klimafreundlicher Wärmekonsum würde sich lohnen.

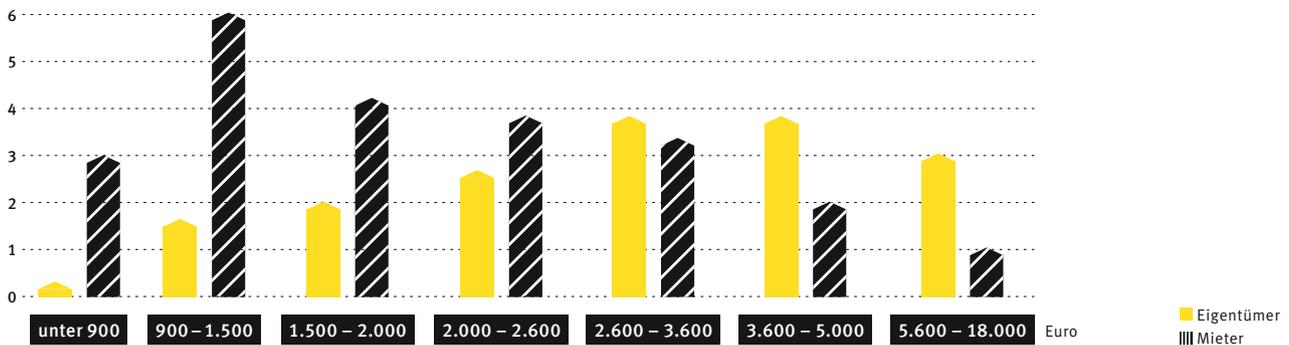
ENERGIEARMUT IN DEUTSCHEN HAUSHALTEN



SOZIALE UNGLEICHHEIT

Steuerliche Förderung für Investitionen sind Immobilieneigentümern vorbehalten. Somit bleibt ein großer Teil der Bevölkerung, der von diesen Entlastungen und Förderungen nicht profitiert: die Mieter. In den unteren Einkommensklassen überwiegt die Anzahl der Mieterhaushalte deutlich die der Eigentümer.

ANZAHL MIETER- UND EIGENTÜMER-HAUSHALTE NACH MONATLICHEM HAUSHALTSNETTOEINKOMMEN IN MIO.



Quellen:

1. Neue Preismodelle für die Energiewirtschaft im Rahmen einer Studie im Auftrag von Agora Energiewende: <http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/zn/zn0719.pdf>
2. ZEW policy brief „Wärmewende im Gebäudesektor: Lasst den CO₂-Preis wirken“: <http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/policybrief/de/pb07-19.pdf>

EUROPA

„Ich bin im ligurischen Küstenort Chiavari aufgewachsen.

Mein dreisprachiges Bachelorstudium in Ökonomie absolvierte ich in Bozen. Spätestens als ich erste Erfahrungen in einem kleinen Forschungsinstitut in Italien sammeln konnte, stand für mich fest, dass ich in die Wissenschaft möchte. Nach meinem VWL-Masterstudium an der Universität Mannheim und Aufhalten an der University of Washington und der Université Catholique de Louvain entschloss ich mich, ans ZEW zu gehen. Dort gehöre ich seit 2019 zur Nachwuchsforschungsgruppe „Öffentliche Beschaffung“.

Für die am ZEW immer größer werdende internationale Community ist es sehr angenehm, dass die Kommunikation innerhalb des Instituts durchweg auf Deutsch und Englisch stattfindet. Das macht den Neueinstieg für die Kollegen/-innen ungemein leichter.



A woman with long brown hair, wearing a grey cardigan over an orange top, stands with her arms crossed in front of a building facade. The building has a grid of windows and a decorative architectural element. The background is a mix of grey and white tones, with a yellow border on the right side.

MATILDE CAPPELLETTI*

„Als Doktorandin bietet mir das ZEW eine gute Möglichkeit, schon während meiner Promotion wertvolle Projekterfahrung zu sammeln. So etwas ist an der Universität in der Form kaum möglich.“

*** CHIAVARI, ITALIEN**

3



FORSCHUNGSEINHEITEN

- 58 ● Arbeitsmärkte und Personalmanagement
- 64 ● Digitale Ökonomie
- 70 ● Innovationsökonomik und Unternehmensdynamik
- 76 ● Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement
- 84 ● Soziale Sicherung und Verteilung
- 90 ● Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement
- 96 ● Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft
- 102 ● Marktdesign



LEITUNG

(kommissarisch)

PD Dr. Friedhelm Pfeiffer

Stellvertretende Leitung

Prof. Dr. Melanie Arntz



ARBEITSMÄRKTE UND PERSONALMANAGEMENT

FORSCHUNGSSCHWERPUNKTE

- **Bildung und Arbeitsmarktergebnisse**
PD Dr. Friedhelm Pfeiffer
- **Digitalisierung und internationale Arbeitsteilung**
Prof. Dr. Melanie Arntz
(Leibniz-Professorinnenprogramm)
- **Integration in Arbeitsmärkte**
Dr. Laura Pohlan
- **Nachwuchsforschungsgruppe**
Integration von Migranten
Dr. Katrin Sommerfeld



MISSION STATEMENT

Der Forschungsbereich „Arbeitsmärkte und Personalmanagement“ untersucht Bestimmungsgründe individueller und gesamtwirtschaftlicher Arbeitsmarktergebnisse in wissensbasierten Volkswirtschaften. Im Fokus stehen dabei die Folgen der zunehmenden Digitalisierung der Arbeitswelt, der Expansion der Hochschulbildung, der Integration sowie der Zuwanderung für Beschäftigung, Löhne und Teilhabe. Der Forschungsbereich untersucht zudem Wirkungen von Maßnahmen der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik. Zur Analyse von Ursache-Wirkungs-Beziehungen werden theoriegeleitete mikroökonomische Methoden verwendet. Der Forschungsbereich nutzt sowohl administrative und öffentlich verfügbare Mikrodatensätze als auch selbst erhobene Befragungsdaten. Ziel ist es, empirisch fundierte Empfehlungen für die Gestaltung von Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik zu erarbeiten.



BESCHÄFTIGUNGSPROGRAMM VERBESSERT SOZIALE TEILHABE VON LANGZEITARBEITSLSEN

- Geförderte Beschäftigung verbessert soziale Teilhabe
- Wirkung des Programms wird im Zeitverlauf schwächer

Das Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ lief von 2015 bis 2018 als Pilotprojekt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) und bot 20.000 Langzeitarbeitslosen für einen Zeitraum von bis zu drei Jahren eine geförderte Arbeitsstelle. Anhand verschiedener Indikatoren fand der Bereich heraus, dass das Programm die soziale Teilhabe der Teilnehmenden signifikant verbessert hat. Demnach zeigen sich die positiven Auswirkungen am stärksten mit Blick auf die allgemeine Lebenszufriedenheit und die soziale Zugehörigkeit der Langzeitarbeitslosen. Auch die Wirkungen auf die Gesundheit und den sozialen Status fielen positiv aus, wenngleich nicht ganz so stark.

Mit zunehmender Dauer der Beschäftigung schwächten sich die Wirkungen ab. Dies lag den Analysen folgend nicht daran, dass die Teilnehmenden über die Zeit weniger stark von der Maßnahme profitierten; vielmehr hätten im Laufe der Programmdauer mehr Teilnehmende auch ohne Teilnahme eine Beschäftigung gefunden und die damit verbundene höhere Teilhabe realisiert.

STUDIE

„Do Job Creation Schemes Improve the Social Integration and Well-Being of the Long-Term Unemployed?“

www.zew.de/PU81157

DURCHSCHNITTLICHE WIRKUNGEN IM LAUFE DER PROGRAMMDAUER



Quelle: ZEW



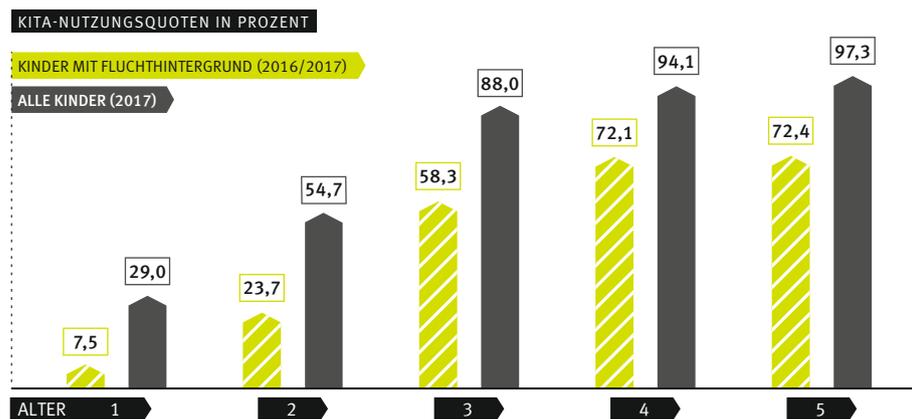
KITAS TRAGEN ZUR INTEGRATION VON GEFLÜCHTETEN MÜTTERN BEI

- Besucht ein Kind eine Kita, ist die Mutter besser in die Gesellschaft integriert
- Potenzial der Kitas zur Integration noch ausbaufähig

Besucht ein Kind aus einer nach Deutschland geflüchteten Familie hierzulande eine Kita, ist vor allem die Mutter deutlich besser in die Gesellschaft integriert. Unter anderem spricht und versteht sie besser Deutsch, hat eine höhere Arbeitsmarktorientierung und vermisst ihr Heimatland weniger. Der Effekt ist zudem umso größer, je länger die Kinder in einer Kita betreut werden. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Forschungsbereichs, die gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) auf Basis eines repräsentativen Datensatzes von nach Deutschland Geflüchteten aus den Jahren 2016 und 2017 durchgeführt wurde.

Kinder mit Fluchthintergrund gehen im Vergleich zu anderen Kindern jedoch deutlich seltener in eine Kita. Während 2017 rund 90 Prozent aller dreijährigen Kinder in Deutschland in einer Kita betreut wurden, waren es unter den Dreijährigen aus geflüchteten Familien nur rund 60 Prozent. Das Potenzial, das Kindertagesstätten zur besseren Integration von Flüchtlingsfamilien bieten, ist daher noch ausbaufähig, wenn entsprechende Kapazitäten geschaffen werden. Denkbar wäre auch, sie zu Zentren für Familien weiterzuentwickeln, die die Bedürfnisse von Kindern, Eltern und Familien als Ganzes in den Blick nehmen.

KINDER MIT FLUCHTHINTERGRUND WERDEN SELTENER IN EINER KITA BETREUT



Quellen: IAB-BAMF-SOEP-Befragung Geflüchteter in Deutschland; Bildung in Deutschland 2018.

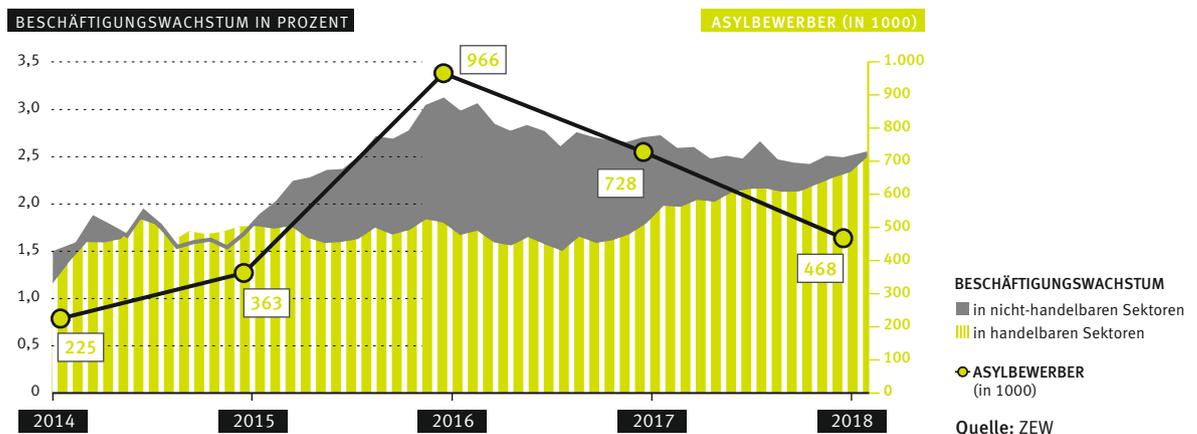


MEHR ARBEITSPLÄTZE DURCH GEFLÜCHTETE

- Öffentliche Ausgaben für Geflüchtete schaffen Beschäftigung
- Nicht-handelbare Sektoren profitieren kurzfristig am stärksten

Bund, Länder und Kommunen haben in den vergangenen Jahren signifikante Summen in die Unterbringung, Versorgung und Integration von Geflüchteten in Deutschland investiert. Diese öffentlichen Ausgaben bewirken einen unvorhergesehenen Anstieg der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, die zur Versorgung der Geflüchteten benötigt werden. Von diesem Anstieg haben bestimmte Branchen und Regionen besonders profitiert. Ein von der Fritz Thyssen Stiftung gefördertes Projekt zu den kurzfristigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Effekten der Flüchtlingszuwanderung kommt zum Ergebnis, dass durch die Fluchtmigration insbesondere die Beschäftigung in den sogenannten nicht-handelbaren Sektoren (u.a. Dienstleistungen und Baugewerbe) gestiegen ist. Starke Zuwächse in der Anzahl der Beschäftigten werden vor allem in Branchen verzeichnet, die unmittelbar von der Unterbringung und Integration von Geflüchteten betroffen sind, darunter der soziale Sektor, die öffentliche Verwaltung und das Baugewerbe. Die Ergebnisse deuten auch darauf hin, dass die Beschäftigungsgewinne in Kreisen mit mehr Arbeitslosigkeit höher ausgefallen sind als in Kreisen mit sehr niedriger Arbeitslosigkeit. Außerdem ist es bemerkenswert, dass fast ausschließlich Deutsche von dem Beschäftigungswachstum profitieren und keine Effekte auf frühere Zuwanderergruppen beobachtet werden können.

JÄHRLICHE WACHSTUMSRATEN DER BESCHÄFTIGUNG IN HANDELBAREN UND NICHT-HANDELBAREN SEKTOREN UND ASYLBEWERBERZAHLEN





LEITUNG

Prof. Dr. Irene Bertschek



DIGITALE ÖKONOMIE

FORSCHUNGSSCHWERPUNKTE

- **Diffusion digitaler Technologien**
Dr. Thomas Niebel
- **Digitalisierung und Unternehmensstrategien**
Prof. Dr. Irene Bertschek
- **Digitale Plattformen**
Prof. Dr. Irene Bertschek
- **Nachwuchsforschungsgruppe**
Design digitaler Märkte
Dr. Dominik Rehse



MISSION STATEMENT

Der Forschungsbereich „Digitale Ökonomie“ steht für Expertise in der Messung der Digitalisierung und in der Analyse ihrer ökonomischen Auswirkungen. Er entwickelt Gestaltungsoptionen für die optimale Ausschöpfung der Potenziale der Digitalisierung. Der Forschungsbereich untersucht, wie sich die Digitalisierung auf Produktion, Innovation und Arbeitswelt auswirkt, wie digitale Märkte und Plattformen funktionieren und welche Bedeutung zugrunde liegende digitale Infrastrukturen haben. Methodisch verfolgt der Forschungsbereich einen empirisch-quantitativen Ansatz. Dabei werden Daten aus eigenen Unternehmensbefragungen und von Internetplattformen sowie makroökonomische Datenbanken mit statistischen und ökonometrischen Verfahren ausgewertet.



INVESTITIONSFÖRDERUNG IM ZEITALTER VON CLOUD COMPUTING

- Klassische Investitionsprogramme schaffen Anreize für Unternehmen, IT-Investitionen zu tätigen anstatt Cloud Computing zu nutzen

Im Rahmen des ZEW-SEEK-Projekts „Digitalisierung und Heterogenität“ wurde in Zusammenarbeit mit der OECD die Wirkung klassischer Investitionsförderung im Zeitalter von Cloud Computing untersucht. In der vergangenen Dekade hat sich die Art, wie Unternehmen digitale Technologien beziehen, verändert. Mussten Unternehmen traditionell oftmals umfangreiche Investitionen in Software und physische IT-Infrastruktur tätigen, so werden digitale Technologien heutzutage in immer größerem Umfang als Dienstleistung über das Internet bezogen. Viele dieser Angebote, wie zum Beispiel Online-Speicher oder über das Internet verfügbare Softwaresysteme, sind unter dem Begriff Cloud Computing bekannt geworden. Cloud Computing ermöglicht die Nutzung digitaler Technologien „on demand“, d.h. zu variablen Kosten und ohne Investitionsaufwand. Damit verspricht es vor allem kleinen und mittleren Unternehmen einen einfacheren Zugang zu neuesten Technologien. Investitionen in digitale Technologien und Dienste werden somit durch bedarfsgerechte Ausgaben substituiert. Es stellt sich die Frage, ob aktuelle Fördermodelle, die darauf fokussieren, Anreize für Investitionen zu setzen, den aktuellen technologischen Gegebenheiten noch gerecht werden.

In der Studie wird anhand von Unternehmensdaten untersucht, wie sich der Zugang zu Investitionsförderprogrammen auf die Nutzung von Cloud Computing auswirkt. Da Investitionsförderung die marginalen Kosten von Investitionen in digitale Technologien verringert, könnte diese zugleich den Anreiz für die Nutzung von Cloud Computing vermindern. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass sich solche Förderprogramme tatsächlich negativ auf die Nutzung von Cloud Computing auswirken. Unternehmen mit Zugang zu solchen Förderprogrammen tätigen dagegen öfter klassische Investitionen in Hardware. Die Studie zeigt, dass Unternehmen klassische Investitionen in digitale Technologien und Anwendungen und Cloud Computing als Substitute betrachten. Das konkrete Design finanzieller Förderprogramme ist folglich mit ausschlaggebend für die Art des Technologiezugangs von Unternehmen. Je nach Zielsetzung sollten klassische Fördermodelle für Investitionen vor dem Hintergrund einer wachsenden Bedeutung von Cloud Computing und IT-Dienstleistungen neu überdacht werden.

SEEK-PROJEKT
 „Digitalisierung und
 Heterogenität“
www.zew.de/PJ3143



PROJEKT-ABSCHLUSSVERANSTALTUNG „ZUKUNFT BAU“

- Bauwirtschaft investiert bislang wenig in Digitalisierung
- Potenziale der Digitalisierung werden dennoch erkannt

Die Bauwirtschaft in Deutschland nutzt die Potenziale digitaler Technologien weniger und zögerlicher als andere Branchen. Dennoch hat sie die Potenziale der Digitalisierung für Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit erkannt. So sind 49,3 Prozent der Bauunternehmen in Deutschland der Meinung, dass sich die Digitalisierung schon heute positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirkt, 57,5 Prozent rechnen in den nächsten drei Jahren mit positiven Auswirkungen. Dies ist ein zentrales Ergebnis der ZEW-Studie „Beitrag der Digitalisierung zur Produktivität in der Baubranche“, die in Berlin im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung des Auftraggebers Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) mit dem ZEW und dem Mittelstand 4.0-Kompetenzzentrum Planen und Bauen vorgestellt wurde.

Die mit rund 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmern sehr gut besuchte Veranstaltung im Berliner Fraunhofer-Forum diente dabei nicht nur der Vorstellung der Studie, sondern auch einzelner Fallbeispiele aus dem Mittelstand. In einer Paneldiskussion mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Branchenverbände wurde außerdem der Stand der Digitalisierung in der Baubranche kontrovers diskutiert.

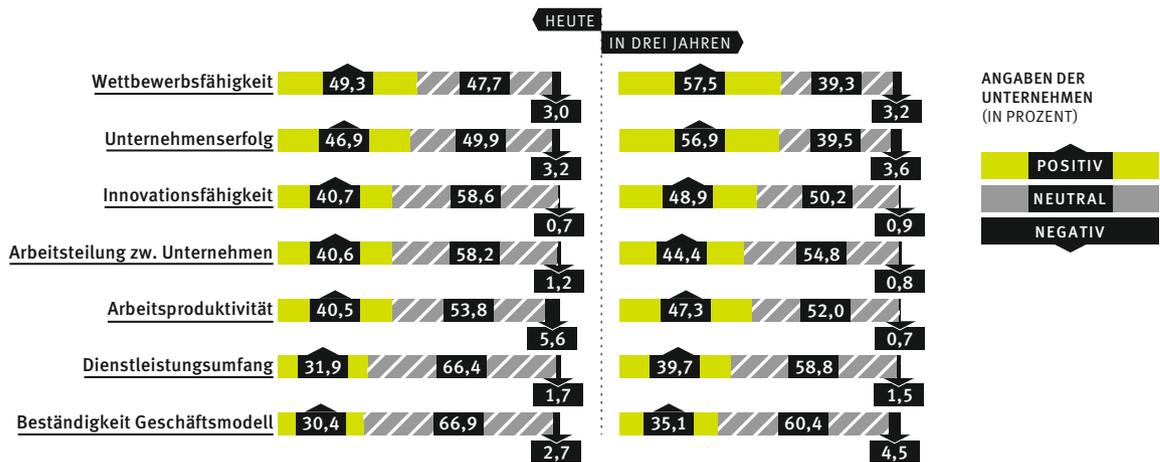
STUDIE

„Zukunft Bau: Beitrag der Digitalisierung zur Produktivität in der Baubranche“

www.zew.de/PU81248

EINFLUSS DER DIGITALISIERUNG AUF DIE BAUWIRTSCHAFT INKL. PLANENDE

„Wie schätzen Sie den Einfluss der Digitalisierung auf die folgenden Aspekte Ihres Unternehmens ein?“



Quelle: ZEW Unternehmensbefragung Bau, 2018.



PRIVATE ANREIZE ZUR BEREITSTELLUNG VON DIGITALEN ÖFFENTLICHEN GÜTERN?

- Bisher unbeachteter Nebeneffekt krisenbedingter Arbeitslosigkeit auf die Erstellung von Wikipedia-Inhalten

Wikipedia gilt als das bedeutendste Beispiel eines digitalen öffentlichen Gutes. Die in unzähligen Sprachen kostenlos verfügbare Online-Enzyklopädie ist das Produkt der massenhaften, ehrenamtlichen Zusammenarbeit von Freiwilligen aus aller Welt mit dem Ziel der Bereitstellung einer umfassenden Wissensdatenbank.

Das SEEK-Projekt „Folgen und Nebenwirkungen von Wirtschaftskrisen in Europa auf die Bereitstellung von öffentlichen Online-Gütern“ untersuchte die Dynamik eben dieser Form der Bereitstellung digitaler öffentlicher Güter, nämlich der Erstellung von Wikipedia-Inhalten. Konkret gingen die Wissenschaftler/innen der Frage nach, inwiefern der krisenbedingte Anstieg von Arbeitslosigkeit die Dynamik der freiwilligen Mitarbeit bei der Erstellung von Wikipedia-Inhalten beeinflusst. Die Zeitspanne der europäischen Wirtschaftskrise von 2008 bis 2010 nutzten die Autoren/-innen hierbei als natürliches Experiment.

Die Auswertungen auf Basis deutscher Arbeitslosenstatistiken auf Kreis-Ebene und europäischer Arbeitslosendaten auf Länderebene deuten auf einen bisher unbeachteten Nebeneffekt krisenbedingter Arbeitslosigkeit hin. So zeigte sich, dass eine verstärkte Generierung von Online-Inhalten vor allem in Kreisen zu finden war, die einen stärkeren Anstieg von Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hatten. Auf Ebene der europäischen Länder war dieser Zusammenhang noch deutlicher zu beobachten. Dieser positive Nebeneffekt krisenbedingter Arbeitslosigkeit wurde bislang sowohl in der Forschung als auch von politischen Entscheidungsträgern kaum beachtet.

Die Studie wurde 2019 in der referierten Fachzeitschrift „Information Systems Research“ zur Veröffentlichung angenommen.

STUDIE

„Unemployment and Online Volunteering“

www.zew.de/PU80900

LEITUNG

Dr. Georg Licht

Stellvertretende Leitung

Jürgen Egel

Prof. Dr. Bettina Peters

Dr. Christian Rammer





INNOVATIONSÖKONOMIK UND UNTERNEHMENS- DYNAMIK

FORSCHUNGSSCHWERPUNKTE

- **Innovationsprozesse in Unternehmen**
Prof. Dr. Bettina Peters, Dr. Christian Rammer
- **Gründung, Wachstum und Schließung von Unternehmen**
Dr. Johannes Bersch, Jürgen Egel
- **Öffentliche Forschung und Technologietransfer**
Florence Blandinières, Ph.D., Josefine Diekhof, Ph.D.
- **Nachwuchsforschungsgruppe Wettbewerb und Innovation**
Prof. Dr. Bernhard Ganglmair
- **ZEW-Forschungsdatenzentrum**
Dr. Sandra Gottschalk



MISSION STATEMENT

Der Forschungsbereich „Innovationsökonomik und Unternehmensdynamik“ untersucht Entscheidungen von Unternehmen unter dynamischen Marktbedingungen. Im Zentrum stehen empirische Analysen zum Innovationsverhalten von Unternehmen, zur Arbeitsteilung zwischen den Akteuren des Innovationssystems, zum Austausch von Forschungsergebnissen zwischen Unternehmen und Wissenschaft, zu Markteintritten und Marktaustritten und zur Entwicklung von (jungen) Unternehmen sowie zum Wettbewerb in Gütermärkten und resultierenden Innovationsanreizen. Die Forschungsaktivitäten identifizieren Herausforderungen, denen sich Unternehmen und die Wirtschaftspolitik gegenüber sehen, und analysieren und bewerten wirtschafts- und unternehmenspolitische Maßnahmen. Ansatzpunkte für aufgezeigte und bewertete wirtschafts- und innovationspolitische Interventionen resultieren häufig aus unzureichend ausgestalteten oder nicht vollständig entwickelten Güter- und Faktormärkten.

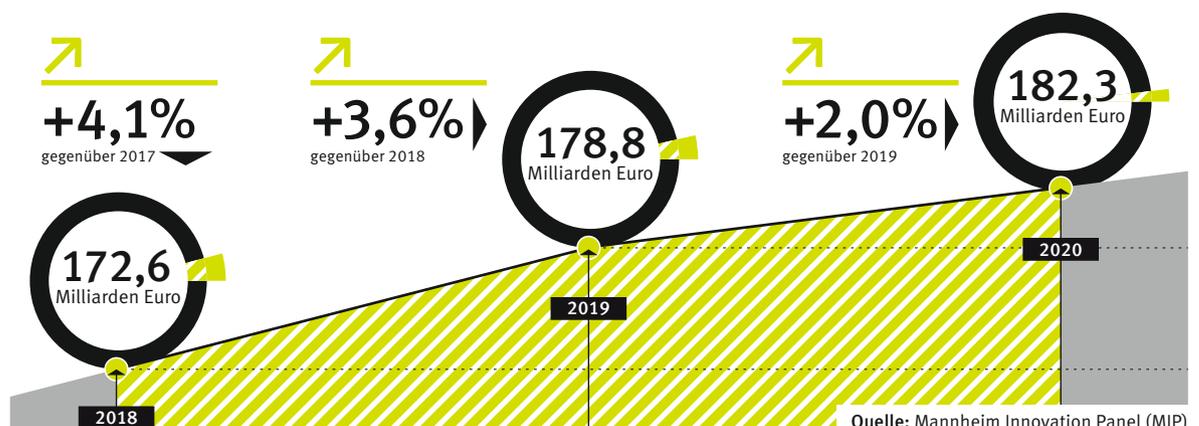


ACHTE ZEW-KONFERENZ ZU INNOVATIONSÖKONOMIK UND PATENTFORSCHUNG

- KI und Patentrecht im Fokus
- Dietmar Harhoff und Timothy Simcoe als Keynote-Redner

Hohe Reputation genießt die Konferenz zur Innovationsökonomik und Patentforschung, die bereits zum achten Mal gemeinsam mit dem Mannheim Centre for Competition and Innovation (MaCCI) veranstaltet wurde. Mehr als 100 Forscherinnen und Forscher aus aller Welt diskutierten aktuelle Fragen zu Innovation und Patentrechte. Höhepunkte waren die Keynotes von Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D. (Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München) und Prof. Timothy Simcoe, Ph.D. (Boston University). Harhoff erläuterte die Herausforderungen bei der Messung künstlicher Intelligenz und stellte seine Untersuchungen zur Attraktivität des deutschen Forschungssystems im Bereich KI vor. Insbesondere den skandinavischen Ländern und der Schweiz fällt es leichter als Deutschland, Forschende zu rekrutieren. Simcoe sprach über die Auswirkungen einer Änderung des US-Patentsystems, nach der Unternehmen nicht mehr automatisch eine Unterlassung erwirken können, wenn das eigene Patent verletzt wird. Wenngleich vielfach erwartet, hat diese Änderung nicht zu einem Rückgang der Innovationsaktivitäten geführt. Daneben wurde über Fragen und Themen diskutiert wie die Rolle maschinellen Lernens und Big Data in der Innovationsforschung, das Potenzial des öffentlichen Beschaffungswesens als Instrument zur Innovationsförderung, Wissens- und Technologietransfer und die Bewertung innovationspolitischer Instrumente und Patentsysteme.

ENTWICKLUNG DER INNOVATIONSAUSGABEN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT





FINANZIERUNGSOPTIONEN SIND ESSENZIELL FÜR UNTERNEHMENSENTWICKLUNG

- Schocks im Bankensystem übertragen sich in die Realwirtschaft
- Hausbanken absorbieren Schocks stärker als Transaktionsbanken

Bankenrettung zielt darauf ab, die Stabilität des Finanzsystems zu gewährleisten. So können Kapitalhilfen Banken in Schieflage vor einer möglichen Insolvenz bewahren, allerdings sind diese Hilfen auch mit Auflagen zum Abbau von Risiken und zur Restrukturierung verbunden. Somit ist unklar, wie sich Rettungsmaßnahmen auf die Kunden dieser Banken auswirken. In einem gemeinsam mit Mitarbeitern/-innen der Bundesbank im Journal of Corporate Finance publiziertem Papier wurde untersucht, wie die Rettung von Banken, die in Schieflage geraten sind, das Ausfallrisiko ihrer Firmenkunden, das verfügbare Handelskreditvolumen und schließlich auch die Umsätze der Firmen beeinflusst. Im Zentrum steht also der Übertragungskanal von Schocks im Bankensystem auf die Realwirtschaft und die Frage, ob Hausbanken solche Schocks anders weitergeben als Transaktionsbanken. Konkret fragt die Untersuchung nach der Auswirkung der Rettung von in Schieflage geratenen Banken auf die Realwirtschaft im Vergleich zu Banken mit ähnlichen Charakteristika ohne Kapitalhilfen. Dazu werden detaillierte bank- und firmenspezifische Informationen einschließlich Ratings einer unabhängigen Kreditratingagentur herangezogen. Die Resultate zeigen, dass die Rettung von in Schieflage geratenen Banken bei ihren Firmenkunden einen signifikanten Anstieg des Ausfallrisikos um etwa zehn Prozent verursacht. Ferner erzeugen Rettungsmaßnahmen Multiplikatoreffekte zu Lasten anderer Finanzierungsquellen: Das empfohlene Handelskreditlimit geht für Firmen, die Kunden bei geretteten Banken sind, um etwa elf Prozent zurück – und zwar im Vergleich zu ähnlichen Firmen, deren Hausbank keine Kapitalmaßnahme erhalten hat. Dieser Effekt tritt in Krisenzeiten besonders deutlich zu Tage. Hausbanken absorbieren solche Schocks, während Transaktionsbank die Schocks direkt an ihre Unternehmenskunden weitergeben.

STUDIE

„The Real Effects of Bank Distress: Evidence from bank bailouts in Germany“

<https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0929119918308149>

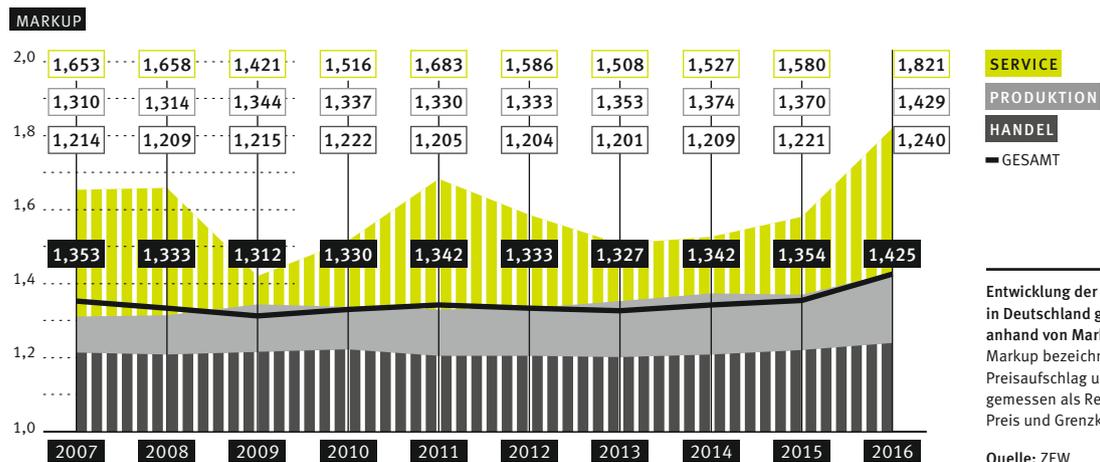


WETTBEWERB UND PRODUKTIVITÄTSENTWICKLUNG

- Nachlassendes Produktivitätswachstum bei steigender Spreizung der Produktivitätsdifferentials
- Leichter Anstieg der Marktmacht in Deutschland in den letzten Jahren

Im letzten Jahrzehnt haben viele Industrieländer ein rückläufiges Produktivitätswachstum und eine Ausweitung der Produktivitätsspreizung erlebt. Damit die Wirtschaftspolitik adäquat reagieren kann, müssen die möglichen Ursachen genau analysiert werden. Erklärungen reichen hier von rückläufigen Investitionen in FuE über strukturelle Veränderungen bezüglich einer Verschiebung zugunsten von mehr Dienstleistungen bis hin zu einem veränderten Wettbewerbsumfeld. In vielen Ländern ist gleichzeitig eine zunehmende Unternehmenskonzentration zu beobachten, die zeitgleich mit einem Rückgang des Wettbewerbs auftritt. Ein von der Bertelsmann Stiftung beauftragtes Projekt untersucht den Zusammenhang zwischen Unternehmenskonzentration und Innovation als Ursache der Produktivitätsschwäche. Ergebnisse für den Zeitraum 2007 bis 2016 zeigen, dass auch in Deutschland ein steigender Trend der Unternehmenskonzentration zu beobachten ist. In der Industrie führt dieser Trend zu geringerer Produktivität und zwar über zwei Wirkungskanäle: Als Folge des schwächeren Wettbewerbs sinkt der Druck auf die Firmen, effizientere Produktionsverfahren einzuführen. Die höhere Marktmacht führt aber auch zu geringeren Investitionen in Innovationen und somit zu weiteren Produktivitätseinbußen.

ENTWICKLUNG DER MARKUPS IN DEUTSCHLAND, 2007–2016



LEITUNG

Prof. Dr. Tabea Bucher-Koenen

Stellvertretende Leitung

Dr. Karolin Kirschenmann



INTERNATIONALE FINANZMÄRKTE UND FINANZMANAGEMENT

FORSCHUNGSSCHWERPUNKTE

- **Finanzen privater Haushalte**
Prof. Dr. Tabea Bucher-Koenen
- **Finanzintermediation**
Dr. Karolin Kirschenmann



MISSION STATEMENT

Privatanleger und Finanzinstitutionen stehen vor großen Herausforderungen. Der demografische Wandel und die Digitalisierung haben weitreichende Auswirkungen auf die Altersvorsorge, das Sparverhalten, die Zinsen, Finanzierungsbedingungen und das Wettbewerbsumfeld auf den Finanzmärkten. Im Forschungsbereich „Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement“ werden die Herausforderungen, die durch diese globalen Trends auf die Altersvorsorgesysteme und die Finanzbranche entstehen, analysiert. Der Fokus liegt dabei in den Forschungsschwerpunkten „Finanzen privater Haushalte“ und „Banken und Finanzintermediation“. Das methodische Fundament bilden mikroökonomische Analysen mit administrativen und umfragebasierten Daten und Simulationsstudien. Exzellente Forschung und wirtschaftspolitische Beratung gehen Hand in Hand, um vor dem Hintergrund langfristiger Trends evidenzbasierte Empfehlungen für zukunftsfähige Alterssicherungssysteme und eine den neuen Rahmenbedingungen angepasste Finanzarchitektur in Europa abzuleiten.



RECHENFERTIGKEIT VON KREDITBERATERN BEEINFLUSST KREDITRISIKOEINSCHÄTZUNG

- Kreditberater mit besserer Rechenfertigkeit schätzen Kreditrisiko genauer ein
- Effekt während des Kreditbooms vor der Finanzkrise am stärksten

Welchen Einfluss hat die Rechenfertigkeit von Arbeitnehmenden auf die Qualität ihrer Arbeitsleistung? Dieser Frage geht ein gemeinsam mit der Universität St. Gallen durchgeführtes Forschungsprojekt mit Daten von rumänischen Kreditberatern/-innen nach. Eine der wichtigsten Aufgaben dieser Berufsgruppe ist die Beurteilung des Kreditrisikos potenzieller Kreditnehmer/-innen. Dabei sammeln, analysieren und interpretieren Kreditberater/innen sowohl harte quantitative als auch weiche qualitative Informationen. Bessere Rechenfertigkeit führt dazu, dass die harten Informationen besser interpretiert und präzisere weiche Informationen eingeholt werden können. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass Kreditberater/innen mit besserer Rechenfertigkeit deutlich öfter Kredite als riskant klassifizieren, die letztendlich in Zahlungsverzug geraten (s. Grafik).

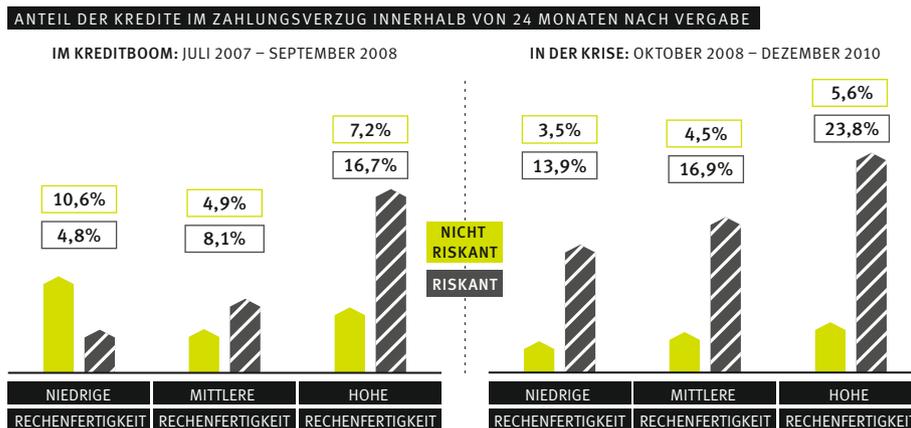
Im Kreditboom, wenn Informationsasymmetrien am ausgeprägtesten sind, ist der Unterschied zwischen Beratenden mit hoher und niedriger Rechenfertigkeit am größten. Die genauere Risikoeinschätzung der Kreditberater/innen mit höherer Rechenfertigkeit kommt vor allem daher, dass sie die weichen Informationen besser beurteilen können.

STUDIE

„Numeracy and the Quality of On-the-Job Decisions: Evidence from Loan Officers“

<https://onlinelibrary.wiley.com/doi/full/10.1111/ecin.12873>

GENAUIGKEIT DER KREDITRISIKOEINSCHÄTZUNG BEI UNTERSCHIEDLICHER RECHENFERTIGKEIT



Genauere Kreditrisikoeinschätzung bedeutet, dass die als riskant eingeschätzten Kredite häufiger in Zahlungsverzug geraten als die als nicht riskant beurteilten Kredite. Die Grafik zeigt, dass eine höhere Rechenfertigkeit zu genauerer Kreditrisikoeinschätzung führt.

Quelle: ZEW



HÖHERES BANKENRISIKO DURCH BEFÖRDERUNGS-ANREIZE VON POLITIKERN IN CHINA

- Beförderungsanreize erhöhen Kreditvolumen und Ausfallrisiko von Krediten
- Bessere Kontrolle und alternative Finanzierungsquellen sinnvoll

Die chinesische Regierung entscheidet regelmäßig über die Beförderung von leitenden Politikern/-innen auf regionaler Ebene (Provinzen, Kreise) sowie in Städten und Gemeinden. Dabei spielt unter anderem auch der wirtschaftliche Erfolg der Politiker/innen vor Ort eine Rolle.

In der Studie zeigt sich, dass Politiker/innen lokale Banken nutzen, um kreditfinanzierte Infrastrukturinvestitionen durchzuführen, die sich wiederum günstig auf das lokale Wirtschaftswachstum auswirken können. Die Bankkredite werden vor allem an Finanzierungsplattformen vergeben, die der Finanzierung der Infrastrukturprojekte dienen.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass eine im Vergleich zu Nachbarregionen schlechtere Wirtschaftsleistung die Nutzung von Bankkrediten zur Ankurbelung der örtlichen Wirtschaft verstärkt. Da eine schlechtere wirtschaftliche Performance die eigenen Beförderungschancen verringert, steigert ein solcher Rückstand den Druck auf die Politiker/innen, die Wirtschaftsleistung zu verbessern.

Bankkredite werden vor allem dann herangezogen, wenn die lokalen Politiker/innen einen gewissen Einfluss auf die Banken haben. Bei überregional tätigen Banken war der Effekt nicht nachweisbar. Besonders stark ist eine politisch motivierte Kreditvergabe, wenn die Politiker/innen gleichzeitig eine leitende Funktion in der Bank haben. Eine stärkere externe Kontrolle, ausgeübt etwa durch die Beteiligung der China Development Bank an der Kreditvergabe, reduziert hingegen den politischen Einfluss auf die Kreditvergabe.

Der politische Einfluss äußert sich in Bezug auf die Bankperformance in einer verminderten Liquidität der Banken, einem relativ höheren Kreditvolumen sowie in einem höheren Ausfallrisiko des Kreditportfolios. Einen Einfluss auf die Gewinnsituation konnte die Studie allerdings nicht nachweisen.

Bei der Risikokontrolle von Banken in China sollte der politische Einfluss auf die Kreditvergabe berücksichtigt und möglichst eingeschränkt werden. Die Erweiterung der Finanzierungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene zum Beispiel durch die Ausgabe von Anleihen, die derzeit nicht erlaubt sind, könnte den Einfluss auf die Kreditvergabe von Banken reduzieren und in legale Bahnen lenken.

STUDIE

„Politicians' Promotion Incentives and Bank Risk Exposure in China“

www.zew.de/PU80437



KAPITALANLAGE EINES STAATLICH ORGANISIERTEN ALTERSVORSORGEFONDS

- Aktienanlage mit Lebenszyklusumschichtung eignet sich als Standardprodukt

In einem Gutachten im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv) wurden mögliche Anlagestrukturen für einen staatlich organisierten Altersvorsorgefonds in Deutschland untersucht. Zu diesem Zweck wurde die Wertentwicklung vier verschiedener Portfolios, die zu unterschiedlichen Anteilen Aktien und Anleihen enthalten, simuliert: ein reines Aktienportfolio, ein Mischportfolio mit 50 Prozent Aktien und 50 Prozent Anleihen sowie eine für beide Portfolios an den Lebenszyklus angepasste Variante. Bei letzteren findet ab einem Alter von 52 Jahren eine Umschichtung von Aktien zu Anleihen statt. Im Basismodell zahlen Arbeitnehmende bei einem durchschnittlichen Gehalt von 3.880 Euro brutto und drei Prozent jährlichem nominalen Lohnwachstum monatlich vier Prozent ihres Bruttolohns ins Portfolio ein. In heutiger Kaufkraft ergäben sich bei einer Ansparphase von 45 Jahren monatliche Rentenzahlungen hieraus zwischen 2.400 Euro für das reine Aktienportfolio und 1.220 Euro beim Mischportfolio mit Anpassung an den Lebenszyklus.

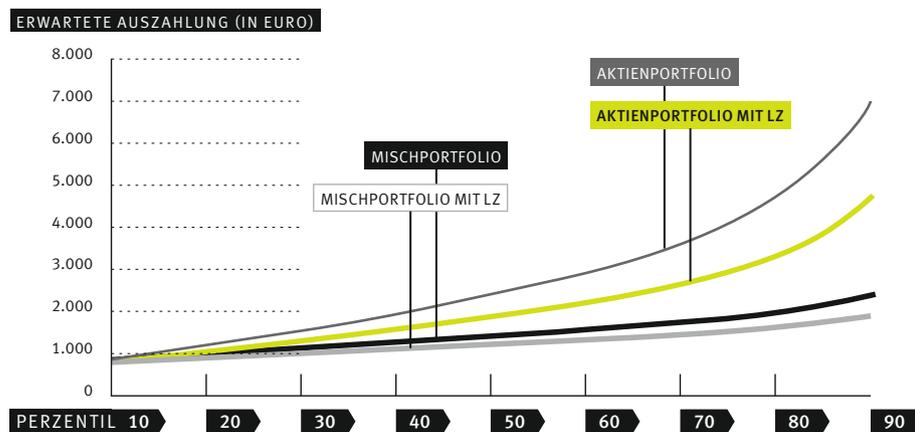
Das Gutachten zeigt, dass sich die Anlage in Aktien für die Altersvorsorge lohnt, obwohl sie risikoreicher ist als die Anlage in Anleihen. Finanzkrisen können allerdings zu deutlichen Verlusten führen, vor allem wenn sie sich sehr nah um den Zeitpunkt des Renteneintritts ereignen. Deshalb empfiehlt das Gutachten das Aktienportfolio mit Lebenszyklusumschichtung als Standardprodukt für die kapitalgedeckte Altersvorsorge.

GUTACHTEN

„Kapitalanlage eines staatlich organisierten Altersvorsorgefonds“

https://www.zew.de/fileadmin/FTP/gutachten/ZEW_VZBV_Altersvorsorgefonds_2019.pdf

VERTEILUNG MONATLICHER RENTENZAHLUNGEN FÜR VIER ANLAGESTRATEGIEN



EUROPA ANZEIGEN

PROF. DR. FRANÇOIS LAISNEY*

„Der rege Austausch zwischen ZEW
und den Universitäten ist von unschätzbarem
Wert für beide Seiten.“

*** STRASSBURG,**

FRANKREICH



„Als Research Associate bin ich dem ZEW schon seit langer Zeit eng verbunden. Dazu gehört, dass ich regelmäßig Ökonometriekurse gebe und aktiv an ZEW-Projekten mitarbeite. Gerne teile ich mein Wissen mit den Nachwuchswissenschaftlern/-innen und gebe ihnen Feedback zu ihrer Arbeit.“

Ein Vorteil des dichten Netzwerks aus über 90 Research Associates sind die zahlreichen Kooperationsmöglichkeiten, die so mit vielen Top-Universitäten bestehen.

Als gebürtiger Franzose freut es mich natürlich besonders, dass das ZEW auch eng mit französischen Universitäten zusammenarbeitet, unter anderem mit der Universität Straßburg, an der ich Ökonometrie gelehrt habe.“

LEITUNG

Prof. Dr. Sebastian Siegloch

Stellvertretende Leitung

Dr. Holger Stichnoth



SOZIALE SICHERUNG UND VERTEILUNG

FORSCHUNGSSCHWERPUNKTE

- **Sozialpolitik und Ungleichheit über den Lebenszyklus**
Dr. Holger Stichnoth
- **Effizienz- und Verteilungswirkungen von Steuerpolitik**
Prof. Dr. Sebastian Siegloch
- **Räumliche Ungleichheit und Regionalpolitik**
Dr. Michaela Slotwinski



MISSION STATEMENT

Fragen der Einkommens- und Vermögensverteilung sowie zur ökonomischen Wirkung von Umverteilung durch wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen werden in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Der Forschungsbereich „Soziale Sicherung und Verteilung“ bringt mit fundierten mikroökonomischen Studien wissenschaftliche Erkenntnisse in die Debatte ein und trägt so zu einer Versachlichung der Diskussion bei. Die Ergebnisse schaffen eine verlässliche Grundlage für wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt in der Analyse von Mikrodaten zur Beschreibung von Verteilungs- und Effizienzwirkungen verschiedener sozial- und wirtschaftspolitischer Instrumente: Sozialversicherungen, Steuersysteme und Arbeitsmarktinstitutionen. Ein zentraler Fokus liegt hier auf der Identifikation kausaler Effekte von Politikinstrumenten unter Einsatz moderner ökonometrischer Methoden. Neben der Untersuchung existierender Institutionen sind die potenziellen ökonomischen Wirkungen von geplanten Reformvorhaben Gegenstand der Forschung.



INTERESSENGRUPPEN IN DEN USA BEEINFLUSSEN ABSTIMMUNGSVERHALTEN BEI STRITTIGEN GESETZEN

- Studie zur Wahlkampffinanzierung in den USA
- Fokus auf Abstimmungen mit einem knappen Stimmenvorsprung

Mit Stimmenkauf zur Stimmenmehrheit: Interessengruppen spenden vermehrt an Abgeordnete des US-Repräsentantenhauses, um besonders strittige Gesetze mit einer knappen Mehrheit doch noch durchzubringen. Eine besonders attraktive Zielgruppe sind hierbei Abgeordnete, die dem jeweiligen Gesetzesvorschlag unvoreingenommen gegenüberstehen. Vor allem in Wahljahren nehmen die Aktivitäten von Interessengruppen rund um Abstimmungstermine von Gesetzesentwürfen deutlich zu. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des ZEW gemeinsam mit der Universität Basel, der Universität St. Gallen und der Freien Universität Bozen.

Die Studie untersucht, wie Spenden zur Wahlkampffinanzierung und legislative Entscheidungen zusammenhängen und ob Spenden tatsächlich das Abstimmungsverhalten von Abgeordneten im US-Repräsentantenhaus mit Blick auf den Gesetzgebungsprozess beeinflussen. Der Fokus der Studie liegt dabei auf solchen Gesetzesentwürfen, die mit einem knappen Stimmenvorsprung verabschiedet oder abgelehnt wurden, also Abstimmungen mit einem Ja-Anteil von knapp um die 50 Prozent. Basis der Untersuchung bilden Daten zu namentlichen Abstimmungen und Wahlkampfspenden im US-Repräsentantenhaus in den Jahren 1990–2014.

In der Tat stellt die Studie einen Zusammenhang zwischen zeitlich abgestimmten Spenden von Interessengruppen und der Verabschiedung strittiger Gesetze fest. Abgeordnete im US-Repräsentantenhaus stimmen Gesetzesentwürfen dabei eher knapp zu, als dass sie dagegen stimmen. Um den Zeitpunkt von namentlichen Abstimmungen herum betrachten die Wissenschaftler/innen die gesamten täglichen Wahlkampfspenden an Abgeordnete über einen Zeitraum von vier Wochen vor und nach dem Abstimmungstag. Spenden an Abgeordnete in diesem Zeitraum liegen bei Gesetzesentwürfen, die mit knapper Mehrheit verabschiedet wurden, im Durchschnitt höher als bei Gesetzesentwürfen, die mit dem gleichen engen Spielraum abgelehnt wurden. Im Durchschnitt steigen die täglichen Spendenzuflüsse in den vier Wochen vor und nach der Abstimmung um rund 190.000 US-Dollar. Das zeigt, dass der Überschuss der Ja-Stimmen anscheinend systematisch mit den Interessen der Wahlkampfspender/innen zusammenhängt.

STUDIE

„Vote Buying in the US Congress“

www.zew.de/PU81199



SIMULATION EINER SOLI-ABSCHAFFUNG IN DREI STUFEN

- Rechnungen mit dem ZEW-Mikrosimulationsmodell
- Einkommensstärkste Haushalte profitieren am meisten von Reform

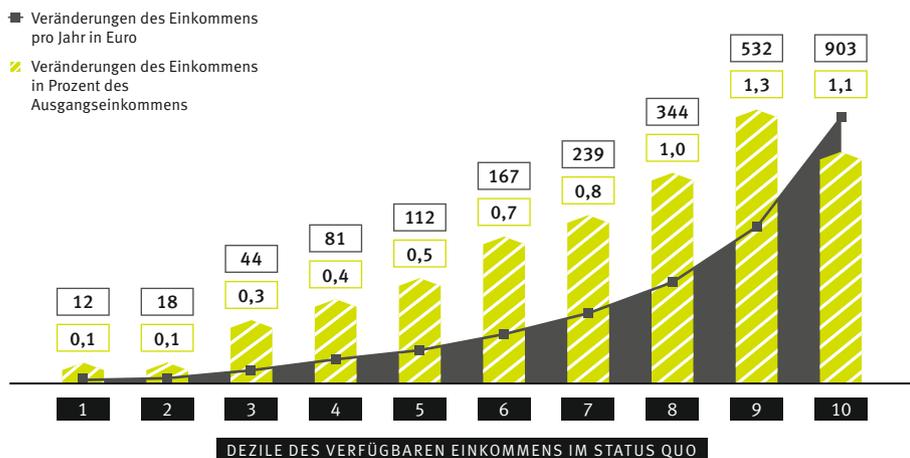
Die Große Koalition hat sich 2019 auf einen Fahrplan für eine teilweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags verständigt. Zuvor waren verschiedene Vorschläge diskutiert worden. Der ZEW-Forschungsbereich „Soziale Sicherung und Verteilung“ hat dazu im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) mithilfe des ZEW-Mikrosimulationsmodells Berechnungen zu den potenziellen fiskalischen, Verhaltens- und Verteilungswirkungen einer (stufenweisen) Abschaffung des Solidaritätszuschlags durchgeführt. Bereits auf der ersten Reformstufe, auf der die einkommensstärksten Haushalte noch nicht in den Genuss der vollen steuerlichen Entlastung kommen, führt der im Szenario untersuchte Freibetrag von 16.988 Euro zu Entlastungen, die über den größten Teil der Einkommensverteilung ansteigen. Die mit einer Abschaffung des Solidaritätszuschlags verbundenen Verteilungseffekte verstärken sich noch auf der zweiten und dritten Reformstufe, bei der sich die zusätzlichen Einkommensverbesserungen ganz überwiegend auf Haushalte im obersten Zehntel der Einkommensverteilung konzentrieren. Trotzdem dürften die gesamtwirtschaftlichen Verteilungswirkungen einer schrittweisen Abschaffung des Soli nur schwach ins Gewicht fallen, weil das finanzielle Volumen der steuerlichen Entlastung in Relation zur Summe der volkswirtschaftlichen Einkommen relativ gering ist.

GUTACHTEN

Aufkommens-, Verteilungs- und Arbeitsangebotswirkungen einer stufenweisen Abschaffung des Solidaritätszuschlags

www.zew.de/PU81045

EINKOMMENSVERÄNDERUNGEN NACH EINKOMMENSPOSITION DER HAUSHALTE



Zuordnung der Haushalte auf Basis der Einkommensposition nach Dezilen des äquivalenzgewichteten verfügbaren Einkommens bei Rechtsstand 2019.

Quelle:
Eigene Berechnungen mit dem ZEW-Mikrosimulationsmodell auf Basis des SOEP 2017.



ERFOLGREICHE VERLÄNGERUNG DES MANNHEIM-TAXATION

- 1,7 Millionen Euro für Steuerforschung an ZEW und Universität Mannheim
- Jahreskonferenz mit Alan Auerbach (Berkeley) und Jake Thornock (Brigham Young)

Der seit 2014 bestehende Leibniz-WissenschaftsCampus MannheimTaxation, ein wissenschaftliches Gemeinschaftsprojekt des ZEW und der Universität Mannheim, erhält von der Leibniz-Gemeinschaft eine weitere Förderung von insgesamt rund 1,1 Millionen Euro über einen Zeitraum von vier Jahren. Die Mittel wurden Anfang April 2019 vom Senat der Leibniz-Gemeinschaft bewilligt. Darüber hinaus unterstützt das Land Baden-Württemberg den Campus mit 0,6 Millionen Euro. Die Universität Mannheim und das ZEW investieren im selben Zeitraum weitere 2,4 Millionen Euro in die von MannheimTaxation koordinierte Steuerforschung am Standort Mannheim.

Der Leibniz-WissenschaftsCampus untersucht, wie ein zukunftsfähiges Steuersystem ausgestaltet werden muss, um neue wirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Herausforderungen meistern zu können. In der neuen Förderphase konzentriert sich die Forschung im WissenschaftsCampus auf die Themen (1) Steuern, Innovationen, Digitalisierung und Wachstum, (2) Steuervermeidung und -hinterziehung, (3) Steuerinzidenz und (Um-)Verteilung sowie (4) europäische Fiskalpolitik.

Im September 2019 fand die bereits sechste MannheimTaxation-Jahrestagung statt, bei der knapp 80 Teilnehmer/innen aus aller Welt aktuelle Arbeiten auf dem Gebiet der Steuerforschung diskutierten. Hauptredner waren die Professoren Alan Auerbach von der University of California in Berkeley und Jake Thornock von der Brigham Young University in Provo/Utah.

**INFORMATIONEN
ZU MANNHEIM-
TAXATION**
[www.mannheim-
taxation.eu](http://www.mannheim-taxation.eu)

LEITUNG



(kommissarisch)

Prof. Achim Wambach, Ph.D.

Stellvertretende Leitung

Kathrine von Graevenitz, Ph.D.

Prof. Dr. Martin Kesternich



UMWELT- UND RESSOURCENÖKONOMIK, UMWELTMANAGEMENT

FORSCHUNGSSCHWERPUNKTE

- **Energiewirtschaft und Mobilität**
Ansprechpartner Energiewirtschaft: Dr. Oliver Woll
Ansprechpartner Mobilität: Dr. Wolfgang Habla
- **Internationale Umwelt- und Ressourcenpolitik**
Prof. Dr. Martin Kesternich
- **Innovationen und nachhaltiges Wirtschaften**
Prof. Achim Wambach, Ph.D.
- **Gesamtwirtschaftliche Analyse umweltrelevanter
Politiken**
Kathrine von Graevenitz, Ph.D.



MISSION STATEMENT

Der Forschungsbereich „Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement“ untersucht die Funktionstüchtigkeit von Märkten und Institutionen im Hinblick auf Umweltaspekte und Ressourcenknappheit, vor allem in Europa und insbesondere in der Energie- und Klimapolitik. Dies umfasst die ökonomische Analyse umweltpolitischer Instrumente und umweltrelevanter Politiken. Der Bereich identifiziert und quantifiziert Zielkonflikte vor allem zwischen ökonomischen und ökologischen Zielen. Die zentralen Bewertungskriterien sind die Forderung nach Kosteneffizienz sowie nach gerechter Verteilung von Belastungen.



POLITISCHE INTERVENTIONEN UND IHRE AUSWIRKUNGEN AUF VERHALTENSBEDINGTE SPILLOVER

- Politische Interventionen beeinflussen Umweltverhalten über das adressierte Verhalten hinaus
- Aufwand wird reduziert bei zuvor bereits geleistetem Umweltbeitrag

Im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekts „Direkte, indirekte, psychologische und makroökonomische Rebound-Effekte“ wurde untersucht, ob verschiedene politische Interventionen zur Erhöhung umweltfreundlichen Verhaltens nicht nur das adressierte Verhalten, sondern auch davon unabhängige Verhaltensweisen mit Umweltbezug beeinflussen.

Die Ergebnisse zeigen, dass Probandinnen und Probanden den Umweltaufwand reduzieren, wenn sie zuvor bereits etwas zum Wohle der Umwelt beigetragen haben. Dieser Effekt wird als „moralische Lizenzierung“ bezeichnet, da sich die Teilnehmenden durch früheres moralisches Verhalten dazu berechtigt fühlen, sich in einer gegebenen Situation weniger moralisch zu verhalten.

Abgesehen davon zeigt die Studie, dass der Grad der moralischen Lizenzierung je nach Art der politischen Intervention variierte. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass monetäre Anreize für ein umweltfreundliches Verhalten die Probanden dazu veranlassen, den Umweltaufwand bei einer nachfolgenden umweltfreundlichen Aufgabe in größerem Maße zu reduzieren als ein alternativer Anreiz durch soziale Leistungsvergleiche, der den moralischen Lizenzierungseffekt eher abschwächt. Der Verdrängungseffekt von umweltfreundlichem Verhalten in späteren Umweltaufgaben aufgrund der Anwendungen monetärer Anreize ist besonders ausgeprägt bei jüngeren und weniger gebildeten Probanden mit geringen Umweltbewusstsein.

PROJEKT

„Direkte, Indirekte, Psychologische und Makro-ökonomische Rebound-Effekte (LICENSE)“

www.zew.de/PJ3011



UMWELTÖKONOMEN/-INNEN DISKUTIEREN IN PEKING ÖKONOMISCHE LÖSUNGSANSÄTZE ZUR NACHHALTIGEN MOBILITÄT

- ZEW-Session auf dem Beijing-Humboldt-Forum mit Experten/-innen aus China, Deutschland und den USA

Gemeinsam mit der University of International Business and Economics (UIBE) in Peking und der Alexander von Humboldt-Stiftung hat das ZEW im September 2019 das 7. Beijing-Humboldt-Forum in der chinesischen Hauptstadt organisiert. In der vom Forschungsbereich „Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement“ koordinierten Session zum Thema „Climate Change Mitigation, Air Pollution Control and the Mobility Sector“ stellten internationale Wissenschaftler/innen Forschungsprojekte vor, die sich mit ökonomischen Fragen rund um die durch den Mobilitätssektor verursachten Emissionsbelastungen auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene auseinandersetzen.

In seinem Eingangsreferat stellte Prof. Ou Xunmin, Ph.D. von der Tsinghua-Universität in Peking die Erwartungen für den chinesischen Automobilmarkt in den nächsten Jahrzehnten vor. Demnach wird im Jahr 2050 ein Bestand von etwa 500 Millionen Autos erwartet, davon etwa 80 Prozent Elektro-Autos. In Ergänzung dazu betonte Prof. Qin Ping, Ph.D. von der Renmin-Universität in Peking die Bedeutung des Transportsektors für die Verbesserung der Umweltqualität in der chinesischen Hauptstadt, der ca. 58 Prozent der Luftverschmutzung verursacht. Prof. Antonio Bento, Ph.D. vom USC Center for Sustainability Solutions wies in seinem Vortrag auf unerwünschte Nebeneffekte von Luftreinhalteprogrammen in China hin: Die durch kurzzeitige Produktionsverbote induzierte Produktionsverlagerung von Unternehmen führen zu einem Anstieg der Gesamtemissionen. Daran anschließend hob Prof. Zhang Bing, Ph.D. von der Nanjing University die Bedeutung von App-basierten Informationssystemen zu lokalen Schadstoffbelastungen hervor. Prof. Dr. Martin Kesternich, stellvertretender Leiter des ZEW-Forschungsbereichs „Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement“, ging in seinem Vortrag auf die Rolle der Reichweitenangst bei der Kaufentscheidung bzw. Nutzung von E-Autos ein. Daran anknüpfend stellte ZEW-Umweltökonomin Carina Fugger feldexperimentelle Ergebnisse zur Rolle des freiwilligen CO₂-Ausgleichs bei Kurierdienstleistungen unter Firmenkunden vor.



DEUTSCHE HAUSHALTE INTERESSIEREN SICH NACH EINEM HOCHWASSER MEHR FÜR ÖKOSTROM

- Hochwasser von 2013 hatte einen positiven Effekt auf Online-Suchanfragen nach Ökostrom
- Effekt nur für moderat betroffene Regionen messbar

Das Hochwasser im Juni 2013 war ein extremes Wetterereignis in Deutschland. Vor allem in Bayern, Sachsen und Sachsen-Anhalt gab es finanzielle Schäden in Milliardenhöhe. Laut Klimaforschern/-innen ist ein Zusammenhang zwischen solchen Extremereignissen und dem globalen Klimawandel sehr wahrscheinlich. Dieser Zusammenhang wird offensichtlich auch von privaten Haushalten wahrgenommen, wie eine aktuelle Studie des ZEW zeigt. Die Häufigkeit von Online-Suchanfragen nach Ökostrom aus regenerativen Energien stieg in den betroffenen Gebieten nach dem Hochwasser signifikant an. Ein Extremwetterereignis „vor der Haustür“ scheint somit die Realität des Klimawandels zu verdeutlichen und zu klimafreundlichem Handeln anzuregen.

Dieser Effekt ist jedoch nur in moderat betroffenen Gebieten beobachtbar. In Gebieten mit sehr hohen finanziellen Flutschäden gab es keinen messbaren Effekt auf das Interesse für Ökostrom. Gründe hierfür könnten sein, dass stark betroffene Haushalte weniger finanzielle Ressourcen für klimafreundliches Verhalten zur Verfügung haben oder angesichts des hohen Schadens vor der Herausforderung Klimawandel resignieren.

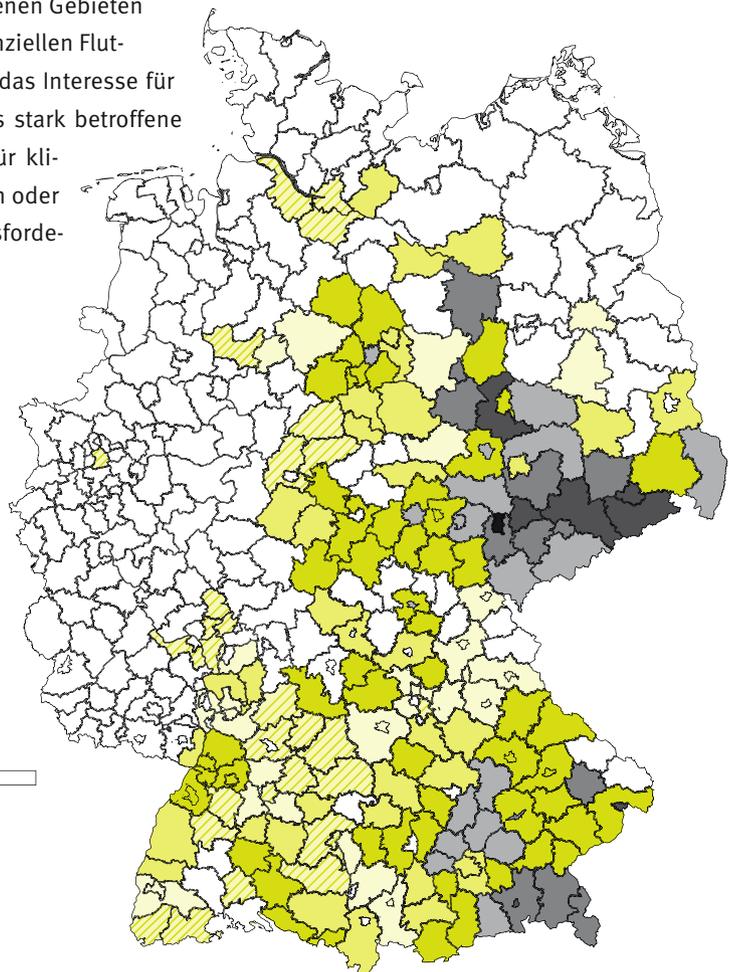
NATURGEFAHREN-REPORT 2019

„Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft“

<https://www.gdv.de/de/zahlen-und-fakten/publikationen/naturgefahrenreport>

FINANZIELLE SCHÄDEN DES HOCHWASSERS IM JUNI 2013

Die Grafik illustriert den Anteil der Versicherungsverträge mit Schadensmeldungen in den Land- und Stadtkreisen anhand einer Farbskala, bei der Grau einen hohen Anteil (10 % – 15 %) beschreibt, während Weiß für einen niedrigen Anteil (0,04 % – 0 %) steht.



Quelle: GDV 2019



LEITUNG

Prof. Dr. Friedrich Heinemann

Stellvertretende Leitung

Dr. Zareh Asatryan

Prof. Dr. Katharina Nicolay



UNTERNEHMENS- BESTEUERUNG UND ÖFFENTLICHE FINANZWIRTSCHAFT

FORSCHUNGSSCHWERPUNKTE

- **Besteuerung von Unternehmen und steuerliche Standortanalysen**
Daniela Steinbrenner
- **Empirische Wirkungen der Unternehmensbesteuerung**
Prof. Dr. Katharina Nicolay
- **Steuer- und finanzpolitisches Entscheidungsverhalten**
Prof. Dr. Friedrich Heinemann
- **Fiskalpolitik, Föderalismus und ökonomische Performance**
Dr. Zareh Asatryan
- **Nachwuchsforschungsgruppe
Öffentliche Beschaffung**
Leonardo Maria Giuffrida, Ph.D.



MISSION STATEMENT

Der Forschungsbereich „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“ befasst sich mit Fragen der betriebswirtschaftlichen Steuerlehre und der empirischen Finanzwirtschaft im Kontext der europäischen Integration. Forschungsleitfragen sind die Ausgestaltung optimaler Steuersysteme und Fiskalinstitutionen in Europa. Der Bereich ist mit seinen steuerlichen Analysemodellen führend auf dem Gebiet der internationalen Steuerbelastungsvergleiche. Der europäischen Dimension von Integrationsprozessen kommt mit Analysen zur Unternehmenssteuerharmonisierung und zu den Fiskalinstitutionen in der EU und der Währungsunion besondere Aufmerksamkeit zu. Somit korrespondiert die Forschungsagenda des Bereichs eng mit dem ZEW-Forschungsleitgedanken der „funktionstüchtigen Märkte und Institutionen in Europa“ und konkretisiert diesen für die steuerliche und fiskalische Dimension. Zu den ZEW-übergreifenden Fragen des Marktdesigns steuert der Bereich seine Expertise in der öffentlichen Beschaffung bei.



INFORMATIONSGEWINN DURCH COUNTRY-BY-COUNTRY-REPORTING

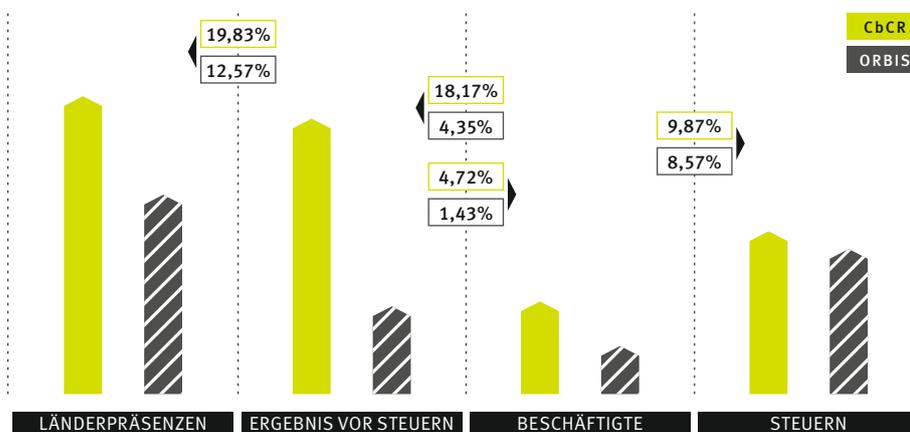
- Vergleich zwischen CbCR-Berichte und Orbis-Datenbank
- CbCR macht großen Anteil vorher unsichtbarer Gewinne in Steueroasen erkennbar

Ziel des sogenannten Country-by-Country Reporting (CbCR) ist es, Steuertransparenz zu erhöhen, indem multinationale Unternehmen bestimmte steuerlich relevante Informationen, aufgeschlüsselt nach Ländern, offenlegen sollen. Diese Daten sollen Steuerverwaltungen helfen, Steuervermeidung aufzudecken, und öffentlichen Druck auf die Firmen ausüben, damit diese ihren angemessenen Anteil an Steuern in den Ländern, in denen sie tätig sind, zahlen. In einer deskriptiven Analyse hat der Bereich den Informationsgehalt der veröffentlichten CbCR-Berichte von Banken mit bisher verfügbaren Informationen auf Basis der Orbis-Datenbank verglichen. Für beide Quellen wurde je der Anteil der Steueroasen an den globalen Länderpräsenzen, dem Ergebnis vor Steuern, der Beschäftigtenzahl und den Steuern der Banken untersucht. Für die Berechnung der Anteile wurden die Werte aus den berichteten Steueroasen aggregiert und zu den aggregierten Werten der übrigen Länder ins Verhältnis gesetzt. Die Forschenden kamen zu folgenden zentralen Ergebnissen: Die CbCR-Berichte machen insbesondere einen großen Anteil der Gewinne in Steueroasen sichtbar, der in der bisher verfügbaren Datenquelle nicht erkennbar war. Zudem wurde eine deutliche Diskrepanz zwischen dem Anteil der Beschäftigten in Steueroasen und den dort gebuchten Gewinnen gefunden.

STUDIE

„Can European Banks' Country-by-Country Reports Reveal Profit Shifting? An Analysis of the Information Content of EU Banks' Disclosures“
www.zew.de/PU81097

WELCHE ZUSÄTZLICHEN INFORMATIONEN ZUR RELEVANZ VON STEUEROASEN ENTHALTEN DIE COUNTRY-BY-COUNTRY-REPORTS?



Im CbCR wird sichtbar, dass der Anteil der Steueroasen an den globalen Länderpräsenzen bei 19,83% liegt. Zum Vergleich wird in der ORBIS-Datenbank lediglich ein Anteil von 12,57% erkennbar. Der Informationszuwachs gegenüber der ORBIS-Datenbank liegt somit bei 7,26 Prozentpunkten.

Quelle: ZEW



KREDITVERGABEPRAaxis DER EUROPÄISCHEN INVESTITIONSBANK

- EIB-Führungsmitglieder verleihen bevorzugt Geld an eigene Herkunftsregion

Regionen, aus denen Direktoren/-innen der Europäischen Investitionsbank (EIB) stammen, haben eine höhere Wahrscheinlichkeit, Kredite für große Infrastrukturprojekte von der EIB zu erhalten. Das ist das Ergebnis einer ZEW-Studie, die die Kreditvergabe in Verbindung mit der regionalen Zuteilung seit EIB-Gründung im Jahr 1958 untersucht hat. Die EIB ist das größte multilaterale Kreditinstitut der Welt. Als Bank der EU finanziert sie Projekte, die den integrations- und wirtschaftspolitischen Zielen Europas entsprechen. Die Analyse zeigt, dass die Wahrscheinlichkeit für eine Region, einen Kredit zu erhalten, um 17 Prozentpunkte steigt, wenn mindestens eine aus der Region stammende Person im Verwaltungsrat sitzt. Allerdings deutet dieses Ergebnis nicht zwangsläufig auf eigennützige Motive hin. So könnte der gute Kenntnisstand über die lokalen Gegebenheiten in der Heimatregion maßgeblich für dieses Muster sein.

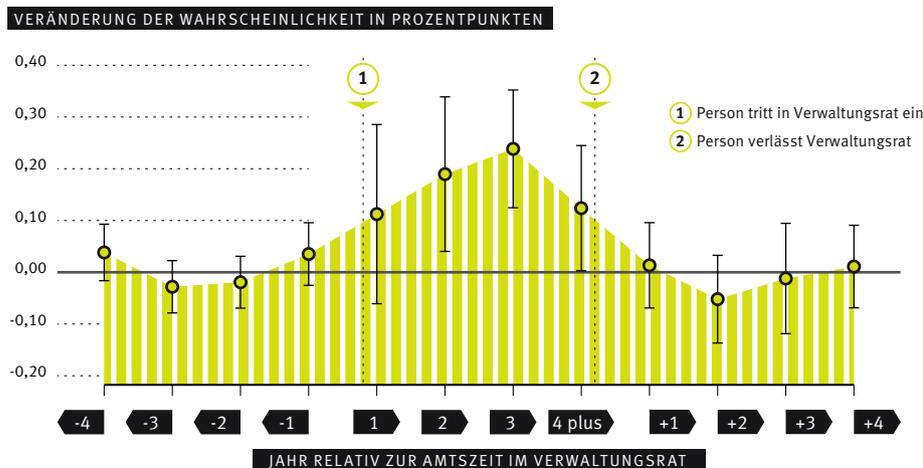


STUDIE

„The Political Economy of Multilateral Lending to European Regions“

www.zew.de/PU81151

WAHRSCHEINLICHKEIT, EINEN KREDIT ZU ERHALTEN, WENN REGION IM VERWALTUNGSRAT VERTRETEN IST



Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Region einen EIB-Kredit gewährt bekommt, steigt deutlich während der Amtszeit, in der die Region durch ein Verwaltungsratsmitglied vertreten ist. Unmittelbar vor und nach der Amtszeit ist kein Vorteil für die Region zu erkennen.

Quelle: ZEW



ZEW PUBLIC FINANCE-KONFERENZ ZUM „DESINTEGRATIONS-PARADOX“

- Keynote-Vorträge von Sascha O. Becker (University of Warwick) und Andrew Moravcsik (Princeton University)

Warum beobachten wir europaweit vermehrt eine Anti-Integrationshaltung, obwohl die europäische Integration für viele positive wirtschaftliche und soziale Entwicklungen wichtig war und ist? Die zunehmende Unterstützung ist dabei nicht nur für anti-europäische Desintegrationsprojekte wie Brexit zu spüren, sondern auch für innerstaatliche Sezessionsbewegungen wie z.B. Flandern in Belgien oder Katalonien in Spanien. Anfang Mai trafen sich rund 100 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am ZEW zur zweitägigen Public Finance-Konferenz, um dieses „Desintegrations-Paradox“ zu diskutieren.

Die hohe Flüchtlingsmigration der letzten Jahre war einer der treibenden Faktoren der Desintegrationsdynamik. Dazu betonte Prof. Sascha O. Becker von der University of Warwick in seinem Keynote-Vortrag die unterschiedlichen Auswirkungen von erzwungener Migration, ausgelöst durch Kriege, Vertreibung oder Naturkatastrophen, sowie freiwilliger Migration, die oftmals auf Kosten-Nutzen-Abwägungen beruht. Darauf aufbauend präsentierte er seine Studie, die den Einfluss erzwungener Migration auf Investitionen in Humankapital untersucht und ging auf die Chancen ein, die sich für diese Migrantengruppe in besonderer Weise durch gute Bildungsmöglichkeiten ergeben.

Der zweite Keynote-Redner Prof. Andrew Moravcsik von der Princeton University widersprach der oftmals negativen Einschätzung zu den Leistungen der EU und belegte deren vielfältigen Errungenschaften. Hierbei hob er Europas großen globalen Einfluss hervor, dem zahlreiche Allianzen, eine starke Rolle in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit sowie Erfolge in der Sicherheitspolitik zu verdanken sind. Auch die Reaktion Europas auf die Flüchtlingskrise ab dem Jahr 2015 sei in vielen Bereichen erfolgreich gewesen.

VERANSTALTUNGS- HINWEIS

2020 Public Finance
Conference
www.zew.de/VA2939



LEITUNG

Prof. Dr. Vitali Gretschko

Stellvertretende Leitung

Jun.-Prof. Dr. Susanne Steffes

FORSCHUNGSGRUPPE
MARKTDESIGN

FORSCHUNGSSCHWERPUNKTE

- **Design von Auktionsmärkten**
Prof. Dr. Vitali Gretschko
- **Design von Matching-Märkten**
Prof. Dr. Thilo Klein



MISSION STATEMENT

Die Forschungsgruppe „Marktdesign“ widmet sich der Analyse und Optimierung von Märkten. Ihr Ziel besteht darin, die Leistungsfähigkeit existierender Märkte durch aktive Gestaltung der Marktregeln zu verbessern. Zu diesem Zweck untersucht die Forschungsgruppe die Eigenheiten des jeweiligen Markts und identifiziert die herrschenden Wirkmechanismen. Um einen Marktmechanismus zu finden, der die Ziele des Marktbetreibers bestmöglich erreicht, nutzt sie theoretische, experimentelle und empirische Methoden.

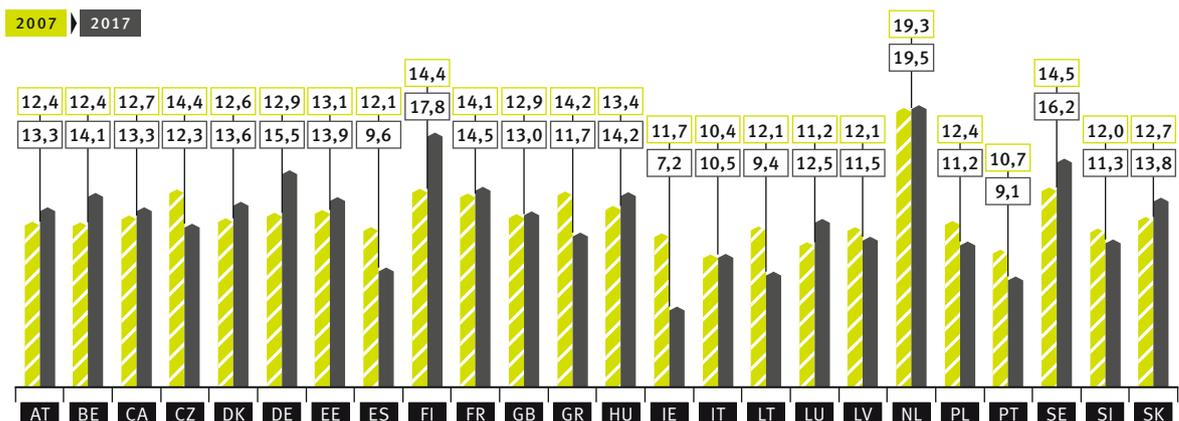


ERGÄNZUNG DER REGELN KÖNNTE DISKRIMINIERUNG IN DER BESCHAFFUNG EFFEKTIV BEKÄMPFEN

- Bestehende Regeln können Diskriminierung in der Beschaffung nicht verhindern
- Eine simple Ergänzung garantiert diskriminierungsfreie Beschaffung

In der EU agieren mehr als 250.000 öffentliche Einrichtungen als Einkäufer. Eine zentrale Durchführung oder Kontrolle aller Beschaffungsprojekte ist somit unmöglich. Um Diskriminierung zu verhindern, verlangt die WTO die Einhaltung der Prinzipien „Diskriminierungsfreiheit“ sowie „Gleichheit der Behandlung und Transparenz der Prozesse“ bei allen öffentlichen Beschaffungsprojekten ihrer Mitgliedsländer. ZEW-Forschungsergebnisse zeigen jedoch, dass die Gleichbehandlung mit bestehenden Regeln kaum zum tatsächlichen Ausschluss von Diskriminierung beiträgt. Wie können die Regeln daher ergänzt werden, um diskriminierungsfreie Ergebnisse zu garantieren? Die Forschenden haben eine einfache Lösung hierfür: Imitationsperfektion. Diese setzt voraus, dass jeder Anbieter die Möglichkeit hatte, die gleiche Zuteilung und Zahlung zu erhalten, wie alle anderen Anbieter, die ein besseres Angebot machten. Diese Regel erfüllt alle Anforderungen an optimale Marktregeln: Ihre Einhaltung ist leicht überprüfbar, ohne dass detaillierte Kenntnisse über das Projekt notwendig sind; Diskriminierung wird effektiv eingeschränkt; der Handlungsspielraum von Personen, die mit der Durchführung betraut sind, wird nicht unnötig reduziert. Imitationsperfektion ist daher eine sinnvolle Erweiterung des bestehenden Regelwerks für die EU-weite öffentliche Beschaffung.

ANTEIL DER ÖFFENTLICHEN AUSGABEN AM BIP IN EUROPÄISCHEN OECD-LÄNDERN



Quelle: OECD



STRATEGISCHE PERSONALPLANUNG MIT EINEM INTERNEN ARBEITSMARKT GESTALTEN

- Wohlgestaltete interne Arbeitsmärkte tragen zur Mitarbeiterbindung bei
- ZEW-Forschende wirken an der aktiven Gestaltung mit

Eine faire Behandlung durch Vorgesetzte sowie die Aussicht auf Karriere im eigenen Unternehmen sind entscheidende Faktoren für die Mitarbeiterbindung, wie Ergebnisse eines DFG-Forschungsprojekts zeigen. Interne Arbeitsmärkte sollen sicherstellen, dass Karrierechancen sowohl transparent als auch fair sind und dass ideale Teams zueinander finden. Häufig jedoch werden auf einem solchen Markt lediglich ad-hoc neue Positionen und Projekte ausgeschrieben. ZEW-Forscher/innen aus den Bereichen Marktdesign und Personalökonomie gehen jetzt einen Schritt weiter und haben die Regeln von unternehmensinternen Arbeitsmärkten aktiv mitgestaltet. Die Idee ist einfach: Neu zu besetzende Positionen und Projekte werden zu fixen Zeitpunkten zentral ausgeschrieben. So können sich alle interessierten Beschäftigten einen Überblick über die Entwicklungsmöglichkeiten verschaffen. Beschäftigte und Projektleitende bzw. Vorgesetzte bewerten die jeweils andere Seite und erstellen eine Rangfolge. Ein systematischer Abgleich der vorhandenen Fähigkeiten und Aspirationen mit den jeweiligen Anforderungen erleichtert die Entscheidung auf beiden Seiten. Stabile Ergebnisse werden am Ende durch die Anwendung eines mathematischen Algorithmus zur Berechnung des jeweils besten Matches entlang der abgegebenen Rangfolgen erreicht.

INTERNER MATCHING-MARKT ALS ELEMENT STRATEGISCHER PERSONALENTWICKLUNG





PARIS2-ZEW WORKSHOP ZUM THEMA MARKTDESIGN

- Wissenschaft und Praxis im Austausch zu Marktdesign
- Fokus auf prosoziales Verhalten auf Märkten

Im Oktober 2019 fand erneut der Workshop zum Thema Marktdesign am ZEW statt. Organisiert wurde dieser gemeinsam von der Forschungsgruppe „Marktdesign“, der Universität Paris 2 und dem Karlsruher Institut für Technologie. Das Programm enthielt zahlreiche Vorträge führender Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aber auch Vorträge aus der Praxis. Dieses Jahr lag der Fokus des Workshops auf dem Einfluss des Markt- bzw. Institutionendesigns auf prosoziales Verhalten. Prosoziales Verhalten beschreibt menschliche Entscheidungen und Handlungen, die anderen Personen zugutekommen, ohne dass eine direkte Gegenleistung erfolgt. Dabei wurden unter anderem die Effekte von Diskriminierung bzw. deren Bekämpfung durch Quoten aber auch monetäre Anreize auf prosoziales Verhalten untersucht.

Eines der präsentierten Projekte zeigte anhand einer repräsentativen Studie, dass die Befragten eine starke Neigung aufwiesen, sich an sozialen Normen zu orientieren. Wenn die Befragten in einem Markt handelten, in dem Informationen über die vorherrschende Norm aufgedeckt wurden, führte dies zu einem erheblich sozialeren Ergebnis.

Dieses Jahr war es gelungen, einen der führenden Wissenschaftler in der verhaltensbasierten ökonomischen Forschung – Prof. Uri Gneezy, Ph.D. von der University of California in San Diego – als Keynote-Redner zu gewinnen. Er stellte in seinem Vortrag eindrucksvoll zur Schau, wie stark der Erfolg von Maßnahmen, die zu dauerhaften Verhaltensänderungen führen sollen, von Details der Implementierung abhängt. Am Ende des Workshops wurde ein Praxisprojekt vorgestellt, in dem die Methoden des Marktdesigns genutzt wurden, um eine Krankheit effektiv und dennoch kostengünstig zu bekämpfen.

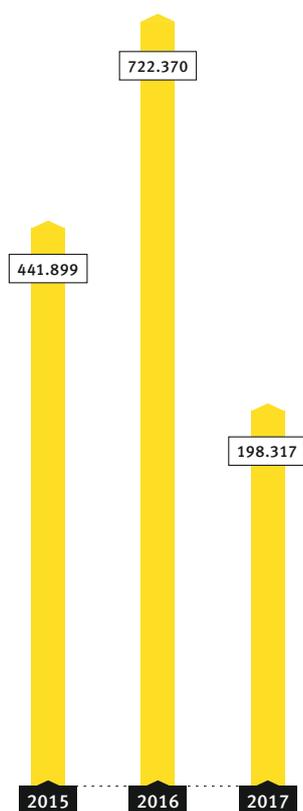
DEMOGRAPHISCHER WANDEL

DIE STARKE ZUWANDERUNG VON GEFLÜCHTETEN NACH DEUTSCHLAND STELLT DIE GESELLSCHAFT VOR EINE ANHALTEND GROSSE HERAUSFORDERUNG.

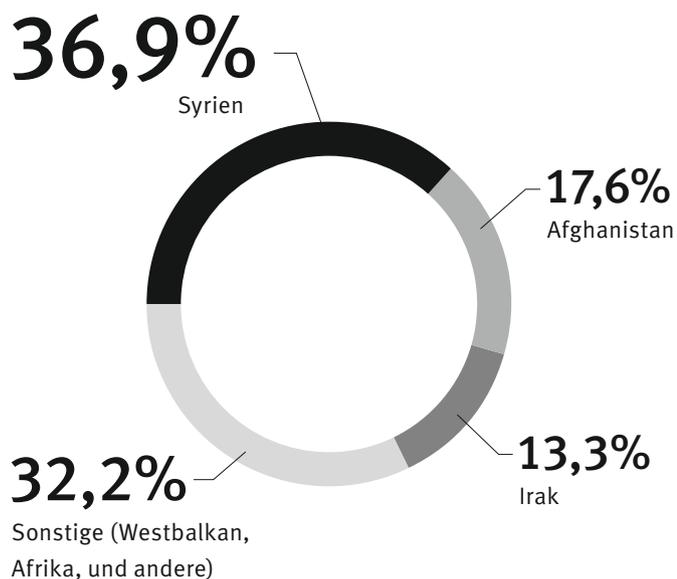
ASYL UND MIGRATION IN DEUTSCHLAND IN ZAHLEN

In den Jahren 2015 und 2016 wurden rund 1,2 Millionen Erstanträge auf Asyl in der Bundesrepublik gestellt. Die sehr heterogene Gruppe der Geflüchteten setzte sich zusammen aus Menschen aus dem Irak oder Syrien, die hohe Bleibechancen in der Bundesrepublik haben. Es befanden sich aber auch Menschen aus dem Westbalkan und afrikanischen Ländern darunter, deren Bleibeaussichten eher gering sind.

ERSTANTRÄGE AUF ASYL IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

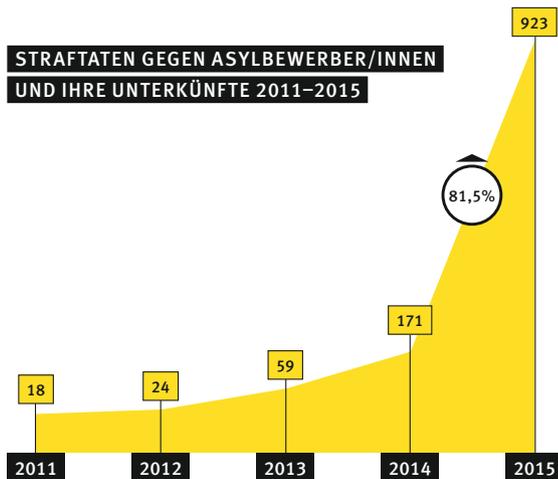


ANTEIL AN ERSTANTRÄGEN AUF ASYL, DIE 2016 IN DEUTSCHLAND GESTELLT WURDEN



HASSKRIMINALITÄT GEGEN MIGRANTEN

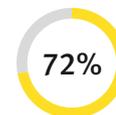
Hasskriminalität gegen Asylbewerber/innen und ihre Unterkünfte in Deutschland hat seit dem Zustrom von Geflüchteten in den vergangenen Jahren zugenommen. In manchen Regionen ist der Anstieg solcher Straftaten jedoch deutlich stärker als in anderen. Kreise, die viele Geflüchtete aufgenommen haben und zuvor nur einen geringen Anteil an ausländischen Einwohnern/-innen hatten, verzeichnen hierbei den stärksten Anstieg.



RECHTSEXTREMISTISCH MOTIVIERTE ÜBERGRIFFE AUF ASYLBEWERBER/INNEN UND IHRE UNTERKÜNFTE 2013–2015

1.155

gewalttätige Übergriffe



aller deutschen Kreise waren betroffen

Von den 118 Kreisen, die keine Übergriffe verzeichneten, lagen nur 4 in Ostdeutschland. Insgesamt liegen 18,88 Prozent aller deutschen Kreise in den neuen Bundesländern.

INTEGRATION VON FAMILIEN

Die frühkindliche Betreuung und Bildung von Kindern wirkt sich positiv auf die gesellschaftliche Integration von geflüchteten Müttern von Kleinkindern aus. Sie kommen mehr mit Anderen in Kontakt, was ihre Sprachkenntnisse verbessert und Jobchancen erhöht. Zudem lernen die Eltern über ihre Kinder die deutsche Kultur kennen. Für Mütter bedeutet Kinderbetreuung auch eine Entlastung, sodass sie mehr Zeit finden, um sich um Integration oder eine Arbeit zu bemühen.

FLÜCHTLINGSKINDER UNTER SIEBEN JAHREN

144.000

2014

bis 2018

SO VIEL BESSER SIND NACH DEUTSCHLAND GEFLÜCHTETE ELTERN HIERZULANDE INTEGRIERT, WENN IHR KIND EINE KITA BESUCHT

↗ +42% Mütter

↗ +11% Väter

Gemessen an einem Gesamtindex für Integration.

DREIJÄHRIGE KINDER IN DEUTSCHLAND, DIE EINE KITA BESUCHTEN (2017)



■ Aller dreijährigen Kinder
 ▨ Kinder aus Flüchtlingsfamilien

Quellen:

1. ZEW Discussion Paper „Refugees Welcome? Understanding the Regional Heterogeneity of Anti-Foreigner Hate Crimes in Germany“: www.zew.de/PU80696
2. Studie „The Effect of Early Childhood Education and Care Services on the Social Integration of Refugee Families“: www.zew.de/PU81144
3. Migrationsberichte 2015 und 2016/2017 aus dem Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge: www.bamf.de/DE/Themen/Forschung/Veroeffentlichungen/Migrationsberichte/migrationsberichte-node.html

EUROPA AM ZEW

DR. BERNHARD GANGLMAIR*

„Meine Entscheidung, ans ZEW zu
kommen, hing vor allem an den attraktiven
Rahmenbedingungen“

*** RAAB, ÖSTERREICH**



„Als Wissenschaftler bin ich bisher viel herumgekommen.

Mit meinem Abschluss von der Universität Linz und meinem PhD von der Universität Zürich in der Tasche verschlug es mich in die USA. Zunächst forschte und lehrte ich an der University of Texas in Dallas, später an der Boston University und der Northeastern University. Nach acht Jahren in den USA bin ich entgegen des Brain-Drain-Stroms nach Europa zurückgekehrt.

So habe ich die Chance genutzt, am ZEW die Leitung der damals frisch gegründeten Nachwuchsforschungsgruppe „Wettbewerb und Innovation“ zu übernehmen. Hier hat mich nicht nur das Thema gereizt, auch fand ich die im Gegensatz zu den Universitäten stärkere wirtschaftspolitische Ausrichtung enorm spannend und – insbesondere in diesem Forschungsfeld – wichtig und naheliegend.

Zu guter Letzt war die Metropolregion Rhein-Neckar auch für die beruflichen Aussichten meiner Frau sehr attraktiv, was uns der Lösung unseres Dual-Career-Problems einen großen Schritt näher gebracht hat.“

4



DAS ZEW

- 114 ● ... in den Medien
- 116 ● ... in Brüssel: Die ZEW Lunch Debates
- 118 ● ... lädt ein
- 120 ● ... von innen: Die Servicebereiche
- 122 ● ... setzt auf Weiterbildung
- 123 ● ... teilt Wissen: Der YES! – Young Economic Summit
- 124 ● ... hat engagierte Unterstützer: Der Förderkreis



DAS ZEW IN DEN MEDIEN

Von Europa und Digitalisierung über Marktmacht und Wettbewerb bis zu Unternehmensgründung, Künstlicher Intelligenz und Wandel der Arbeitsplätze: Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des ZEW sind bei Journalisten gefragte Experten/-innen und wirken meinungsbildend.

PROF. DR. IRENE BERTSCHEK IM

STERN

„Viele Tätigkeiten werden sich verändern. Die Menschen müssen sich mehr weiterbilden und digitale Kompetenzen erwerben. Einzelne Arbeitsplätze werden zwar verloren gehen, aber an anderer Stelle entstehen neue.“

zur Gefährdung von Arbeitsplätzen durch die Digitalisierung (6/6).

PROF. ACHIM WAMBACH, PH.D. IM

HANDELSBLATT

„Es ist gut, dass jetzt auch die amerikanischen Wettbewerbsbehörden einem möglichen Missbrauch der Marktmacht durch die Tech-Konzerne nachgehen.“

über die kartellrechtlichen Untersuchungen des US-Justizministeriums gegen die großen amerikanischen Technologiekonzerne (25/7).

ANNIKA HAVLIK UND DR. ZAREH ASATRYAN

IN DER

FINANCIAL TIMES

„Annika Havlik and Zareh Asatryan of ZEW, a German economic research institute, found vice-presidents were 14-19 per cent more likely to approve project proposals for their home region.“

zur Kreditvergabepraxis der Europäischen Investitionsbank (16/7).

DR. REINHOLD KESLER IN DER

STUTTGARTER ZEITUNG

„Es wäre wünschenswert, wenn Buchungsportale die Verbraucher besser darüber informieren würden, wie sie ihre als ‚Empfohlen‘ oder ‚Unsere Top-Tipps‘ bezeichneten Ranglisten berechnen.“

zur Studie über die Rankings von Hotelbuchungsportalen (30/1).

DR. SANDRA GOTTSCHALK IN DER

FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG

„Zwar haben auch heute noch viele Unternehmen in Ostdeutschland westdeutsche Eigentümer. Doch im Vergleich zu den Jahren nach der Wende, als die Treuhandanstalt tausende Betriebe der DDR privatisierte, ist die Zahl deutlich gesunken.“

über Ergebnisse einer Studie zu Familienunternehmen in Ost- und Westdeutschland (13/9).

PROF. DR. FRIEDRICH HEINEMANN IN

LES ECHOS

„L'Allemagne perd de son attractivité aux yeux des entreprises familiales.“

über die schlechtere Standortplatzierung Deutschlands im Länderindex Familienunternehmen (7/1).

DR. MICHAELA SLOTWINSKI BEI

SPIEGEL ONLINE

„(Es lässt sich) ein kausaler Zusammenhang zwischen den Spenden und der Abstimmungsentscheidung beobachten.“

über die Ergebnisse einer Studie von ZEW sowie den Universitäten Bozen, St. Gallen und Basel zum Stimmenkauf im US-Kongress (28/11).

DR. GEORG LICHT IN DER

SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG

„Die Financiers entscheiden dort (im Silicon Valley) ähnlich wie bei Wetten, während die in Deutschland eher wollen, dass Gründer etwas vorweisen können.“

über die Gründungskultur im Silicon Valley und deren mögliche Vorbildfunktion für Deutschland (5/12).

PROF. DR. SEBASTIAN SIEGLOCH IN DER

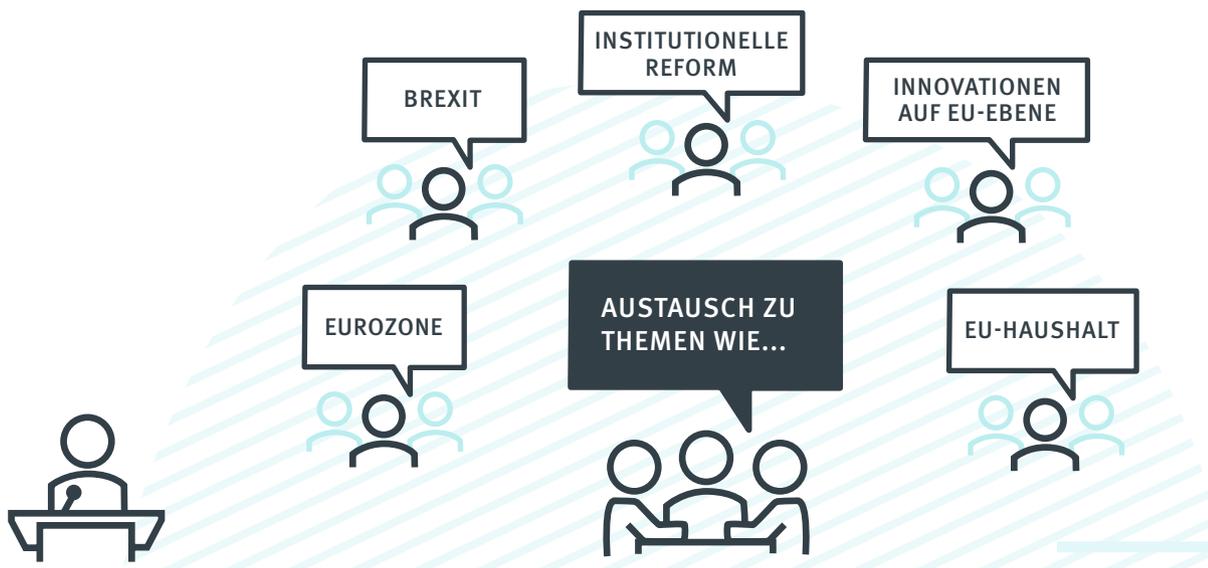
WIRTSCHAFTSWOCHE

„Spionage unterhöhlt das Vertrauen in die Mitmenschen, das ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Aktivität ist.“

zu einer ZEW-Studie über die langfristigen sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Stasi-Bespitzelung (8/11).

➔ ...IN BRÜSSEL

Lebendig, kontrovers, sachlich – das zeichnet die ZEW Lunch Debates aus. Mit der Diskussionsreihe führt das ZEW EU-Entscheidungsträger/innen zum Austausch zusammen und stellt sicher, dass die Forschungsergebnisse bei den Stakeholdern in der europäischen Hauptstadt ankommen.



Seit 2014 regt das ZEW mit seinen Lunch Debates im Herzen des EU-Institutionenviertels vier Mal im Jahr Diskussionen zu zentralen europäischen Fragen an. Auf Impulsreferate von ZEW-Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern folgen hochkarätig besetzte Paneldiskussionen mit Vertreterinnen und Vertretern der Wissenschaft, der EU-Kommission, des EU-Parlaments, der Wirtschaft und aus europäischen Organisationen.



Die Lunch Debates, die in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der EU stattfinden, bilden ein breites Meinungsspektrum über die verschiedenen EU-Mitgliedstaaten hinweg ab und stoßen auf hohe Resonanz. Sie eröffnen dem ZEW die Chance, Politikempfehlungen in die Entscheidungsprozesse auf EU-Ebene einzubringen. Wie das konkret aussieht? Sehen Sie selbst:

https://youtu.be/_VUpdOIH-fQ



KOSTENFREIE TEILNAHME

AUF EINLADUNG MÖGLICH*

* Bei Interesse schreiben Sie uns bitte
lunchdebates@zew.de

KONTAKT

Dr. Daniela Heimberger
Telefon: 0621 1235-109
daniela.heimberger@zew.de

DIE ZEW LUNCH DEBATES

Die ZEW Lunch Debates sind im Laufe der Jahre zu einer festen Größe im Brüsseler Veranstaltungskalender geworden. Mittlerweile bereits zum 25. Mal lud das ZEW zum offenen Austausch von Wissenschaft und Politik in der baden-württembergischen Landesvertretung.

2014
18. MÄRZ

Starker Auftakt: Die erste Lunch Debate widmete sich den europäischen Energie- und Klimaschutzzielen und brachte den damaligen EU-Energiekommissar **GÜNTHER H. OETTINGER** ans Rednerpult.

2016
28. SEPTEMBER

Wie soll die Zukunft der EU nach dem Brexit aussehen? Kurz nach dem Referendum analysierten ZEW-Ökonom Prof. Friedrich Heinemann und ZEW-Präsident Achim Wambach u.a. mit **SYLVIE GOULARD** (damals MEP) das innereuropäische Spannungsverhältnis und zeigten Handlungswege auf.

2018
17. OKTOBER

Wie sind die Rahmenbedingungen der EU-Forschungsförderung zu bewerten? Und wie wird die Verbreitung von Innovationen gefördert? Dazu diskutierte ZEW-Ökonom Dr. Georg Licht u.a. mit **KURT VANDENBERGHE**, damals Direktor in der Generaldirektion für Forschung und Innovation der EU-Kommission.

2015
18. NOVEMBER

Im Vorfeld der Weltklimakonferenz diskutierten ZEW-Wissenschaftler u.a. mit Generaldirektor für Klimapolitik bei der EU-Kommission, **JOS DELBEKE, PH.D.**, über die Erwartungen an das Pariser Abkommen aus europäischer Sicht.

2018
02. MAI

Mit Juncker-Beraterin **PAULINA DEJMECK-HACK** auf dem Podium beschäftigte sich diese Lunch Debate mit den Reformvorschlägen der Kommission für die Eurozone und setzte diese anhand Ergebnisse einer ZEW-Studie auf den Prüfstand.

2019
05. JUNI

Ist ein Eintritt in die Eurozone für osteuropäische Mitgliedstaaten attraktiv? In der Debatte mit dem ehemaligen polnischen Finanzminister **DR. MATEUSZ SZCZUREK** nahmen Annika Havlik und Prof. Dr. Friedrich Heinemann vom ZEW die Euro-Perspektive Osteuropas in den Blick.

➔ ... LÄDT EIN

Austausch wird am ZEW groß geschrieben. 2019 begrüßte das ZEW wieder zahlreiche Gäste auf mehr als 50 wissenschaftlichen und öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen im In- und Ausland, unter anderem:

➔ WISSENSCHAFTLICHE VERANSTALTUNGEN

DEN FACHLICHEN AUSTAUSCH MIT FORSCHENDEN WELTWEIT FÖRDERN.

Mit einer Vielzahl wissenschaftlicher Veranstaltungen trägt das ZEW aktiv zur Vernetzung innerhalb der Forschungs-Community bei.



6.-7. MAI
SECHSTE MANNHEIMTAXATION-JAHRESKONFERENZ

Ganz im Zeichen der internationalen Steuerforschung: Präsentiert wurden neueste Erkenntnisse, etwa zur Steuervermeidung von Unternehmen sowie zur Messung von Einkommensungleichheit.



17. OKTOBER
**DER EUGH:
HÜTER DER RECHTSSTAATLICHKEIT**

Politisch sensible Verfahren stehen zunehmend auf der Tagesordnung des EuGH. Wie kann die Rechtsstaatlichkeit in der EU gewahrt werden und gleichzeitig die eigene Rechtsprechung in Einklang mit der Jurisdiktion in den Mitgliedstaaten gebracht werden? Diese Problemstellung erörterte Generalanwältin am EuGH Prof. Dr. Juliane Kokott in ihrem Vortrag am ZEW.



9. OKTOBER
EUROPÄISCHER ABEND

Wo steht die EU und wie geht es in Zukunft weiter? Gemeinsam mit Guido Wolf (Minister der Justiz und für Europa Baden-Württemberg), Joachim Menze (EU-Kommission) und Prof. Dr. Thomas König (Universität Mannheim) diskutierten Prof. Dr. Friedrich Heinemann und Annika Havlik vom ZEW.

14. MAI**MOBILITÄT DER ZUKUNFT**

Was müssen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft leisten, damit nachhaltige Mobilität gelingt? Spannende Diskussion mit Baden-Württembergs Verkehrsminister Winfried Hermann, Prof. Dr. Cordula Kropp (Universität Stuttgart), Manfred Fuhg (Siemens Mobility Deutschland) und Prof. Achim Wambach, Ph.D. in Stuttgart.

27.-28. JUNI**17. IKT-KONFERENZ**

Als eine der wichtigsten internationalen wissenschaftlichen Konferenzen im Bereich der digitalen Ökonomie lockte die Veranstaltung rund 90 Experten/-innen ans ZEW, darunter Prof. Dr. Catherine Tucker vom MIT Sloan, die zur algorithmischen Entscheidungsfindung digitaler Plattformen sprach.

21.-23. SEPTEMBER**BEIJING-HUMBOLDT-FORUM 2019**

Das BHF in der chinesischen Hauptstadt stand 2019 unter dem Motto „Green Economy, Cultural Heritage, Artificial Intelligence“. Passend dazu richtete das ZEW eine Session zur Rolle von Umwelt-, Energie- und Innovationspolitiken für die Entwicklung eines emissionsreduzierten Transportsektors in China und Europa aus.

WIRTSCHAFTSPOLITIK AUS ERSTER HAND

AKTUELLE THEMEN DISKUTIEREN, ENTSCHEIDER HAUTNAH ERLEBEN.

Das ZEW begrüßt im Rahmen der Vortragsreihe Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen in Mannheim, Stuttgart und Berlin.

KONTAKT:

Dr. Daniela Heimberger
Telefon: 0621 1235-109
daniela.heimberger@zew.de

➔ ...VON INNEN

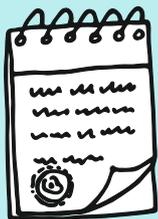
DAMIT ALLES LÄUFT

Das ZEW steht für Top-Publikationen und fundierte Politikberatung. Vor allem die daran beteiligten Wissenschaftler/innen werden wahrgenommen. Aber die Veröffentlichungen müssen lektoriert, die Rechnungen bezahlt, die Verträge geprüft und das Personal weiterentwickelt werden. Nicht zuletzt sollen die Erfolge des ZEW kommuniziert und das Institut bekannter werden.

VERTRAGLICHER RAHMEN EINKAUF

Dass die vertraglichen Grundlagen stimmen und Beschaffungsprozesse ordnungsgemäß ablaufen, darum kümmert sich das Team

im Einkauf. Über deren Schreibtische gingen 2019 ganze



444

BESTELLUNGEN

DIGITALE ZUSAMMENARBEIT IT

Durch virtuelle Maschinen können mehrere Betriebssysteme auf derselben Hardware laufen – das optimiert Ressourcen und spart Kosten. Derzeit nutzen die ZEW-Forschenden für ihre ökonomischen Analysen



160

VIRTUELLE
MASCHINEN

MITTEL ZUVERLÄSSIG MANAGEN FINANZ- & RECHNUNGSWESEN

Die finanziellen Mittel von unseren Auftrag- und Zuwendungsgebern bedürfen zuverlässiger Steuerung. Das Team betreute 2019 über



21

MILLIONEN EURO



**DATEN UND FAKTEN,
DIE EINEN EINBLICK HINTER
DIE KULISSEN GEBEN**



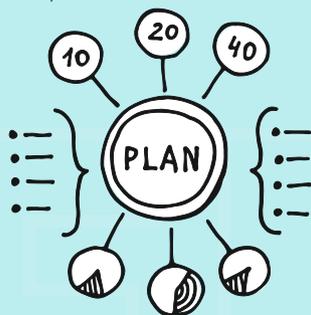
UNSERE SERVICEBEREICHE

WORK-LIFE-BALANCE SCHAFFEN PERSONALBEREICH

Allein 2019 entwickelte und implementierte das Team für 59 Mitarbeiter/innen

18

INDIVIDUELLE
ARBEITSZEIT-
MODELLE



OFFEN KOMMUNIZIEREN PRESSE UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT



Damit die Forschungsergebnisse an die breite Öffentlichkeit gelangen, versorgte das Presseteam die Medien mit über

130

PRESSEMITTEILUNGEN

VISUELL ANSPRECHEN MEDIENDESIGN

Zur Veranschaulichung wissenschaftlicher Ergebnisse designte das Team 2019 ca.

364

GRAFIKEN &
SCHAUBILDER



GERN ZU GAST AM ZEW VERANSTALTUNGSMANAGEMENT

Über 50 Veranstaltungen am ZEW mögen gut organisiert sein. Dafür buchte unser Team mehr als



1.500

HOTELÜBERNACHTUNGEN



... **SETZT AUF**

WEITERBILDUNG

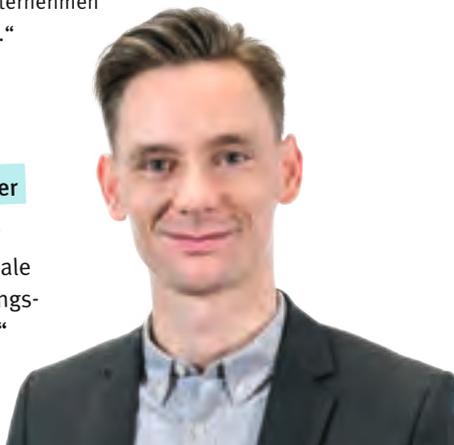
Wissenstransfer wird am ZEW großgeschrieben und findet gleich auf mehreren Ebenen statt. Als einziges deutsches Wirtschaftsforschungsinstitut mit einem eigenen Weiterbildungsbereich bietet das ZEW Forschenden und Praktikern/-innen weltweit ein attraktives Angebot an Seminaren – wissenschaftlich fundiert und praxisnah konzipiert.

„Das BMWi-Managerfortbildungsprogramm ‚Fit for Partnership with Germany‘ ist eine Erfolgsstory. Das ZEW gestaltet das Programm bereits seit mehreren Jahren mit. Es ist jedes Mal spannend, die unterschiedlichen Perspektiven der Teilnehmenden kennenzulernen und die Kooperationen der Führungskräfte zu begleiten – 2019 hatten wir z.B. eine chinesische und eine mexikanische Gruppe zu Gast. Wir freuen uns, dass wir am ZEW so zur Entstehung neuer Handelsbeziehungen mit deutschen Unternehmen beitragen können.“



Manuel Lauer

Projektleiter
„Internationale
Qualifizierungs-
programme“
am ZEW



INHOUSE-SEMINARE

... sind speziell für Unternehmen und Institutionen konzipiert. In enger Abstimmung mit dem Auftraggeber entwickelt das Weiterbildungsteam am ZEW maßgeschneiderte Kurse auf Deutsch oder Englisch. Thematische Inhalte umfassen ökonomisches Grundlagen- und Aufbauwissen sowie Soft Skills.

INTERNATIONALE QUALIFIZIERUNGSPROGRAMME

... in englischer Sprache für diverse Zielgruppen, darunter internationale Führungskräfte und Studierende. Hierzu gehören Workshops, Fortbildungsprogramme, Summer Schools und speziell auf den Teilnehmerkreis zugeschnittene Formate im In- und Ausland. Hervorzuheben sind das Managerprogramm „Fit for Partnership with Germany“ und die jährlich stattfindende Summer School für chinesische Studierende.



KONTAKT

Barbara Hey
Telefon: 0621 1235-244
barbara.hey@zew.de



WEITERE INFORMATIONEN

Weitere Informationen finden
Sie im aktuellen Seminarangebot
www.zew.de/weiterbildung

➤ ...TEILT WISSEN

MIT SCHÜLERINNEN UND SCHÜLERN – MIT ERFOLG

Lösungen erarbeiten, Ideen umsetzen, Verantwortung übernehmen. Dies sind die Kernelemente des größten Schülerwettbewerbs zu globalen Zukunftsfragen in Deutschland, dem „YES! – Young Economic Summit“.

Seit 2017 engagiert sich das ZEW im bundesweiten Schülerwettbewerb „YES!“. Und das mit Erfolg: Zum dritten Mal in Folge konnte sich ein vom ZEW betreutes Schülerteam beim Finale in Hamburg durchsetzen. 2019 belegten die Schülerinnen und Schüler des Werner-Heisenberg-Gymnasiums in Weinheim mit ihrem Projekt „GreenPay“ den ersten Platz. Carina Fugger aus dem ZEW-Forschungsbereich „Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement“ stand ihnen dabei beratend zur Seite. Eine tolle Idee steckt hinter GreenPay: Anhand eines Bonussystems soll nachhaltiges Verhalten gefördert werden. So können Verbraucher/innen Punkte sammeln, wenn sie regionale Produkte kaufen, Verpackungsmüll vermeiden, öffentliche Verkehrsmittel nutzen oder gebrauchte Waren recyceln. Diese Punkte können dann in Partnergeschäften eingelöst werden. Eine innovative Lösung, die durch ihre Kreativität und Einfachheit überzeugt.

➤ KONTAKT

Dr. Daniela Heimberger
Telefon: 0621 1235-109
daniela.heimberger@zew.de

YES! findet unter der Schirmherrschaft des BMWi statt und ist ein gemeinsames Projekt des ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft und der Joachim Herz Stiftung. Während eines halbjährigen Mentoring-Programms bearbeiten Schülergruppen Fragestellungen zu Zukunftsthemen. Expertinnen und Experten aus wissenschaftlichen Einrichtungen begleiten sie dabei.

YES! YOUNG
ECONOMIC
SUMMIT





... HAT ENGAGIERTE UNTERSTÜTZER:

DER FÖRDERKREIS AM ZEW

Der ZEW-Förderkreis schafft einen Raum für vertrauensvollen Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis. Seine Mitglieder – rund 140 Unternehmen und Persönlichkeiten – initiieren z.B. praxisrelevante Forschungsprojekte, fördern Veranstaltungen und stiften Preise für herausragende wissenschaftliche Arbeiten am ZEW.

Aus welchem Grund engagieren sich Ihre Unternehmen im ZEW-Förderkreis?

Diem: Die LBBW/BW Bank ist eines der Gründungsmitglieder des Förderkreises und steht seit 1993 an der Seite des ZEW. Damals wie heute sind wir überzeugt von der Notwendigkeit eines starken baden-württembergischen Wirtschaftsforschungsinstituts. ZEW-Analysen zu aktuellen Themen, wie zum Beispiel seinerzeit zur Finanzkrise und Bankenunion, unterstützen eine Auseinandersetzung und Interpretation. Die Studien zu internationalen

Märkten tragen dazu bei, diese im Interesse unserer Kunden besser zu verstehen.

Müller: Auch die MVV Energie AG ist schon seit über 25 Jahren Förderkreismitglied. Für uns geht es darum, relevante Spitzenforschung in unserer Region zu fördern. Und natürlich sind die Arbeiten des ZEW für Unternehmen wie MVV von großem Interesse, wenn wir uns Herausforderungen wie der Energiewende gegenüber sehen, z.B. die Analysen des Instituts, die wir in unsere Entscheidungen einbeziehen.



Dr. Georg Müller

Vorstandsvorsitzender der
MVV Energie AG und seit
2017 Vorstandsvorsitzender
des Förderkreises



Claudia Diem

Vorstandsmitglied der
BW Bank und seit 2016
Schatzmeisterin im
Vorstand des Förderkreises





INTERESSE AN EINER MITGLIEDSCHAFT?

Dann melden Sie sich gerne bei:

Geschäftsstelle des ZEW-Förderkreises Wissenschaft und Praxis e.V

Katharina Kober · Telefon: 0621 1235-302 · foerderkreis@zew.de

Was veranlasst Sie persönlich, Zeit in die Arbeit des Vorstands zu investieren?

Diem: Hochspannend finde ich es, im Dialog zwischen Förderkreis und ZEW unternehmensrelevante Fragestellungen aufzuwerfen. Im Idealfall münden diese Gespräche in Forschungsprojekte, die der Förderkreis unterstützt.

Haben Sie ein Beispiel?

Müller: Ja sicher. 2019 haben wir ein ZEW-Projekt zu chinesischen Investitionen in Deutschland und dem möglichen Abfluss von Technologie-Knowhow aus den aufgekauften Firmen finanziert. Ein wunderbares Beispiel dafür, wie der Förderkreis arbeitet: Wir unterstützen Forschungsarbeiten zu aktuellen Fragen von Unternehmen, großen, mittelständischen und kleinen. Das ZEW kann Themen aufrufen, die auf seiner Forschungsagenda stehen. So findet praxisnahe Wissenschaft zum beiderseitigen Nutzen statt.

Von welchen Vorteilen profitieren die Mitglieder?

Müller: Sie profitieren doppelt: Wir alle teilen die Motivation, das ZEW im Angesicht der Informationsflut als unabhängige Stimme mit faktenbasierten Analysen in wirtschaftspolitischen Debatten zu stärken. Andererseits bietet uns das ZEW ein in der Region einzigartiges Vortragsprogramm mit führenden Vertretern/-innen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Jüngste Beispiele sind der Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier oder Sabina Jeschke, Vorstandsmitglied der Deutsche Bahn AG. Wo sonst sehen wir solch hochrangige Referenten/-innen und bekommen die Möglichkeit zum direkten Austausch mit ihnen?

Diem: Außerdem kommt es regelmäßig zu Kooperationen zwischen Mitgliedern und ZEW, beispielsweise wenn Unternehmensdaten in Forschungspro-

jekten Verwendung finden. Eine Win-Win-Situation, denn beide Seiten nutzen das über Jahre aufgebaute Vertrauen und die aus der Forschung resultierenden Analysen und Handlungsempfehlungen.

Worauf können sich Mitglieder in 2020 freuen?

Müller: Die Mitglieder erwarten einige Neuerungen, die ihnen noch mehr Gelegenheit zum Dialog mit dem ZEW, zum Networking und mehr inhaltlichen Input bieten. Mit der Neujahrsvorlesung des ZEW-Präsidenten steht direkt zum Jahresbeginn ein neues Highlight auf dem ZEW-Programm.

Diem: Ich bin besonders gespannt auf die neuen exklusiv für Mitglieder stattfindenden ZEW-Expertengespräche. 2020 blicken wir dabei auf die Empfehlungen der Expertenkommission Forschung und Innovation der Bundesregierung zum Thema Cybersicherheit und Innovation. Ein weiteres Gespräch nimmt das Thema Altersvorsorge in den Fokus. Bewährte Aktivitäten wie die Vergabe von Förderkreispreisen für herausragende Arbeiten am ZEW behalten wir bei.

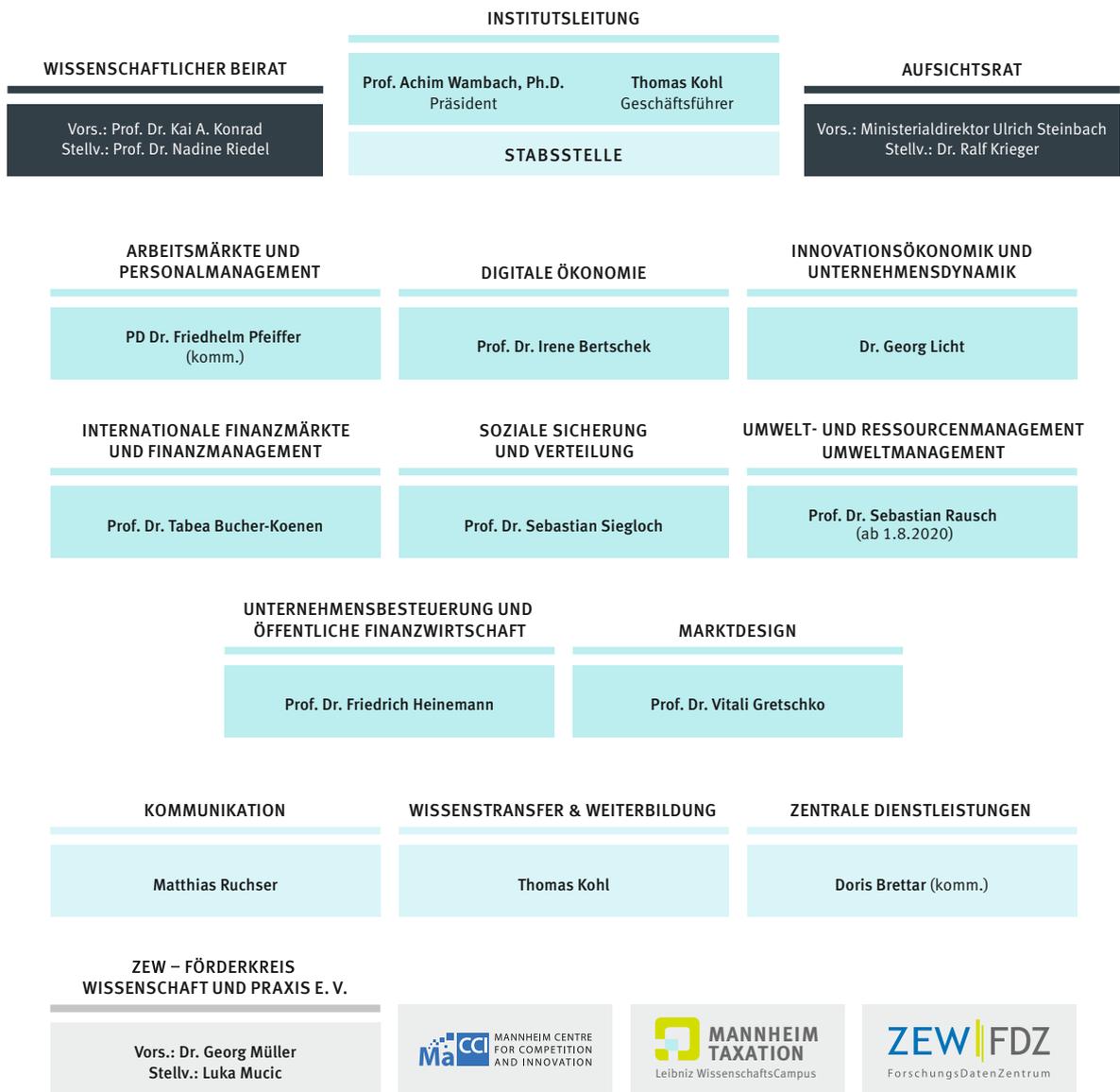
Welche Ziele hat sich der Förderkreis für die kommenden Jahre gesteckt?

Müller: Wo es uns möglich ist, unterstützen wir das ZEW und finanzieren Vorhaben, für die das Institut anderenfalls keine Mittel hätte. Dieses Potenzial wollen wir erweitern und auch für neue Mitglieder attraktiv sein. Ein stärkerer Förderkreis trägt somit zu einem stärkeren ZEW bei und umgekehrt.

Diem: Für 2020 haben wir uns die regionale Ausweitung der Mitgliedschaft zum Ziel gesetzt und möchten außerdem junge Unternehmen für den Verein gewinnen. Gerade für sie bieten unser Unternehmensnetzwerk und der Austausch mit ZEW-Wissenschaftlern/-innen große Chancen, sich weiterzuentwickeln.

ORGANIGRAMM

DIE UNTERNEHMENSSTRUKTUR



GREMIEN

AUFSICHTSRAT

VORSITZENDER

Ulrich Steinbach
Ministerialdirektor und Amtschef,
Ministerium für Wissenschaft, Forschung
und Kunst Baden-Württemberg

STELLVERTRETENDER VORSITZENDER

Dr. Ralf Krieger
Vorstandsmitglied der Freudenberg SE

Ministerialdirigent Prof. Dr. Claus Eiselstein
Staatsministerium Baden-Württemberg

Ministerialdirektor Michael Kleiner
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und
Wohnungsbau Baden-Württemberg

Dr. Gitte Neubauer
Geschäftsführerin, Cellzome GmbH

Prof. Dr. Ingrid Ott
Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik,
KIT – Karlsruher Institut für Technologie

Prof. Dr. Thomas Puhl
Universität Mannheim

**Ministerialdirigentin
Barbara Sinner-Bartels**
Ministerium für Finanzen
Baden-Württemberg

Dr. Philipp Steinberg
Bundesministerium für Wirtschaft und
Energie

Gerhard Stratthaus
Finanzminister a.D. des Landes
Baden-Württemberg

Prof. Dr. Peter Winker
Universität Gießen

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT

VORSITZENDER

Prof. Dr. Kai A. Konrad
Direktor am Max-Planck-Institut für
Steuerrecht und Öffentliche Finanzen,
München

STELLVERTRETENDE VORSITZENDE

Prof. Dr. Nadine Riedel
Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Prof. Dr. Uschi Backes-Gellner
Universität Zürich, CH

Prof. Dr. Ottmar Edenhofer
Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung

Prof. Dr. Christoph Engel
Max-Planck-Institut zur Erforschung von
Gemeinschaftsgütern, Bonn

Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.
Max-Planck-Institut für Innovation und
Wettbewerb, München

Prof. Pierre A. Mohnen, Ph.D.
UNU-MERIT, University of Maastricht

Prof. Dr. Axel Ockenfels
Universität zu Köln

Prof. Dr. Bettina Rockenbach
Universität zu Köln

Prof. Dr. Isabel Schnabel
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

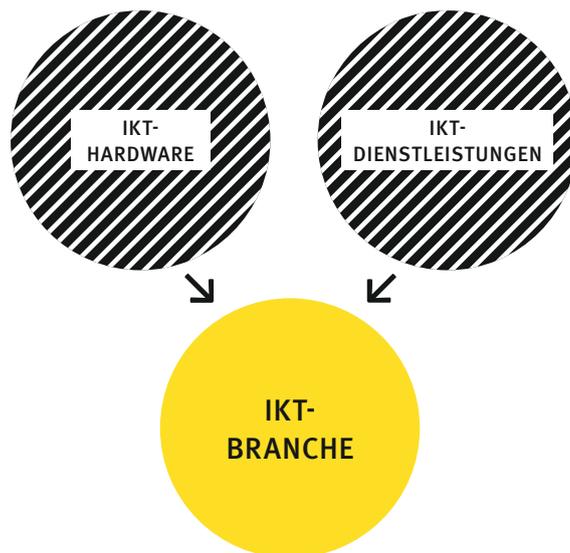
Prof. Dr. Monika Schnitzer
Ludwig-Maximilians-Universität München

DIGITALISIERUNG

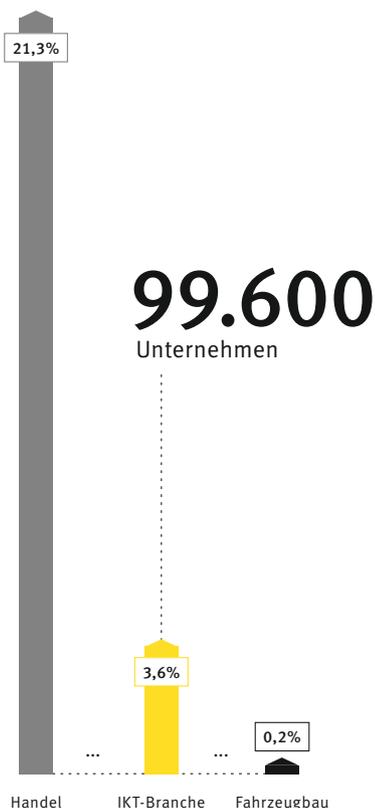
DIE BRANCHE INFORMATIONS- UND KOMMUNIKATIONS-TECHNOLOGIEN (IKT) IST ZENTRALER TREIBER DER DIGITALEN TRANSFORMATION.

IKT-BRANCHE IN ZAHLEN

Die IKT-Branche setzt sich aus IKT-Hardwareherstellern und IKT-Dienstleistern zusammen. Sie ist innovativ und dynamisch und konnte in den letzten Jahren zu Wertschöpfungs- und Beschäftigungszuwachs beitragen.



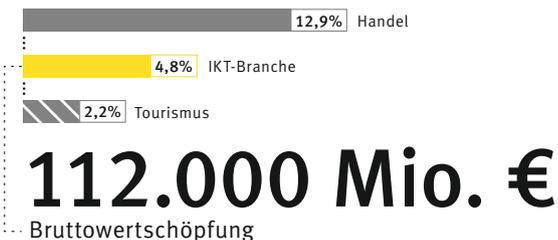
ANTEIL AN ALLEN UNTERNEHMEN DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT



ANTEIL AN ALLEN ERWERBSTÄTIGEN DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT



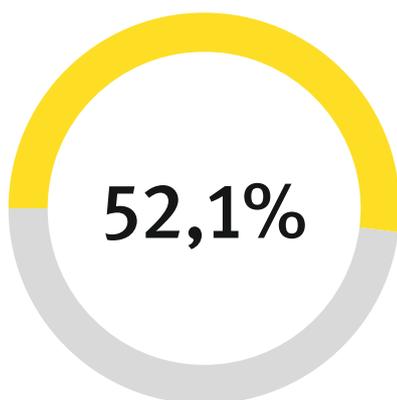
ANTEIL AN DER BRUTTOWERTSCHÖPFUNG DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT



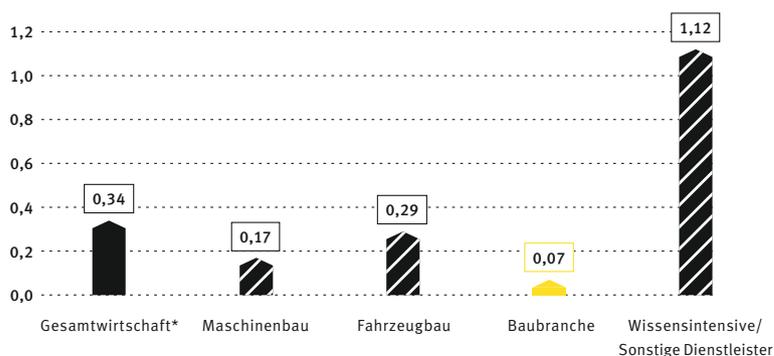
PRODUKTIVITÄTSBEITRAG DER DIGITALISIERUNG AM BEISPIEL DER BAUBRANCHE

Beim Einsatz digitaler Technologien hinkt die deutsche Baubranche im Vergleich zu anderen Branchen und im internationalen Vergleich zum Teil noch hinterher. Dies schlägt sich auch auf den Beitrag der Digitalisierung zum Arbeitsproduktivitätswachstum nieder.

**KEINE NOTWENDIGKEIT FÜR
DIGITALISIERUNGSPROJEKTE
IN DER BAUBRANCHE**

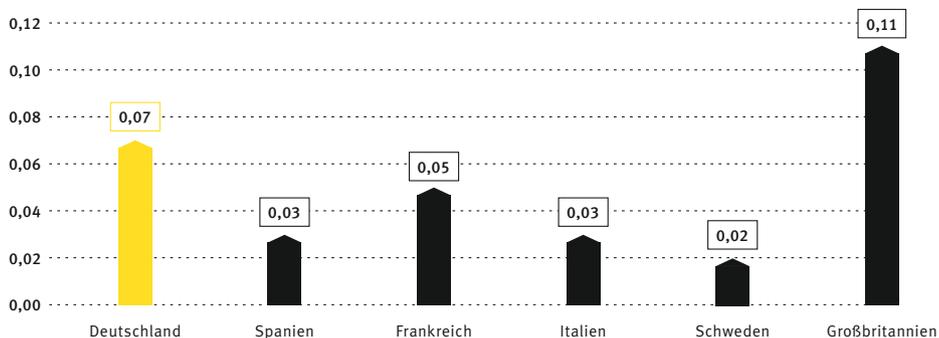


**DURCHSCHNITTLICHER JÄHRLICHER BEITRAG DER DIGITALISIERUNG
ZUM ARBEITSPRODUKTIVITÄTSWACHSTUM IN DEUTSCHLAND IM
BRANCHENVERGLEICH: 1998–2015 (IN PROZENTPUNKTEN)**



* Der Beitrag der Digitalisierung zum Arbeitsproduktivitätswachstum lag in der Gesamtwirtschaft in den Jahren 1998–2015 im Durchschnitt bei 0,34 Prozentpunkten.

**DURCHSCHNITTLICHER JÄHRLICHER BEITRAG DER DIGITALISIERUNG ZUM ARBEITSPRODUKTIVITÄTSWACHSTUM
IN DER BAUBRANCHE IM LÄNDERVERGLEICH: 1998–2015 (IN PROZENTPUNKTEN)**



Im internationalen Vergleich bewegt sich der Produktivitätsbeitrag der Digitalisierung im deutschen Baugewerbe ebenfalls auf einem niedrigen Niveau, allerdings leicht überdurchschnittlich. Bei den betrachteten Ländern weist nur Großbritannien mit 0,11 Prozentpunkten einen höheren Beitrag der Digitalisierung in der Baubranche aus.

Quellen:

ZEW-Gutachten „IKT-Branche 2018“: www.zew.de/PU81599

ZEW-Gutachten „Zukunft Bau: Beitrag der Digitalisierung zur Produktivität in der Baubranche“: www.zew.de/PU81248

SIE HABEN INTERESSE AN ...

**... Forschungsergebnissen und Gutachten des ZEW,
Sie suchen eine/n Expertin/-en oder wollen in unseren
Presseverteiler aufgenommen werden?**

KONTAKTIEREN SIE

Matthias Ruchser
Telefon 0621 1235-379
kommunikation@zew.de

Sabine Elbert
Telefon 0621 1235-133
sabine.elbert@zew.de

**... Veranstaltungen, Publikationen oder einem
Schulbesuch am ZEW?**

KONTAKTIEREN SIE

Dr. Daniela Heimberger
Telefon 0621 1235-109
daniela.heimberger@zew.de

**... unserem Seminarangebot, einer Fortbildung oder
einer Inhouse-Weiterbildung?**

KONTAKTIEREN SIE

Barbara Hey
Telefon 0621 1235-244
barbara.hey@zew.de

HINWEIS

Eine umfassende Übersicht über die
Forschungsleistung und Vernetzung
des ZEW 2019 finden Sie unter:

www.zew.de/dokujahresbericht19

ZEW JAHRESBERICHT 2019
24. Jahrgang · ISSN 1434-4424

© ZEW, Mai 2020

Der Nachdruck, auch auszugsweise,
ist nur mit Genehmigung des ZEW gestattet.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim
L 7, 1 · 68161 Mannheim
www.zew.de

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Prof. Achim Wambach, Ph.D. | Präsident
Thomas Kohl | Geschäftsführer

REDAKTION | GESAMTKOORDINATION

Sarah Tiedemann, Daniela Heimberger

REDAKTION INFOGRAFIKEN & DOSSIER

Sabine Elbert, Carola Hesch

ART DIRECTION

Janin Villhauer

GESTALTERISCHES KONZEPT | UMSETZUNG

Yvonne Lupp

KONZEPT GRAFIKEN | UMSETZUNG

Simone Mann

DESIGN SUPPORT

Dirk Aschemann, Darina Brüning,
Thana Suppiah

UMSETZUNG INFOGRAFIKEN

HINTERLAND | Büro für visuelle
Kommunikation
(S. 52/53, S. 108/109, S.128/129)

BILDER

Anna Logue Fotografie; außer: S. 122
(FOTO Borchard A. Loeffler), S. 123 (YES! –
Young Economic Summit), Icons S. 120/121
(iStock.com/ONYXprj, Grishina Tatiana)

DRUCK

Karl Elser Druck GmbH, Mühlacker

Das ZEW legt großen Wert auf Nachhaltigkeit. Dieser Jahresbericht ist deshalb auf 100% Recycling-Papier gedruckt, das ohne Deinking und optische Aufheller CO2-neutral verarbeitet wurde. Druck und Weiterverarbeitung wurden CO2-kompensiert.

